

27

**IV. Verstoß des Rundfunkbeitrags in Gestalt des
Rundfunkbeitragsbescheides gegen Art. 3 GG**

Der allgemeine Gleichheitssatz in Art. 3 I GG ist zugleich ein subjektives Grundrecht, objektives Gleichheitsgebot sowie Diskriminierungsverbot. In diesem Sinne gewährleistet Art. 3 I GG Rechtsanwendungsgleichheit.

Vorliegend scheint der Rundfunkbeitrag in Form des Rundfunkbeitragsbescheides gegen Art. 3 I GG zu verstoßen, da für den Kläger als Bürger von Berlin-Mitte gleichbedeutend Berlin-Ost/Bundesrepublik Deutschland kumulierend im Bezug auf Berlin respektive deren Berücksichtigung im Rundfunkbeitragsstaatsvertrag als ganzes Bundesland der BRD – „Land Berlin“ – letztlich eine Ungleichbehandlung zu den Bürgern der Westsektoren Berlins vorliegt.

Im Fünfzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Fünfzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) der gemäß Art. 2 am 1. Januar 2013 den früheren Rundfunkgebührenstaatsvertrag aufhob und an dessen Stelle der neue Rundfunkbeitragsstaatsvertrag trat definiert den Geltungsbereich für die Länder des Bundes Baden-Württemberg, des Freistaats Bayern, des Landes Brandenburg, der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, des Landes Hessen, des Landes Mecklenburg-Vorpommern, des Landes Niedersachsen, des Landes Nordrhein Westfalen, des Landes Rheinland Pfalz, des Saarlands, des Freistaats Sachsens, des Landes Sachsen-Anhalts, des Landes Schleswig Holsteins, des Freistaats Thüringens und des Landes Berlin.

Zwar heißt es Im Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland v. 12.09.1990 auch als „2+4-Vertrag“ bezeichnet (BGBl. 1990 II S. 1317), so wörtlich in § 1 Abs.1: Auszug anbei **S. 67-71 (68)**

„Das vereinte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen.“

Dem Wortlaut der Regelung des Einigungsvertrages, „2+4-Vertrag“ nach, dass das „vereinte Deutschland“ auch „ganz Berlin“ umfasse, entspricht aus juristischer Sicht jedoch nur tatsächlich rechtlich gültiger Tatsache im

Verhältnis der VIER Mächte und der BRD sowie das der BRD beitrete
Gebiet der DDR einschließlich Berlin-Ost, nicht jedoch im derzeitig-
maßgebenden Verhältnis der Drei Mächte (Drei Westmächte) und der BRD.

Um diesen Missstand jedoch nachvollziehbar darstellen zu können, muss zuvorderst
zum Grundverständnis im erträglich-notwendigem Maße die grundsätzliche
Faktenlage auf den Punkt stichhaltig eruiert werden, aus derer sich eben in der Folge
die auch im Jahr 2015 bestehende Missstellung Berlins und im Fortgang sodann sich
die schon angeführte Ungleichbehandlung im Sinne von Art. 3 GG. konkret ergibt.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

1. Grundverständnis zum Staat Nationalstaat Deutschland vs. BRD

Entgegen landläufiger Meinung - vor allem forciert durch die synonymhafte Verwendung des Begriffes „Deutschland“ durch Rundfunk und Medien im alltäglichen Leben der Bürger - wird der Begriff „Deutschland“ als Staat zwar umgangssprachlich mit der Bundesrepublik Deutschland als Regierungsform gleichgesetzt oder verwendet, obschon das BVerfG 2 BvF 1/73 ausführte, dass mit der BRD kein neuer Staat errichtet wurde, und weiterführend *Quelle nachfolgend* bei Beweis: „...die jeweilige Regierungsform nicht mit der Existenz des Staates an sich verwechselt werden darf. Das Kaiserreich bezeichnete nur die Regierungsform, die Deutschland während dieses Regimes hatte, so auch die Weimarer Republik und selbst das Dritte Reich.“

Beweis: vgl. Oberstes US-Berufungsgerichts für Restitutionsansprüche in seiner Entscheidung zum Fall Kaufmann et als vs. Deutsches Reich et als – COURT OF RESTITUTION APPEALS REPORTS Volume 1, 1951, S. 472 Auszug der Entscheidung anbei **S. 73-76 (76)**, Entsprechender Zeitungsartikel der Bonner Rundschau v. 20.02.1951 übersetzend anbei **S. 77**; BRD - „kein neuer Staat“ **S. 98**

So ist es auf politischer wie auch der Rechtsprechungsebene (BVerfG) völlig unstrittig, dass der Nationalstaat Deutschland der 1871 gegründete deutsche Staat in nach dem 2. Weltkrieg neu definierten Grenzen über den Geltungsbereich des Grundgesetzes hinaus (Art. 116 I 2. Hs.) als Subjekt jedoch handlungsunfähig und weiterfort die Regierungsform Bundesrepublik Deutschland dagegen sich auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes beschränkend ihrerseits wiederum ein handlungsfähiges Subjekt ist, folglich im tatsächlichen, juristischen und politischen Bezug mit Staat einerseits und Regierungsform andererseits – unbeschadet von diskutierten Subjekts- oder völkerrechtlichen Teilidentitäten - im Grundsatz zwei verschieden zu behandelnde Begriffe mit unterschiedlichen Inhalten gegeben sind.

Beweis: siehe hierzu das Gutachten im Auftrag des Deutschen Bundestags von Prof. Dr. Eckard Klein von der Universität Potsdam – Gutachten zur Rechtslage S. 8, 10.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Völlig unstrittig ist auch, dass das Völkerrechtssubjekt „Deutschland“ (Deutsches Reich) der im Jahre 1871 gegründete Nationalstaat ist.

Beweis: BVerfG, Beschluß vom 21-10-1987 - 2 BvR 373/83 1.b); BVerfG, *Urteil* vom 31. 7. 1973 - 2 BvF 1/73 III. 1.)

Völlig unstrittig ist zudem, dass der Nationalstaat „Deutschland“ mit der Kapitulation der deutschen Armee am 08.05.1945 nicht untergegangen ist. Anbei **S. 63**

Beweis: u.a. Drucksache Bundestag 17/14807 unter Punkt: Vorbemerkung der Fragesteller; BVerfG, *Urteil* vom 31. 7. 1973 - 2 BvF 1/73 III. 1.); Drucksache Bundestag 17/14695; NJW 1983, 2302, BVerfGE 2, 266 [277]; 3, 288 [319 f.]; 5, 85 [126]; 6, 309 [336, 363]); Öffentliche Erklärung des Juristen Dr. Theo Waigel (CSU) in seiner Eigenschaft als Finanzminister (1989-1998) der BRD beim Schlesiertreffen in Hannover am 02.07.1989: Minister Waigel wortwörtlich:

„...das Deutsche Reich ist 1945 nicht untergegangen“

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

zu sichten ARD-Tagesschau-Mitschnitt unter Link:
<https://www.youtube.com/watch?v=ogfD0XA3xM4>; - überdies Nachrichtenmitschnitt einer Radiosendung des Hessischen Rundfunks (hr) aus dem Jahre 1990 unter Link:
<https://www.youtube.com/watch?v=wTsWvsYy1DA>

Völlig unstrittig ist ebenso bei Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht, dass der Nationalstaat „Deutschland“ nach wie vor bis ins Jahr 2015 existiert. So ist „Deutschland“ auch nach wie vor – wie es auch der Tatsächlichkeit entspricht – rechtsfähig jedoch mangels institutionalisierter Organe handlungsunfähig. Dies gilt weiterfort auch als Rechtssatz des Grundgesetzes.

Beweis: NJW 1973, S. 1541 - BVerfG, *Urteil* vom 31. 7. 1973 - 2 BvF 1/73

So heißt es in 2 BvF 1/73: „...klare Rechtsposition jeder Bundesregierung ist:

Wir haben von der im GG vorausgesetzten, in ihm verankerten Existenz Gesamtdeutschlands auszugehen...“ ; ebenso *Geiger* zur Rechtslage Deutschlands

in NJW 1983, 2302; auch BVerfG, Beschluss vom 21-10-1987 - 2 BvR 373/83 3.c) Auszug anbei **S.79**

Ebenso bezugnehmend Drucksachen Bundestag 17/14807, S. 2; 17/14695 S. 2 - **S. 62-63, 65-66**

Weiterer Beweis: - die Bonner Rundschau vom 20. Februar 1951 titelte: „US-Gericht: Deutsches Reich besteht noch“ Zeitungsausschnitt sowie Entscheidung anbei **S.73-76 (76)** - siehe zur Entscheidung des Obersten US-Berufungsgerichts für Restitutionsansprüche in seiner Entscheidung zum Fall Kaufmann et als vs. Deutsches Reich et als – COURT OF RESTITUTION APPEALS REPORTS Volume 1, 1951

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

So heißt es dort wortwörtlich:

„Es ist ein Irrtum zu sagen, dass das Deutsche Reich verschwunden sei.“

Das der Fortbestands des Staates Deutschlands (Deutsches Reich) auch der Ansicht der Alliierten Besatzungsmächte auf deutschem Gebiet entsprach, geht konkret auch schon aus der New Yorker Erklärung vom 18. 9. 1950 hervor.

Beweis: BVerfG, Beschluss vom 21-10-1987 - 2 BvR 373/83II. 1. b) cc)

Weiterfort wurde in konkreto, allen voran durch die US-amerikanische Militärregierung im Gesetz Nr. 52 Artikel VII 9. (e) der völkerrechtliche Begriff „Deutschland“ dahingehend nach dem 2. Weltkrieg ausdrücklich definiert:

„Deutschland bedeutet das Gebiet des Deutschen Reiches wie es am 31.12.1937 bestanden hat,“

Beweis: Gesetzes-Auszug anbei **S. 85**; - ferner so auch Prof. Geiger in NJW 1983, 2302; hierzu u.a. eindeutig BVerfG, Beschluss vom 21-10-1987 - 2 BvR 373/83 I. 3. c)

Wahlplakate der CDU/SPD für Gesamtdeutschland 1949/1950 **S. 54**

Hiernach stellt es sich im Ergebnis in Tatsächlichkeit für den Staat Deutschland, wohl gemerkt trotz des „2+4-Vertrages“ der hieran nichts ändert (entsprechend klarstellende Ausführungen zum 2+4-Vertrag weiter unten) laut den bis dato laut Rechtsprechung und gesetzlich gültigen Grenzen von 1937 wie folgt dar.:

Die BRD scheinbar vertreten durch die Bundesregierung, obschon „die BRD gar keine - Bundesregierung – hat. Wir haben Frau Merkel. Und Frau Merkel ist die Geschäftsführerin einer Nichtregierungsorganisation. Das ist was sie ist“. - so wortwörtlich Sigmar Gabriel (SPD) als SPD-Vorsitzender auf dem SPD-Parteitag am 27.02.2010 in Dortmund, (TV-Livemitschnitt-Link: youtube: https://www.youtube.com/watch?v=tEGohDo_g4E) „regiert“ lediglich mit einer staatlichen Ordnung den deutsch gebliebenen Teil Deutschlands – welches prägnanter auch als so genanntes „Vereinigtes Wirtschaftsgebiet“ bezeichnet aus Art. 133 GG hervorgeht.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Des Weiteren verwaltet Polen de jure entsprechend „Potsdamer Abkommen“ Punkt IX. b) bis heute die Gebiete östlich von Oder und Neiße für die laut Dr. iur. Irmischer – Quelle nachfolgend Polen bis dato jedoch keine territoriale Souveränität im Bezug auf jene Gebiete in den aktuell-gültigen Grenzen Deutschlands befindlichen von 31.12.1937 erlangen konnte. (- vgl. Irmischer in Internationales Recht, Julius-Maximilians-Universität Würzburg in - Die Eigentumsfrage in den deutsch-polnischen Beziehungen 2007 - Auszug anbei S. 86-88 (88)

Ferner im Grundsatz klar stützend, da laut des im Auftrag des Deutschen Bundestags von Prof. Dr. Eckard Klein von der Universität Potsdam zu erstellenden Gutachtens dort auf S. 7 zu unter anderem - Ansprüchen Deutscher gegen die Republik Polen - letztlich im Ergebnis „...die Eigentumsstellung von vertriebenen Deutschen und derer Erben bis heute erhalten geblieben ist“;

- weiterhin wurde laut BVerfG, Beschluss vom 21-10-1987 - 2 BvR 373/83 eine endgültige Regelung von diesbezüglichen Gebietsfragen – so auch die Intention des „Potsdamer Abkommens“ vom 02.08.1945 entsprechend Punkt IX. b) - auf heute polnischem Gebiet einer gesamtdeutschen Friedensregelung vorbehalten;

Dasselbe gilt bis heute für den russisch-verwalteten Teil Ostpreußens der allerdings wohlgemerkt im Zuge des Berliner Mauerfalls und der damit verbunden historischen Chance – laut geheimen DER SPIEGEL-Informationen, - von russischer Seite zur treuhänderischen Rückgabe an die BRD für eine tatsächliche Wiedervereinigung Deutschlands angeboten, von BRD-Seite jedoch verfassungswidrig ablehnend zurückgewiesen wurde. Auszug anbei **S. 89**

Diesem aktiven Handeln dem im Grundgesetz (GG) verankerten Wiedervereinigungsgebot zu wider hätte laut BVerfG eben selbiges dem offensichtlich Völkerrechtswidrigem entgegenzutreten müssen.

Denn so müsste das BVerfG laut Beschluss vom 21-10-1987 - 2 BvR 373/83 selbst erklärend etwa dem Gesetzgeber entgegenzutreten, wenn seine Maßnahme rechtlich oder tatsächlich einer gesamtdeutschen W I E D E R V E R E I N I G U N G in Freiheit offensichtlich entgegenstünde.

Weiterfort ist den Organen der BRD laut BVerfGE 36, 1, (18) ein Währungsgebot dahingehend aufgegeben, „nämlich alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung wohlgemerkt Gesamtdeutschlands vereiteln würde“

Beweis: BVerfG 5, 85 (128); BVerfGE 12, 45 (51f.); BVerfGE 36, (17ff.)

Ein Entgegenzutreten seitens des BVerfG wurde jedoch nicht bemerkt.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Und dies, obschon dem im Grundgesetz verankerten Wiedervereinigungsgebot bezüglich Präambel, Art. 146 GG i.V.m. 116 I Halbs. 2 GG scheinbar zuwider gehandelt wurde, da die tatsächlich mögliche Wiedervereinigung Deutschlands in den von den US-Amerikanern laut Militärgesetz Nr. 52 Artikel VII 9. (e) – Auszug anbei **S. 85** - aufgegebenen Grenzen vom 31.12.1937 wohl aktiv verhindert wurde.

Ebenso wurde auch anscheinend der Abschluss einer friedlichen Regelung/ Friedensvertrag für Deutschland von Seiten der BRD verhindert. Auszug anbei **S. 61**

Auch hier wurde ein Entgegenzutreten seitens des BVerfG nicht bemerkt.

Weil Deutschland demnach als Nationalstaat gleichbeutend Gesamtdeutschland (Deutsches Reich) aus juristischer wie politischer Sicht nach wie vor einwandfrei in den Grenzen vom 31.12.1937 besteht, jedoch mangels tatsächlicher Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands bei tatsächlich nur vollzogener Einheit der Wirtschaftsgebiete Ost (ehemalige DDR einschließlich Ost-Berlin) und West (ehemalige BRD ohne die Westsektoren Berlins) Art. 133 GG – durch den Beitritt von Wirtschaftsgebiet Ost gemäß Art 23. GG, bis dato jedoch noch immer nur als Staatsfragment, gelten für „Deutschland“ aktuell nach wie vor ALLE besatzungsrechtlichen Maßnahmen der Besatzungsbehörden der Drei Mächte.

1. Beweis: Bekanntmachung der Vereinbarung vom 27./28. September 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (in der geänderten Fassung) sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der geänderten Fassung) vom 08.10.1990 – BGBl, Jahrgang 1990, Teil S. 1386, 1387 – Auszug anbei **S.90-93 (91)**

Dort heißt es auf S. 1387 zu 3. - hier im Ausschnitt:

Konzei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

„Folgende Bestimmungen des *Überleitungsvertrages* bleiben jedoch in Kraft:

Erster Teil: Artikel 2 Absatz 1

2. Beweis: Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Jahre 2007 (BGBl. I Nr. 59 vom 23.11.2007) im dortigen § 3.

Dort heißt es:

„Rechte und Pflichten, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, bleiben von der Aufhebung unberührt und bestehen nach Art. 2 Abs. 1 des ersten Teils des *Überleitungsvertrages* fort.“

Beweis: Auszug anbei **S. 94**

Im ÜBERLEITUNGSVERTRAG des Ersten Teils im Artikel 2 Abs. 1
heißt es wortwörtlich:

Alle Rechte und Pflichten, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft...

Beweis: Auszug anbei **S. 96-97 (97)**; siehe auch **S. 95**

Demzufolge bleiben also auch nach der Unterzeichnung des so genannten „2+4 Vertrages“, letzterer unterzeichnet in Moskau am 12.09.1990, laut Zusatzvereinbarung vom 27./28.09.1990, BGBl, Jahrgang 1990, Teil S. 1386,1387 und laut dem Zweiten Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Jahre 2007 (BGBl. I Nr. 59 vom 23.11.2007) im dortigen § 3 sämtliche besatzungsrechtlichen/alliierten Maßnahmen der Drei Mächte gegen Deutschland in Kraft.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Logische Konsequenz einer politischen Aussage:

So Otto Schily (Jurist) späterer Bundesinnenminister BRD am 23.05.1989 im ZDF
Schily wortwörtlich:

„Wiederherstellung des Deutschen Reiches, das wäre Wiedervereinigung..“

TV-Livemittschnitt: <https://www.youtube.com/watch?v=ugmMNL-akJY> ab: 1:30min

Logische Konsequenz einer politischen Aussage:

So Dr. Gregor Gysi (Jurist) Fraktionsvorsitzender im Bundestag am 08.08.2013 im Nachrichtensender Phönix

Gysi wortwörtlich: „ Das Besatzungsstatut gilt noch immer für Deutschland“

TV-Livemittschnitt: <https://www.youtube.com/watch?v=06bitxbq0Q0>

(Zusatz I)

„Das Reich besteht weiter“

SPIEGEL-Interview mit dem bayrischen Kultusminister Hans Maier

SPIEGEL: Herr Maier, die Kultusminister sind darüber zerstritten, wie Deutschland in Karten und Geographiebüchern auszusehen hat. Bayern fordert, daß in allen Karten, mit denen Schüler umgehen, die Grenzen des Deutschen Reiches vom 31. Dezember 1937 markiert werden. Warum soll die Schülergeneration der achtziger Jahre lernen, Breslau und Königsberg seien noch immer ein bißchen deutsch?

MAIER: Die Schüler sollen lernen, daß über die gegenwärtige staatsrechtliche Zugehörigkeit von Breslau und Königsberg friedensvertraglich nicht

punkt ist doch sehr juristisch. Uns interessiert mehr die pädagogische Frage: Wie sollen Lehrer ihren Schülern klarmachen, daß Deutschland trotz des Warschauer Vertrages doch nicht an der Oder-Neiße-Linie endet?

MAIER: Am besten, indem sie die Bundesregierung zitieren, die erklärt hat: Artikel I, Absatz 1 des Warschauer Vertrages besagt, daß eine endgültige Festlegung der deutsch-polnischen Grenze ausdrücklich einer friedensvertraglichen Regelung vorbehalten ist.

SPIEGEL: Welcher Lehrer und welcher Schüler kennt schon Artikel I,



Bildungspolitiker Maier: „Na ja, da war mal etwas“

entschieden ist. Da ist der Wortlaut des Verfassungsgerichtsurteils zum Grundvertrag völlig eindeutig.

SPIEGEL: Eindeutig sind auch die Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission, in denen es heißt: Bei der „Darstellung beider Länder ist von gegenwärtigen Realitäten auszugehen“.

MAIER: Die deutsch-polnischen Richtlinien sind Empfehlungen, mit problematischen Punkten, denen wir nicht zustimmen können. Und gerade wenn wir von Polen sprechen, dann wissen wir, daß es ja manchmal sehr lange Zeiten gibt, in denen ein Volk in einer tatsächlichen rechtlichen, in einer tatsächlichen politischen Form lebt, mit der es aber rechtlich nicht einverstanden ist — über ein Verfassungsgerichtsurteil kann keine Schulbuchkommission einfach hinweggehen.

SPIEGEL: Das Grundvertragsurteil ist umstritten, Kritiker bezeichnen es als das politischste Urteil, das je in Karlsruhe gefällt wurde — Ihr Stand-

Absatz 1 des Warschauer Vertrages, wie sollen Zwölfjährige das verstehen?

MAIER: Das ist eine Aufgabe für den Lehrer, dies mit einigem Geschick deutlich zu machen. Natürlich sind die historischen und politischen Verhältnisse unseres Landes immer schwierig gewesen und vielleicht heute besonders schwierig. Was ist des Deutschen Vaterland — ist eine alte Frage.

SPIEGEL: Ist das Deutsche Reich jenes deutsche Vaterland, das in den Schulen vermittelt werden soll?

MAIER: Das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 besteht laut Bundesverfassungsgericht weiter. Also muß es auch in der Schule vermittelt werden.

SPIEGEL: Das ist aber doch Wunschdenken und kann dazu führen, daß Schüler demnächst, je nach Bundesland, unterschiedliche Deutschlandbilder lernen müssen — ein realistisches und ein bayrisches.

MAIER: Ich glaube, Sie dramatisieren. Ich trage hier keine spezifisch bayrische Meinung vor, sondern die An-

GRANVALOR DER EXTRAVAGANTE DUFT FÜR DEN HERRN

Eau de Toilette · Eau de Cologne
Shaving Cream · Shaving Foam
Pre Electric Shave
After Shave Lotion
After Shave Cream Lotion
Luxury Soap · Deodorant Spray



MAURER-WIRTZ

CAMUS Depots:

Cognac CAMUS erhalten Sie in diesen und vielen anderen gehobenen Gastronomiebetrieben sowie erstklassigen Feinkosthäuern:

Aachen Feinkost Karl Jansen KG, Südr. 8. • **Ansbach** Feinkost Bönsch, Promenade 14. • **Bad Aachen** Restaurant im Intern. Spielcasino Bad Aachen, G. Gardner, Monheimallee 44. • **Bamberg** Der Delikatessen-Müller, Obere Königsstr. 28. • **Bayreuth** Schellenberg & Co., Leuchner Str. 46. • **Berlin** KARSTADT AG, Hermannplatz 5. H. R. Ulrich, Kantstr. 7. • **Wien-Spinnlinsen-Lager** E. Nitzsche, Filiale Kneisebeckstraße 33-34. • **Wien-Spinnlinsen-Lager** E. Nitzsche, Filiale Döbnerstraße 9. • **Wien-Spinnlinsen-Lager** E. Nitzsche, Filiale Beibtreustraße 19. • **Kaufhaus des Westens** GmbH, Tauentzienstraße 21. • **Big Market** H.-J. Horn, Buckower Damm 86-90. • **Wien-Spinnlinsen-Shop** Peter Herbart, Grolmannstraße 53-54. • **Bretzfeld** Breidenbacher Hof, Inh.: Loosen, Wilhelmstraße. • **Bochum** Wein- und Spirituosen-Paradies Karl Heinz Muth, Josef-Baummann-Straße 14. • **Gaststätte „Zur Postkutsche“**, Josef Bühm, Victoriastraße 16. • **Firma Heinrich Jenes**, Westring 33. • **Bottrop** Firma Otto Witte, Osterfelder Straße 13. • **Braunschweig** Hauptbahnhofsgaststätten, Berliner Platz. • **Feinkost Boog**, Heinz Fehr, Mühlentorstraße 1. • **Feinkost Struss**, Herbert Maudt, Helmstedter Straße 2. • **Braunschweig-Stöckheim**, Großes Weghaus, Inh.: Anton Mayr, Leipziger Straße 232. • **Bremen** „Parkhotel“, im Bürgerpark. • **Hotel „Columbus“**, Bahnhofplatz 5. • **Firma Wilhelm Roepke**, An der Weide 26. • **Firma G. Donner**, Carl-Rönning-Str. 4. • **Bremerhaven** Nordsee-Hotel Naber, Theodor-Heuß-Platz. • **Fischereihafen** Restaurant, Am Fischbahnhof. • **Burgdorf** Gasthaus Zum Brenner, Inh.: Herm. Wietfeldt, Poststraße 11. • **Cuxhaven** Firma Walter Lund, Schillerstraße 31. • **Dachau** Firma Horst Ambrust, Saarbrücker Str. 145. • **Düsseldorf** Firma Peter Reuter KG, Berliner Allee 4. • **Feinkost Heinz Faust**, Grafenberger Allee 68. • **M. & F. Müller & Fest**, Königsallee 14. • **Firma Karl Eilers KG**, Hüttenstraße 1. • **Eckmünde** Firma Georg Methmann, Frau-Klara-Str. 2. • **Essen** Firma Rolf Kasper, Ruhrallee 59. • **Firma Otto Gwanda**, Sieger Straße 192. • **Eutin** Firma Detlev Behrens, Am Rosenpark 11. • **Fischerhäuser über Nießhöll** Feinkost Hans M. Poiskosen. • **Flensburg** Firma Rolf Cremer, Spirituosen, Holm 21. • **Stadthaus** im Deutschen Haus. • **Frankfurt** Herbie GmbH, Zell 90. • **Firma M. Perkal u. S. Golab**, Taunusstr. 23. • **Feinkost Carl Ploeger**, Gr. Bockenheimer Str. 30. • **Feinkost Friedrich Bechtold**, Kaiserhofstr. 5. • **Freiburg** Weinhandlung Dreier, Mainstr. 4. • **Friedland** O.T. Gr. • **Schönen Hotel „Schillinghof“**, H. Schilling. • **Glückbach** Firma Otto Witte, Horster Str. 181. • **Glückbach** Kumparkhotel, Sandwigerstr. 1. • **Fördermarkt Glückburg**, Uwe Hollesen, Rathausstr. 8. • **Göttingen** Firma Helmut Belger, Goetheallee 13. • **Göttingen-Gesamter** Restaurant „Pahoroma“, Siebenweicher, Charlottenburger Straße 19. • **Gronau** Firma Hans Hewing, Heerweg 55. • **Hagen** La Toscana, Geschäftsführer H. Hess, An der B 277. • **Haltum** Waldhotel Turi, Am Fuße des Anna-Berges, Dorstener Straße 137. • **Hamburg** Hotel Vier Jahreszeiten, Neuer Jungfernstieg 9. • **Journal**, Bessali Meguenni, Mittelweg 24. • **Feinkost J. Heimerdinger**, Neuer Wall 34. • **Firma Sigrid Clausen**, Mittelweg 167. • **Firma Heinrich v. Hays**, Sachsenstr. 32. • **Hann. Feinkost Mersch & Roepke**, Nassauerstraße. • **Hannover** Firma Albert Laporte, Karmarschstr. 4/A. • **Kropcke** • **Firma J. G. Hildebrandt**, Schläger Straße 17. • **Hotel „Intercontinental“**, Am Friedrichswall 11. • **Weinhandlung der Stadt Hannover/Stadtteil**, Theodor-Heuß-Platz 2. • **Heidelberg** Feinkosthaus Kussmann, Brückenstr. 51. • **Heilbronn** Feinkost Dieter Müller, Tübingenstraße. • **Heilbronn** Feinkost, Sülmerstr. 12. • **Herne** Wein- und Spirituosen-Handel Willi Krebs, Wannerstraße 8. • **Husum** Firma Wilhelm Pahl, Am Omnibusbahnhof. • **Hilversum** Müggemarkt, Bahnhofstr. 9. • **Ingothaus** Weinhaus Baden, Kanalstr. 5. • **Jülich** Getränke-Markt – Bastion, Franz Schmitz, Am Schwimmbad. • **Kalderasch** Karstadt AG, Am Fackeltrödel. • **Kamp-Lintfort** Firma Peter Josef Gast, Markgrafenstr. 13-19. • **Kassel** Weinhandlung Heinrich Müller OHG, Friedrich-Ebert-Str. 80. • **Hessenstube**, K. Goebel, Obere Königsstr. 28. • **Valencia-Garten**, J. Girbal, Wilhelmstraße. • **Kehlen** Selbi-Großmarkt, May-Eyth-Str. 23. • **Ködinghausen** Firma Boy Telens, Hauptstr. 29. • **Kiel** Delikatessenhaus Hiltz, Holtenauer Str. 80. • **Feinkost Rehder**, Exerzierplatz 13. • **Hotel Hollenau**, Kanalstr. 33. • **Koblenz** Firma Kurt Heck, Lohrstr. 107. • **Firma Renate Wolk**, Peter-Klopper-Str. 80. • **Köln** Firma Fegens & Unterberg, Fachhandl., Heumarkt 55/57. • **„Weinparadies“**, Heinz Christ, Aschener Str. 79-80. • **„Monsieur le Homard“**, Lutz F. Dähnhardt, Aschener Str. 79. • **„Em Krüze“**, Erich Fehr, Frankfurter 1-3. • **Köln-Rodenkirchen** „Zum Treppchen“, Josef Dolmen, Kirchstr. 15. • **Krefeld** Firma Adele Scheer, Gladbacher Str. 282. • **Fruchtparadies** Josef Rittgeroth, Ostwall 48. • **Firma Wilhelm Franken KG**, Dieter Reiner, Königsstr. 123. • **Restaurant „Hersatshaus“**, Inh.: Horst Lehmann, Weeserweg 5. • **„Gut Heyenbaum“**, Hans Lichtenberg, Zwingenbergstr. 2. • **Kulmbach** Marr & Co., Lichtenfelder Str. 48. • **Leichlingen** Landhaus Weinbachquelle, Neuenhof 1. • **Mainz** Feinkost Herbert Solms, Im Hauptbahnhof. • **Mainz-Weitzhausen** Bacchus-Spinnlinsen, Käthe Heybach, Tanzplatz 8. • **Mannheim** Herbie GmbH, E.-1./5. • **Meldorf** Firma Walter Klinger, Am Markt. • **Mengen** Selbi-Großmarkt, Flachstraße. • **Mertmann** Hotel – Restaurant „Gut Heine“, Düsseldorf. • **Mönchengladbach** Hotel Haus Deicke. • **Mönchengladbach** „Abtshof“, Krefelder Str. 726. • **Mülheim** Firma K. H. Rühl, Am Schlossbroich. • **München** „Zum Wurzlepp“, Siegfried Mayer, Siegesstr. 22. • **Firma Heinrich Eberlein**, Rüdigerstr. 40. • **Feinkost Käfer**, Schumann-Str. 1. • **Firma Alois Dallmayr**, Dierner Str. 14-15. • **Konradstüberl**, Konradstr. 8. • **Feinkosthaus Müller**, Schoen Str. 90. • **München-Harlding** „Götische Kanne“, Renate Stimpf, St. Margaretsstr. 25. • **Münster** Firma Peister, Soester Straße. • **Neumünster** Firma Herbert Kamm, Joachimstr. 4. • **Neustadt/Weinstraße** „Kaseglocke“, Michael Emard, Landtschreiberstr. 3. • **Neu-Ulm** Firma E. Meckner, Fruchtgarten und feine Kost, Am Bahnhofsplatz. • **Nürnberg** Feinkost Spezialitäten-Restaurant „Rodel“ • **Nürnberg** Firma J. K. Engelbrecht, Karolinenstr. 13. • **Feinkost Schlotter**, Wodanstr. 24. • **Nürnberg-Buch** Gasthof Bamme, K. B. Sperber, Bucher Hauptstr. 63. • **Ochtrup** Firma Bernhard Gisseling, Kreuzweg 20. • **Oehringen** Hohenlohe'sche Weinhandlung, Ernst Münder, Bismarckstraße. • **Oeversee** Historischer Kaffee • **Offenbach** Gaststätte Alt Offenbach, Domstraße 38. • **Radolfzell** AWZ-Tabak-Service GmbH, Piemont-Str. 5-7.

Weitere Adressen im SPIEGEL Nr. 2/80

sicht der unionsregierten Länder, die allerdings in dieser Frage nicht kompromißbereit sein können, ja nicht sein dürfen. Ich glaube, man erweist niemandem einen Dienst, wenn man hier die Tatsachen verschwinden läßt. Es ist nicht so, daß die Entstehung einer ganzen Fülle von Deutschlandbildern zu befürchten wäre, sondern, was eintreten kann — ich hoffe immer noch, wir können es vermeiden — ist, daß sich zwei Ländergruppen bilden, die dann auch ihre verschiedenen kartographischen und technischen Wege gehen in der Genehmigung der Schulbücher und Atlanten, nämlich die bekannten Gruppen der SPD/FDP-regierten Länder und der Unions-regierten Länder.

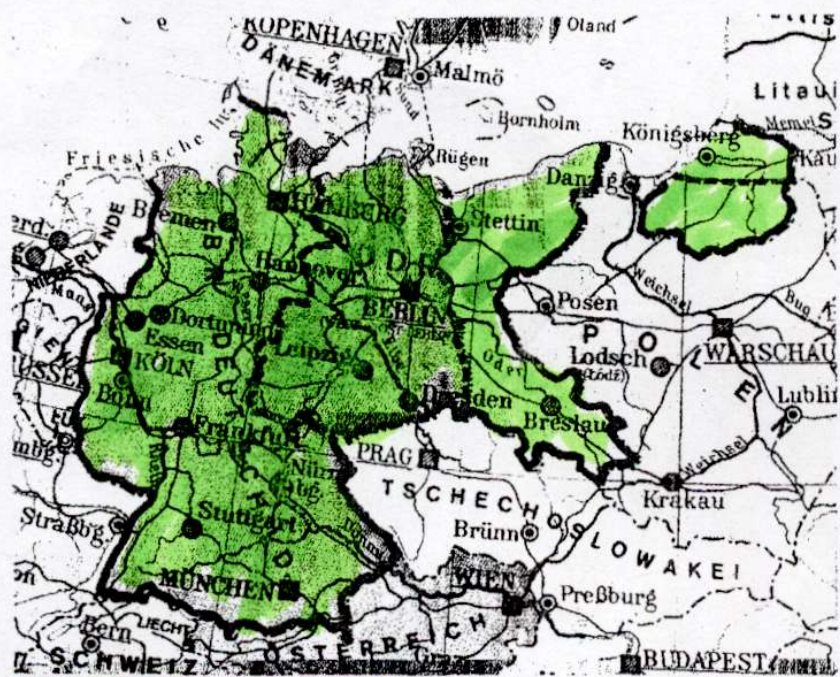
SPIEGEL: Das würden Sie angesichts des ohnehin schon bestehenden

Karte. Sie gehört quasi in die Antiquitätensammlung — das widerspricht dem Auftrag des Grundgesetzes für die Wiedervereinigung. Das heißt dann doch, na ja, da war mal etwas, aber das hat in der Gegenwart keine Bedeutung mehr.

SPIEGEL: Wie soll sich das Grundgesetz, gepunktet oder gestrichelt, in Schüler-Atlanten niederschlagen?

MAIER: In jeder Karte, wo politische Grenzen eingezeichnet sind, sollen die Grenzen von 1937 dargestellt sein.

SPIEGEL: Würden Sie, wie es Ihr baden-württembergischer Kollege Herzog getan hat, ein Biologiebuch ablehnen, weil auf einer Karte über die Waldbestände der Bundesrepublik die Grenze zur DDR nicht besonders gekennzeichnet war?



Bayrische Deutschland-Karte: „Was ist des Deutschen Vaterland?“

Bildungs-Tohuwabohu in Kauf nehmen?

MAIER: Ja. Nach dem Bildungs-Tohuwabohu müssen Sie diejenigen fragen, die aus bestehenden Verträgen ausgestiegen sind — 10. Hauptschuljahr, Gesamtschule und so weiter. Bayern gehört nicht dazu. Es ist ja nicht unsere Aufgabe, eine Einigung auf Kosten der eindeutig festgestellten Rechtslage anzustreben.

SPIEGEL: Was stört Sie dann am Kompromißvorschlag Ihres nordrhein-westfälischen Kollegen Girgensohn, der die Grenzen des Deutschen Reiches nur in je einer Karte pro Schulatlas markieren lassen will?

MAIER: Eine einzige Karte in einem Atlas ist immer eine historische Karte oder eine Spezialkarte. In einem Atlas, in dem eine ganze Fülle politischer Karten drin ist, wird eine solche Spezialkarte sofort zur historischen

MAIER: Ich glaube, wir dürfen den Fall DDR-Grenze jetzt nicht vermischen mit den Problemen Deutschland in den Grenzen von 1937, da gibt's nun allerdings eine ganz klare Weisung des Bundesverfassungsgerichts...

SPIEGEL: ... nehmen wir den Waldbestand oder eine Karte über den Frühling in Mittel- und Osteuropa. Würden Sie darauf bestehen, daß dort die Grenzen des Deutschen Reichs eingezeichnet sind?

MAIER: Meine Forderung ist eindeutig: Dort, wo politische Grenzen eingezeichnet sind, sollte auch Deutschland in den Grenzen von 1937 stehen.

SPIEGEL: Auch in Karten über Eiszeit, Niederschlag, Religion und Steinkohlevorkommen?

MAIER: Wenn dort politische Grenzen eingetragen sind, dann müssen auch die Grenzen von 1937 eingetragen werden.

* Mit den Grenzen von 1937.

(Zusatz) III



Zwei-plus-vier-Vertrag

"Alle Forderungen erledigt"

Von der griechischen Regierung kommen Reparationsforderungen an Deutschland, die sich auf den Zweiten Weltkrieg beziehen. Mit dem Zwei-plus-vier-Vertrag, dessen Verhandlungen vor genau 25 Jahren begannen, seien aber alle Ansprüche an die Bundesrepublik Deutschland erledigt, sagte Horst Teltschik, ehemaliger Berater Helmut Kohls, im Deutschlandfunk.

Horst Teltschik im Gespräch mit Thielko Grieb



Horst Teltschik: "Wir haben einen Friedensvertrag von vornherein abgelehnt – nicht zuletzt wegen der Gefahr von Reparationsforderungen." (picture alliance / dpa / Matthias Schrader)

2. Grundverständnis zum „2+4-Vertrag“

An zuvor Erläutertem ändert auch der Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, eben schon so genannter „2+4-Vertrag“ nichts.

Denn dieser bindet insbesondere bezüglich Artikel 7 hinsichtlich der Beendigung von Verantwortlichkeiten auf Deutschland als Ganzes und Berlin nur die „Vier Mächte“ als solches (Vier Mächte = Vereinigtes Königreich, die Vereinigten Staaten, Frankreich und der Sowjetunion) *nicht jedoch die „Drei Mächte“* oder gleichbedeutend „Drei Westmächte“ (Drei Mächte = Vereinigtes Königreich, die Vereinigten Staaten, Frankreich)

Beweis: Beschluss des BVerfG vom 28.01.1998 - 2 BvR 1981/97

Auszug Anbei **S. 72**

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

So heißt es dort ausdrücklich im Beschluss 2 BvR 1981/97:

„Art. 7 Abs. 1 Zwei-plus-Vier-Vertrag betrifft nur Vereinbarungen der vier Mächte, nicht solche der drei Westmächte, wie den *Überleitungsvertrag*. Art. 7 Abs. 2 Zwei-plus-Vier-Vertrag zieht nur die sich "demgemäß" ergebende Konsequenz. Deutschland hat durch den Wegfall der Verantwortung der vier Mächte in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes sowie der damit zusammenhängenden Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten wiedererlangt. **Seine Bindung an völkerrechtliche Verträge mit den drei Westmächten ist dadurch nicht betroffen.**“

Somit ist der „2+4-Vertrag“ für Deutschland de facto im Ergebnis rechtlich nur Makulatur, da letztlich bislang die UdSSR/Sowjetunion/(Russland) ihre Verantwortlichkeiten bzw. sein Besatzungsmandat im Bezug auf Deutschland und Berlin in Tatsächlichkeit aufgeben hat, das Besatzungsmandat der Drei Mächte per se aber noch immer besteht.

Die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und Frankreich verlieren mit dem „2+4-Vertrag“ zum einen zwar ebenfalls ihre Verantwortlichkeiten im Bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin aus ihren Eigenschaften als jeweiliger Bestandteil der Gruppe der „Vier Mächte“

jedoch

behalten sie als jeweiliger Bestandteil der Drei Mächte gleichbedeutend Drei Westmächte wiederum ihre Verantwortlichkeiten im Bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin hinsichtlich der Westsektoren aus ihren Vereinbarungen als jeweiliger Bestandteil der Gruppe der Drei Mächte bzw. Drei Westmächte, so eben konkret aus dem *ÜBERLEITUNG S V E R T R A G Erster Teil, Art. 2 Abs. 1* und anderen Rechten auf welchen sich wie schon erläutert bereits in der Bekanntmachung der Vereinbarung vom 27./28. September 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (in der geänderten Fassung) sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der geänderten Fassung) vom 08.10.1990 – BGBl, Jahrgang 1990, Teil S. 1386,1387 und im Zweiten Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Jahre 2007 (BGBl. I Nr. 59 vom 23.11.2007) im dortigen § 3 bezogen wird.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Logische Konsequenz von politischen Aussagen:

*So Dr. Wolfgang Schäuble (Jurist) in seiner Funktion als Finanzminister der BRD am 18.11.2011 in Frankfurt am Main auf dem European Banking Congress in
logischer Konsequenz: TV-Livemitschnitt:
<https://www.youtube.com/watch?v=vyApjTai5qk>

Finanzminister Schäuble wortwörtlich: „Deutschland seit 08.05.1945 zu keinem Zeitpunkt voll souverän“

*So Ulrich Maurer (Jurist) in seiner Funktion als Mitglied des Deutschen Bundestags (MdB) und Vorstand der Partei DIE LINKE auf einer Wahlveranstaltung in Heidelberg
Livemitschnitt: <https://www.youtube.com/watch?v=8Nh88q6G6oY>

Maurer wortwörtlich: „Es ist richtig, Deutschland ist kein souveränes Land.“

Wiederum aussagekräftig die Drucksache Bundestag 17/14807

„Ein Wiedererstehen von Deutschland (Deutsches Reich) impliziere die Eingliederung von Teilen „ehemals deutscher Gebiete, die heute auf polnischem Staatsgebiet liegen“ Auszug anbei **S. 66 x**

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Logische Konsequenz einer politischen Aussage:

So Otto Schily (Jurist) späterer Bundesinnenminister BRD am 23.05.1989 im ZDF
Schily wortwörtlich:

„Wiederherstellung des Deutschen Reiches, **das** wäre Wiedervereinigung..“

TV-Livemittschnitt: <https://www.youtube.com/watch?v=ugmMNL-akJY> ab: 1:30min

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

3. Grundverständnis zur Regierungsform BRD

Wie sich schon Sigmar Gabriel (SPD) öffentlich dazu äußerte, „...wir haben gar keine Bundesregierung, wir haben Frau Merkel. Und Frau Merkel ist die Geschäftsführerin einer Nichtregierungsorganisation (Nichtstaatliche Organisation Bund, Art. 133 GG), dass ist was sie ist.“ – so Gabriel auf dem SPD-Parteitag am 27.02.2010 in Dortmund, relevanter TV-Ausschnitt der Ansprache Gabriels bei youtube:

https://www.youtube.com/watch?v=tEGohDo_g4E

äußerte sich in diesem Kontext schon 1973 das BVerfG unter anderen in seiner Entscheidung 2 BvF 1/73 und führte an, dass „...mit der Errichtung der BRD kein neuer westdeutscher Staat gegründet wurde.“ Auszüge anbei **S. 78, 80**

Beweis: BVerfG, Urteil vom 31. 7. 1973 - 2 BvF 1/73; BVerfG, so auch im Beschluss vom 21-10-1987 - 2 BvR 373/83 Punkt C. 3. b)

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Auch das oberste US-Berufungsgericht für Restitutionsansprüche führte in der hier bei nachfolgendem Beweis zitierten Entscheidung wortwörtlich aus:

„Es ist ein Irrtum zu sagen, dass das Deutsche Reich verschwunden sei. Wir dürfen die jeweilige Regierungsform nicht mit der Existenz des Staates an sich verwechseln. Das Kaiserreich bezeichnete nur die Regierungsform, die Deutschland während dieses Regimes hatte, so auch die Weimarer Republik und selbst das Dritte Reich.“

Beweis: Oberstes US-Berufungsgerichts für Restitutionsansprüche in seiner Entscheidung zum Fall Kaufmann et als vs. Deutsches Reich et als – COURT OF RESTITUTION APPEALS REPORTS Volume 1, 1951 , S. 472 Auszug der Entscheidung anbei **S. 73-76 (76)** sowie der übersetzenden Bonner Rundschau vom 20.02.1951 hierzu **S.77**

Aus heutiger Sicht gelten die hier oberhalb stehenden Ausführungen des US-Berufungsgerichts im Fall Kaufmann/Deutsches Reich in logischer Konsequenz auch für die sich dann auf deutschem Gebiet ans Dritte Reich zeitweilig anschließenden Regierungsformen der BRD und der DDR.

Das Inkrafttreten des Grundgesetzes für die BRD vom 23.05.1949 und der Verfassung der DDR vom 07.10.1949 änderte jedoch - wie auch schon die zuvor erwähnten Regierungsformen auf deutschem Gebiet - nichts am Fortbestand des deutschen Staates Deutschland (Deutsches Reich). Auszug anbei **S. 82**

Beweis: BVerfG, Beschluss vom 21-10-1987 - 2 BvR 373/83 C. 2. 1. b)

Da die BRD als Regierungsform ausgestattet mit einer rechtstaatlichen Ordnung lediglich zur Reorganisation eines Teils von Gesamt-Deutschland diene, so ist sie für eben Gesagtes unter anderen laut der Entscheidung des BVerfG, Urteil vom 31. 7. 1973 - 2 BvF 1/73 die BRD wortwörtlich auch nicht Rechtsnachfolger des bestehenden Staates Deutschlands, und muss deshalb bis dato hieraus in logischer Folge durch ihre zu Handlungen Legitimierten ihre Hoheitsgewalt auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes beschränken. Vgl. BVerfGE 3, 288 (319 f.); 6, 309 (338, 363)

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Zwar behauptet die BRD immerfort, dass sie mit dem Deutschen Reich subjektidentisch sein soll - um ihre gebietsmäßige Vollständigkeit zu untermauern, obschon sie - wie bereits oben festgestellt - selbst vom Fortbestand des Deutschen Reiches ausgehe und wie vom BVerfG in 2 BvF 1/73 dargelegt nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches sei. Dies würde aber bedeuten, dass sich die BRD als Subjekt mit dem Deutschen Reiche identisch erklärt, was sie im Ergebnis auch tun kann.

Allerdings hat dies keine weiteren Konsequenzen, da die BRD dennoch nicht verbindlich für das Deutsche Reich handeln darf. Die BRD kann den Staat Deutschland (Deutsches Reich) als solches nicht rechtswirksam vertreten. Zudem darf keine Bundesregierung entsprechend der Deutschland-Doktrin S. 64 und Drucksachen Bundestag 17/14807, 17/14695 dem Handeln des Deutschen Reiches

vorgreifen so unter anderem auch die Auffassung der Bundesregierung selbst. S.

62-66

Deshalb erklärte die BRD in der Drucksache 17/14807 S. 2 Antwort zu 1. ihre gebietsmäßige Vollständigkeit und eben nicht die von Deutschland. Weiterfort wird dies auch aus anderem deutlich – so bestätigt lediglich die BRD bis heute – so Drucksache des Bundestag 17/14695 - die laut DER SPIEGEL 48/1961 nur provisorische Friedensgrenze zu Polen und erkennt diese aber nicht an. Denn auf Gebiete, die nach wie vor zu Deutschland in den aktuell gültigen Grenzen vom 31.12.1937 gehören, kann die BRD eben nicht rechtswirksam für das Deutschland (Deutsches Reich) verzichten.

Weiterfort erklärt die BRD auch deshalb – so Drucksache Bundestag 17/12307 S.2 bis dato immer nur das lediglich sie selbst, also die BRD- keine Gebietsansprüche gegen die Republik Polen hege.

Vielmehr entsprechend der Drucksachen Bundestag 17/14807 und 17/14695 ein Wiedererstehen Deutschlands – also ein wieder handlungsfähig gemachtes Deutschland - aber laut aktuell politischer Auffassung die Wiedereingliederung „ehemals deutscher Gebiete“ impliziere die heute de facto auf polnischem Gebiet liegen welche allerdings de jure deutsche Gebiete sind.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Das die BRD überdies laut des vereinbarten Londoner Schuldenabkommen vom 27.02.1953 zwar die Verbindlichkeiten „Deutschlands“ schulde, Ist jedoch richtigstellend lediglich auf die „bereitwillige“ Erklärung der BRD sowie der Einwilligung der Besatzungsmächte selbst zurückzuführen und überdies dem Pragmatismus geschuldet, dass die Schulden Deutschlands irgendwie von irgendjemand bedient werden mussten.

Daher wurde wie aus Urteil des BVerfG vom 29. 7. 1952 - 2 BvE 2/51 in NJW 1952, 970 hervorgeht:

„...die Bundesregierung als diejenige Stelle bestimmt, die unter Vorbehalt jeweils der Militärregierung zu erlassener Bestimmungen zuständig ist zur Erteilung von Ermächtigungen und zum Erlass von Vorschriften bezüglich der Verbringung von kontrollierten Vermögenswerten in das Gebiet und aus demselben.“

Ebenso beschränkt sich der tatsächliche Wirkungskreis der BRD laut BVerfG, mit Beschluss vom 21-10-1987 - 2 BvR 373/83 im Wesentlichen die Repräsentantin des deutschen Volkes auf deutschem Boden zu sein.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Weil weiterfort die BRD als Bundesrepublik Deutschland laut BVerfG 2 BvF 1/73 nicht als neuer westdeutscher Staat errichtet wurde, kennt sie auch kein eigenes Staatsangehörigkeitsrecht, sondern bedient sich deshalb dem Staatsangehörigkeitsrecht des Nationalstaates Deutschland (Deutsches Reich) von 1913.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Grundverständnis des Status von Berlin vor dem Abschluss des Vertrages vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, so genannter „2+4-Vertrag“

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Bis zum „Fall der Berliner Mauer“ ist ebenfalls völlig unstrittig, dass zwar Berlin (West) aus Sicht der BRD als ein Land der BRD gelten sollte, obschon die Alliierte Hohe Kommission rechtsverbindlich festlegte - trotz dessen das wiederum Groß-Berlin im Grundgesetz bei Art. 23 aufgeführt wurde - dass aber eben Berlin kein Land der Bundesrepublik sei - so BVerfG, 21.05.1957 - 2 BvL 6/56 - so wurden die Westsektoren (Berlin (West)) im Ergebnis nicht vom Bund regiert und es war laut dem Vorbehalt der Drei Mächte eben auch kein konstitutiver Bestandteil der BRD, was wiederum die diesbezügliche fortwährende Haltung/Rechtsauffassung der Alliierten Hohen Kommission zum Ausdruck brachte, das Berlin ausdrücklich kein Land der Bundesrepublik (BRD) sei - so BVerfG, 21.05.1957 - 2 BvL 6/56 -

Beweis: BVerfG, *Beschluss* vom 21. 5. 1957 - 2 BvL 6/56 „... nor be governed by the Federation“; BVerfG, *Beschluss* vom 15. 1. 2008 - 2 BvF 4/05 IV. C. (1); BVerfG, *Beschluß* vom 21-10-1987 - 2 BvR 373/83 „...West-Berlin is not an 'independent political unit' ; Berlin sollte eine besondere Einheit darstellen - siehe hierzu NJW 1989, 1333 III. 2.; VIER MÄCHTE-Abkommen vom 03.09.1971

....Berlin (West) nicht vom Bund regiert wird und kein konstitutiver Bestandteil der BRD - Status gemindert und belastet durch Vorbehalt der Drei Mächte

Beweis: BVerfG 7, 1, (7) in NJW 1957, S. 1273; BVerfGE 19, 377, (388) in NJW 1966, 723, BVerfG 20, 257, (266) in NJW 1967, S. 339

Grundverständnis des Status von Berlin nach dem Abschluss des Vertrages vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, so genannter „2+4-Vertrag“

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Dem Art. 6 I des so genannten – wohlgemerkt aber nur zum Teil suspendierten Deutschlandvertrages von 1952, BGBl 1990 Teil II S. 1387, **S.95** entsprechend, konsultierten die Drei Mächte die Bundesrepublik nach dem Fall der Mauer hinsichtlich der Ausübung ihrer Rechte in Bezug auf Berlin mit entsprechend veröffentlichten Schreiben.

Bekanntmachung des Schreibens der Drei Mächte vom 8. Juni 1990 zur Verfügung gestellt vom Bundesministerium der Justiz der Bundesrepublik Deutschland, BGBl 1990, Teil I S. 1068

In diesem Schreiben zur Aufhebung ihrer Vorbehalte insbesondere in dem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 in Bezug auf die Direktwahl der Berliner Vertreter zum Bundestag und ihr volles Stimmrecht im Bundestag und Bundesrat – geht weiterfort aus diesem wortwörtlich hervor, dass der Bundesrepublik vertreten durch Bundeskanzler Helmut Kohl mitgeteilt wird:

„....dass der Status der Westmächte, dass die Westsektoren Berlins wie bisher kein konstitutiver Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland sind und von der Bundesrepublik Deutschland auch nicht regiert werden, unverändert bleibt.“

Beweis: Das Schreiben der Drei Westmächte anbei vom Bundesministerium für Justiz, Auszug Drucksache Bundestag BGBl 1990, Teil I S. 1068, **S. 101**

Das die bisherigen alliierten Regelungen der Drei Mächte im Bezug auf den Sonderstatus Westsektoren Berlins (Berlin (West)) für die Zukunft auch über den Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, so genannter 2+4-Vertrag hinaus beibehalten werden sollen, wird konkret auch durch das - Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin - (BGBl. II, 1994, S. 26, 40, - (41) im dortigen Art. 2 der Regelung bestätigt.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

So heißt es dort auch im Bezug auf Berlin:

- das ohne Einschränkung „Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der alliierten Behörden in oder in Bezug auf Berlin oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft...“

Beweis: BGBl. Auszug anbei S. 103

weiter heißt es in Art.2:

„Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.“

Das vorbenannte Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin - (BGBl. II, 1994, S. 26, 40) ist durch die – Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin – vom 21.10.1994 am für Deutschland, Frankreich, die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich in Kraft getreten¹.

Beweis: BGBl. Auszug anbei S. 104

¹ Siehe Bekanntmachungs-Auszug auf S. ... der Anlage

Mithin kann rechtsicher festgestellt werden, das Berlin (West) bis zur deutschen Einheit nur aus Sicht der BRD ein Land der BRD war aber dennoch kein konstitutiver Teil und nicht von ihr regiert wurde und zum anderen durch das Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin - (BGBl. II, 1994, S. 26, 40) im dortigen Art. 2 der Regelung bestätigt wird, dass der Sonderstatus, welcher eben durch die Drei Mächte in deren Schreiben vom 08. Juni 1990 – anbei S. 100-101 – wie ausdrücklich gefordert, bis dato per Gesetz beibehalten wird.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Da also Berlin aufgrund begünstigender deutscher Regelung für die Drei Mächte zum Grundgesetz nach wie vor nicht vom Bund "regiert" werden darf und vor allem auch kein konstitutiver Bestandteil der BRD ist und dies die von der Alliierten Hohen Kommission schon 1957 ausdrücklich vertretene Haltung/Rechtsauffassung, dass Berlin kein Land der Bundesrepublik sei - so BVerfG, 21.05.1957 - 2 BvL 6/56 – und bekräftigt, ist dies laut der rechtsverbindlichen Zuständigkeit der Alliierten Hohen Kommission aus Art. 1 (1) a) i.V.m. Art. 2 des Übereinkommens zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin im BGBl 1994, Teil S. 40, 41 (S. 102) de jure gültiges Recht und wird damit durch Gesetz bestätigt,

folglich ein Gesetzesbefehl des Bundesgesetzgebers aus Berlin sich ohnehin nicht unmittelbar auf das „Land Berlin“ hätte auswirken können – allenfalls mit Duldung der Drei Mächte durch ein Mantelgesetz welches jedoch da nunmehr nicht Bonn sondern Berlin direkter Regierungssitz ist, nicht gegeben ist - , zudem das laut der Alliierten hohen Kommission – Berlin- als ein Land der BRD verneint wird zusätzlich aktuell bestehender Vorbehaltsrechte.

So heißt es in BVerfG, 21.05.1957 - 2 BvL 6/56:

„Die Alliierte Hohe Kommission hat, ausgehend von ihrer Rechtsauffassung, dass Berlin kein Land der Bundesrepublik sei und der Geltungsbereich des Grundgesetzes sich nicht auf Berlin erstrecke, die dieser Auffassung entgegenstehenden Fassungen des Gesetzes außer Kraft gesetzt (vgl. die Bekanntmachung des Bundesfinanzministers vom 31. Januar 1952 -BGBl. I S. 115 -). Rechtsgültig durch Art. 1 (1) a) i.V.m. Art. 2 im BGBl 1994 Teil II S. 40/41, S. 102,

Das der Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, so genannter 2+4-Vertrag bezüglich Artikel 7 hinsichtlich der Beendigung von Verantwortlichkeiten auf Berlin nur die „Vier Mächte“ als solches (Vereinigtes Königreich, die Vereinigten Staaten, Frankreich und der Sowjetunion) nicht jedoch die „Drei Mächte“ oder gleichbedeutend „Drei Westmächte“ (Vereinigtes Königreich, die Vereinigten Staaten, Frankreich) bindet (Beschluss des BVerfG vom 28.01.1998 - 2 BvR 1981/97) wird an dem klarstellenden Schreiben der Drei Mächte vom 12.06.1990 deutlich mit welchem diese Bundeskanzler Helmut Kohl ohne großes Aufheben deutlich machten, dass der bisherige Sonderstatus Berlins für die Zukunft erhalten bleibe und sich zugleich versichern wollten, dass Helmut Kohl fortan eben noch immer die gleiche Auffassung vertritt.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Ungeachtet dessen bestehen sämtliche Sonderregelungen im Bezug auf Berlin (West) bzw. die Westsektoren Berlins die aus der Zeit vor dem 2+4-Vertrag herrührten bis dato gesetzlich fort. da entsprechend Art. 2 der Regelung BGBI. II, 1994, S. 40 (41), **S. 102, 103** ohne Einschränkung bestätigt wird, dass:

„Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der alliierten Behörden in oder in Bezug auf Berlin oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet *oder* festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft...“

Da im Ergebnis nun neben der Prüfung von Art. 3 GG inzident festgestellt wurde, dass die Westsektoren Berlins nunmehr de jure noch immer noch nicht konstitutiver Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland sind und die Westsektoren Berlins auch nicht von der BRD regiert werden, konnte und durfte Berlin scheinbar als Ganzes zumal zudem noch in Erscheinung als „Land Berlin“ - Berlin ist kein Land der BRD, so die Alliierte Hohe Kommission wie festgestellt - und zugleich als kein konstitutiver Bestandteil der BRD – so die Drei Mächte wie festgestellt – sich wohl bei Beachtung der gültigen Gesetzeslage nicht rechtswirksam am Rundfunkbeitragsstaatsvertrag beteiligen.

Immerhin bezieht sich der Rundfunkstaatsvertrag in der jeweiligen Fassung zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge auf die Bundesrepublik. Daneben gelten - nach der Wiedervereinigung zusammengefasst im "Staatsvertrag für den Rundfunk im vereinten Deutschland" - der ARD-Staatsvertrag als Rechtsgrundlage des Zusammenschlusses der Landesrundfunkanstalten, der ZDF-Staatsvertrag, der Rundfunkgebührenstaatsvertrag (später: Rundfunkbeitragsstaatsvertrag) als Grundlage für die Heranziehung der Bürger zur Finanzierung der Anstalten sowie der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag mit den Regeln des Finanzausgleichs zwischen den Anstalten und schlussendlich der Staatsvertrag über das Deutschlandradio.

Weiterhin gilt – aufgrund der gesetzlichen Beibehaltung des alten Rechts von vor der deutschen Einheit 1990 - in der logischen Konsequenz für die Einwohner der Westsektoren Berlins bei Beibehaltung der Vorbehalte der Alliierten Drei Mächte auch selbiges wie es vor der Vereinigung des deutschen Wirtschaftsgebiets (Art. 133 GG) für seine Bewohner gegolten hat. Seine Bewohner waren keine Bürger der BRD.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Der Rundfunkstaatsvertrag allerdings, als wichtigste Rechtsgrundlage für das duale Rundfunksystem der Bundesrepublik Deutschland, bezieht sich mit seinen Grundsatzregelungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk für ARD, ZDF und Deutschlandradio ausdrücklich gerade auf die Bundesrepublik, denn ARD ZDF und Deutschlandradio sind öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland

In Folge dessen werden die Bewohner der Westsektoren Berlins auch nicht vom Rundfunkstaatsvertrag oder sämtlichen anderen diesbezüglich basierenden Regelungen erfasst, da der grundlegende Rundfunkstaatsvertrag nur für das Gebiet und das Gebiet der Ausübungsgewalt der Bundesrepublik Deutschland gilt.

Mithin darf von den Bürgern der Westsektoren Berlins, da vorgenannte eben nicht von der BRD regiert werden und die Westsektoren eben nach wie vor nicht konstitutiver Bestandteil der BRD sowie die Westsektoren auf dem Gebiet von Berlin (West) kein Land der BRD waren und sind, vom Beitragsservice des öffentlich-

rechtlichen Rundfunks der BRD der aktuelle gültige Rundfunkbeitrag nach der 15. und aktuellen 16. „Änderungsnovelle“ nicht für ARD, ZDF und Deutschlandradio erhoben beziehungsweise eingefordert werden.

Für Bewohner des früheren Ostsektors gilt dies jedoch nicht. Denn im Ergebnis hat (nur) die UdSSR/Sowjetunion (Russland) seine Verantwortlichkeiten im Bezug auf Berlin in Tatsächlichkeit aufgegeben, folglich der Ostsektor Berlins (Ost-Berlin) nunmehr seit dem Abschluss des „2+4-Vertrags“ vom Geltungsbereich des Grundgesetzes erfasst und dem Wirkungskreis der BRD unterliegt.

Mithin der Rundfunkbeitrag von ARD, ZDF und Deutschlandradio von den Bewohnern des Ostsektors verlangt und eingefordert werden kann.

Diese Tatsache stellt im Ergebnis jedoch eine Ungleichbehandlung der Bewohner der Westsektoren Berlins zu den Bewohnern im Ostteil Berlins (Ostsektor) dar.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Denn konkret vom Rundfunkbeitrag betroffen sind nur die Einwohner des Ostteil Berlins des so genannten früheren Ostsektors wie er in der Form seiner Bezirke gebietstechnisch bis zum 31.12.2000 bestanden hat. Im Einzelnen umfassen die Berliner Bezirke von Berlin (Ost): **S. 57, 58**

Mitte, Lichtenberg, Pankow, Treptow, Friedrichshain, Köpenick, Prenzlauer Berg, (Marzahn, Hohenschönhausen, Hellersdorf).

Aufgrund Gesetzeslage nicht betroffen vom Rundfunkbeitrag sind dagegen die Einwohner des umgangssprachlich früheren Westberlin konkret der nach wie vor bestehenden Westsektoren wie diese jedoch gebietstechnisch bis zur Bezirksreform am 31.12.2000 bestanden haben. Im Einzelnen umfassen die Westsektoren Berlins die Berliner Bezirke von Berlin (West): **S. 56, 58, 59, 60**

Charlottenburg, Spandau, Tiergarten, Wilmersdorf, Wedding, Reinickendorf, Neukölln, Kreuzberg, Tempelhof, Schöneberg, Steglitz, Zehlendorf

Die verwaltungstechnische Bezirksreform von 2001 bei der einige Bezirke aus Berlin (Ost) und Berlin (West) verwaltungstechnisch zusammengelegt wurden, lässt die Sektorenzugehörigkeit der Bezirke unberührt.

Mithin ist bei der Vergleichsgruppe – der Bewohner „ganz Berlins“ - mit grundsätzlich gleichen Merkmalen und gemeinsamen Bezugspunkt bei im Wesentlichen gleichem Sachverhalt eine Ungleichbehandlung zwischen den Westsektoren Berlins (Drei Mächte) und den ehemals russischen Sektor dem Ostberliner Sektor, gemeinhin das gebietstechnisch frühere Ostberlin festzustellen.

Hinsichtlich der geltenden Rechtsordnung ist ein diesbezüglich zulässiger Differenzierungsgrund aus sachlicher Betrachtung nicht ersichtlich der nachvollziehbar für diese Ungleichbehandlung herangezogen werden könnte um diese Ungleichbehandlung der Einwohner des Landes Berlins heutzutage zu rechtfertigen.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Mithin verletzt der Rundfunkbeitrag in Gestalt des Rundfunkbeitragsbescheids den Kläger in seinem Grundrecht der Gleichbehandlung aus Art. 3 I GG, da er nur deshalb, dass er nicht in einem der Westsektoren Berlins sondern vielmehr gebietstechnisch im Ostteil Berlins wohnt, entgegen der Bewohner der Westsektoren Berlins – deren Sektoren aufgrund des Vorbehalts der Drei Mächte - BGBl 1990, Teil I S. 1068 – hier S. 100, 101 - in Verbindung mit dem Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin - BGBl. II, 1994, S. 40, 41 hier konkret im Art. 1 (1) a) in Verbindung mit Art. 2 - hier S. 102, 103 - gesetzlich normiert keine konstitutiven Bestandteile der BRD sind und das „Land Berlin“ aufgrund der rechtlich verbindlichen Rechtsauffassung der Alliierten hohen Kommission aus dem Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin BGBl. II, 1994, S. 40, 41 konkret Art. 1 (1) a) – hier S. 102 - das Berlin eben als Land Berlin kein Land der BRD sei, wie aus BVerfG, 21.05.1957 - 2 BvL 6/56 hervorgeht – hier S. 46 unten -, die Bewohner der Westsektoren Berlins vom Rundfunkbeitragsstaatsvertrag nicht rechtsicher erfasst werden können und von denen der Rundfunkbeitrag nicht rechtskonform erhoben bzw. eingefordert werden darf – der Kläger als auf dem Ostteil Berlins und damit im Regelungsbereich der BRD wohnender selbst aber vom Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio beitragsmäßig herangezogen werden kann und konkret auch herangezogen wird.

Rundfunkbeitragsstaatsvertrag (RBStV)

Eine Information von ARD, ZDF und Deutschlandradio

§ 1 Zweck des Rundfunkbeitrags

Der Rundfunkbeitrag dient der funktionsgerechten Finanzausstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Sinne von § 12 Abs. 1 des Rundfunkstaatsvertrages sowie der Finanzierung der Aufgaben nach § 40 des Rundfunkstaatsvertrages.

§ 2 Rundfunkbeitrag im privaten Bereich

(1) Im privaten Bereich ist für jede Wohnung von deren Inhaber (Beitragsschuldner) ein Rundfunkbeitrag zu entrichten.

(2) Inhaber einer Wohnung ist jede volljährige Person, die die Wohnung selbst bewohnt. Als Inhaber wird jede Person vermutet, die

1. dort nach dem Melderecht gemeldet ist oder
2. im Mietvertrag für die Wohnung als Mieter genannt ist.

(3) Mehrere Beitragsschuldner haften als Gesamtschuldner entsprechend § 44 der Abgabenordnung. Die Landesrundfunkanstalt kann von einem anderen als dem bisher in Anspruch genommenen Beitragsschuldner für eine Wohnung für zurückliegende Zeiträume keinen oder nur einen ermäßigten Beitrag erheben, wenn dieser das Vorliegen der Voraussetzungen für eine Befreiung oder Ermäßigung gemäß § 4 Abs. 7 Satz 2 im Zeitpunkt der Inanspruchnahme nachweist.

(4) Ein Rundfunkbeitrag ist nicht zu entrichten von Beitragschuldnern, die aufgrund Artikel 2 des Gesetzes vom 6. August 1994 zu dem Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen (BGBl. 1964 II S. 957) oder entsprechender Rechtsvorschriften Vorrechte genießen.

§ 3 Wohnung

(1) Wohnung ist unabhängig von der Zahl der darin enthaltenen Räume jede ortsfeste, baulich abgeschlossene Raumeinheit, die

1. zum Wohnen oder Schlafen geeignet ist oder genutzt wird und
2. durch einen eigenen Eingang unmittelbar von einem Treppenhaus, einem Vorraum oder von außen, nicht ausschließlich über eine andere Wohnung, betreten werden kann.

Nicht ortsfeste Raumeinheiten gelten als Wohnung, wenn sie Wohnungen im Sinne des Melderechts sind. Nicht als Wohnung gelten Bauten nach § 3 des Bundeskleingartengesetzes.

(2) Nicht als Wohnung gelten Raumeinheiten in folgenden Betriebsstätten:

1. Raumeinheiten in Gemeinschaftsunterkünften, insbesondere Kasernen, Unterkünfte für Asylbewerber, Internate.
2. Raumeinheiten, die der nicht dauerhaften heil- oder arbeitsmäßigen Unterbringung dienen, insbesondere in Behinderten- und Pflegeheimen.
3. Patientenzimmer in Krankenhäusern.
4. Haft Räume in Justizvollzugsanstalten und
5. Raumeinheiten, die der vorübergehenden Unterbringung in Bahnbereitungsstätten dienen, insbesondere Hotel- und Gästezimmer, Ferienwohnungen, Unterkünfte in Seminar- und Schulungszentren.

§ 4 Befreiungen von der Beitragspflicht, Ermäßigung

(1) Von der Beitragspflicht nach § 2 Abs. 1 werden auf Antrag folgende natürliche Personen befreit:

1. Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des Zwölften Buches des Sozialgesetzbuches (Sozialhilfe) oder nach den §§ 27a oder 27d des Bundesversorgungsgesetzes.
2. Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Viertes Kapitel des Zwölften Buches des Sozialgesetzbuches).
3. Empfänger von Sozialgeld oder Arbeitslosengeld II einschließlich von Leistungen nach § 22 des Zweiten Buches des Sozialgesetzbuches, soweit nicht Zuschläge nach dessen § 24 gewährt werden, die die Höhe des Rundfunkbeitrags übersteigen.
4. Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

5. nicht bei den Eltern wohnende Empfänger von
 - a) Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz,
 - b) Berufsausbildungsbeihilfe nach den §§ 99, 100 Nr. 3 des Dritten Buches des Sozialgesetzbuches oder nach dem Vierten Kapitel, Fünftes Abschnitt des Dritten Buches des Sozialgesetzbuches oder
 - c) Ausbildungsgeld nach den §§ 104 ff. des Dritten Buches des Sozialgesetzbuches.
6. Sonderfürsorgeberechtigte im Sinne des § 27e des Bundesversorgungsgesetzes.
7. Empfänger von Hilfe zur Pflege nach dem Siebten Kapitel des Zwölften Buches des Sozialgesetzbuches oder von Hilfe zur Pflege als Leistung der Kriegsopferversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz oder von Pflegegeld nach landesgesetzlichen Vorschriften.
8. Empfänger von Pflegezulagen nach § 267 Abs. 1 des Lastenausgleichsgesetzes oder Personen, denen wegen Pflegebedürftigkeit nach § 267 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Buchstabe c des Lastenausgleichsgesetzes ein Freibetrag zuerkannt wird.
9. Volljährige, die im Rahmen einer Leistungsgewährung nach dem Achten Buch des Sozialgesetzbuches in einer stationären Einrichtung nach § 45 des Achten Buches des Sozialgesetzbuches leben, und
10. taubblinde Menschen und Empfänger von Blindenhilfe nach § 72 des Zwölften Buches des Sozialgesetzbuches.

(2) Der Rundfunkbeitrag nach § 2 Abs. 1 wird auf Antrag für folgende natürliche Personen auf ein Drittel ermäßigt:

1. blinde oder nicht nur vorübergehend wesentlich sehbehinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 50 vom Hundert allein wegen der Sehbehinderung.
2. hörgeschädigte Menschen, die gehörlos sind oder denen eine ausreichende Verständigung über das Gehör auch mit Hörhilfen nicht möglich ist, und
3. behinderte Menschen, deren Grad der Behinderung nicht nur vorübergehend wenigstens 50 vom Hundert beträgt und die wegen ihres Leidens an öffentlichen Veranstaltungen ständig nicht teilnehmen können.

Absatz 1 bleibt unberührt.

(3) Die dem Antragsteller gewährte Befreiung oder Ermäßigung erstreckt sich innerhalb der Wohnung

1. auf dessen Ehegatten,
2. auf den eingetragenen Lebenspartner und
3. auf die Wohnungsinhaber, die bei der Gewährung einer Sozialleistung nach Absatz 1 als Teil einer Einsatzgemeinschaft im Sinne des § 19 des Zwölften Buches des Sozialgesetzbuches berücksichtigt worden sind.

(4) Die Befreiung oder Ermäßigung beginnt mit dem Ersten des Monats, zu dem der Gültigkeitszeitraum des Bescheids beginnt, wenn der Antrag innerhalb von zwei Monaten nach dem Erstellungsdatum des Bescheids nach Absatz 7 Satz 2 gestellt wird. Wird der Antrag erst zu einem späteren Zeitpunkt gestellt, so beginnt die Befreiung oder Ermäßigung mit dem Ersten des Monats, der der Antragstellung folgt. Die Befreiung oder Ermäßigung wird für die Gültigkeitsdauer des Bescheids befristet. Ist der Bescheid nach Absatz 7 Satz 2 unbefristet, so kann die Befreiung oder Ermäßigung auf drei Jahre befristet werden, wenn eine Änderung der Umstände möglich ist, die dem Tatbestand zugrunde liegen.

(5) Wird der Bescheid nach Absatz 7 Satz 2 unwirksam, zurückgenommen oder widerrufen, so endet die Befreiung oder Ermäßigung zum selben Zeitpunkt. Derartige Umstände sind vom Beitragsschuldner unverzüglich der zuständigen Landesrundfunkanstalt mitzuteilen.

(6) Unbeschadet der Beitragsbefreiung nach Absatz 1 hat die Landesrundfunkanstalt in besonderen Härtefällen auf gesonderten Antrag von der Beitragspflicht zu befreien. Ein Härtefall liegt insbesondere vor, wenn eine Sozialleistung nach Absatz 1 Nr. 1 bis 10 in einem durch die zuständige Behörde erlassenen Bescheid mit der Begründung versagt wurde, dass die Einkünfte die jeweilige Bedarfsgrenze um weniger als die Höhe des Rundfunkbeitrags überschreiten. Absatz 4 gilt entsprechend.

Rundfunkstaatsvertrag

Vom 31. August 1991,
in der Fassung des fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrags,
in Kraft seit dem 1. Januar 2001 (Art. 8 des Rundfunkänderungsstaatsvertrages)

§ 10

Berichterstattung, Informationssendungen, Meinungsumfragen

(1) Berichterstattung und Informationssendungen haben den anerkannten journalistischen Grundsätzen, auch beim Einsatz virtueller Elemente, zu entsprechen. Sie müssen unabhängig und sachlich sein. Nachrichten sind vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Wahrheit und Herkunft zu prüfen. Kommentare sind von der Berichterstattung deutlich zu trennen und unter Nennung des Verfassers als solche zu kennzeichnen.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte



Aktuelle Basisdaten zu TV, Hörfunk, Print, Film und Internet

Suchen

Home
Baden-Württemberg
Rheinland-Pfalz
Symposium 2013
Hörfunk
Fernsehen
Film
DVD/Video

Sie sind hier: Glossar

Rundfunkstaatsvertrag

Der Rundfunkstaatsvertrag ist die wichtigste Rechtsgrundlage für das duale Rundfunksystem der Bundesrepublik Deutschland. Er enthält Grundsatzregelungen für den öffentlich-rechtlichen und den privatrechtlich-kommerziellen Rundfunk. In seiner Präambel garantiert der Staatsvertrag Bestand und Entwicklung des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks, eingeschlossen die Teilhabe an "allen neuen technischen Möglichkeiten" und die "Veranstaltung neuer Formen von Rundfunk" sowie die Sicherung der "finanziellen Grundlagen". Den privaten Veranstaltern werden "Ausbau und Fortentwicklung eines privaten Rundfunksystems, vor allem in technischer und programmlicher Hinsicht, ermöglicht".

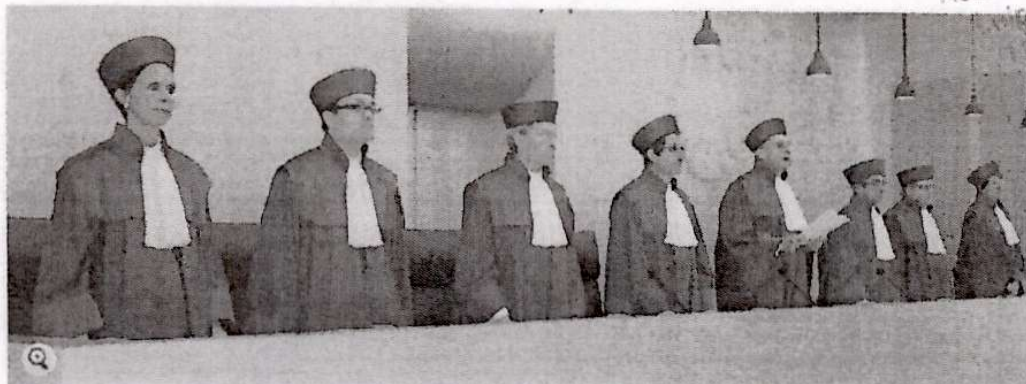
² Quelle: <http://www.spiegel.de/kultur/tv/verfassungsgericht-klage-gegen-zdf-staatsvertrag-a-960571.html> gesichtet: 17.06.2014

SPIEGEL ONLINE KULTUR

Politik Wirtschaft Panorama Sport Kultur Netzwerk Wissenschaft Gesundheit einestages Karriere Uni Schule Reise Auto

Nachrichten > Kultur > TV > Bundesverfassungsgericht > Verfassungsgericht: Klage gegen ZDF-Staatsvertrag

Urteil in Karlsruhe: Politik muss Einfluss auf das ZDF beschränken



DPA

3

Rundfunkstaatsvertrag: Zahl der Politiker im ZDF-Fernsehrat bleibt vorerst bestehen



DPA

³ Quelle: <http://www.spiegel.de/kultur/tv/zdf-fernsehrat-zahl-der-politiker-vorerst-nicht-reduziert-a-969865.html> gesichtet: 17.06.2014

*Das ganze
Deutschland
soll es sein -*



*Zum
eingeteilten
Vaterland
durch die*

CDU

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Mit der



Von Bonn über BERLIN




für
ein freies
soziales
und geeintes

Deutschland

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Viermächte-Abkommen zwischen den USA, der UdSSR, Großbritannien und Frankreich vom 3. September 1971

 Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 Viermächte-Abkommen

Abschrift

Die Regierungen der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, der Vereinigten Staaten von Amerika, vertreten durch ihre Botschafter, die in dem früher vom Alliierten Kontrollrat benutzten Gebäude im amerikanischen Sektor Berlins eine Reihe von Sitzungen abgehalten haben, handelnd auf der Grundlage ihrer Viermächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten und der entsprechenden Vereinbarungen und Beschlüsse der Vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, die nicht berührt werden, unter Berücksichtigung der bestehenden Lage in dem betreffenden Gebiet, von dem Wunsch geleitet, praktischen Verbesserungen der Lage beizutragen, unbeschadet ihrer Rechtspositionen, haben folgendes vereinbart:

Teil I

I. Allgemeine Bestimmungen

1. Die Vier Regierungen werden bestrebt sein, die Beseitigung von Spannungen und die Verhütung von Komplikationen in dem betreffenden Gebiet zu fördern.
2. Unter Berücksichtigung ihrer Verpflichtungen nach der Charta der Vereinten Nationen stimmen die Vier Regierungen darin überein, daß in diesem Gebiet keine Anwendung oder Androhung von Gewalt erfolgt und daß Streitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln beizulegen sind.
3. Die Vier Regierungen werden ihre individuellen und gemeinsamen Rechte und Verantwortlichkeiten, die unverändert bleiben, gegenseitig achten.
4. Die Vier Regierungen stimmen darin überein, daß ungeachtet der Unterschiede in den Rechtsauffassungen die Lage, die sich in diesem Gebiet entwickelt hat und wie sie in diesem Abkommen sowie in den anderen in diesem Abkommen genannten Vereinbarungen definiert ist, nicht einseitig verändert wird.

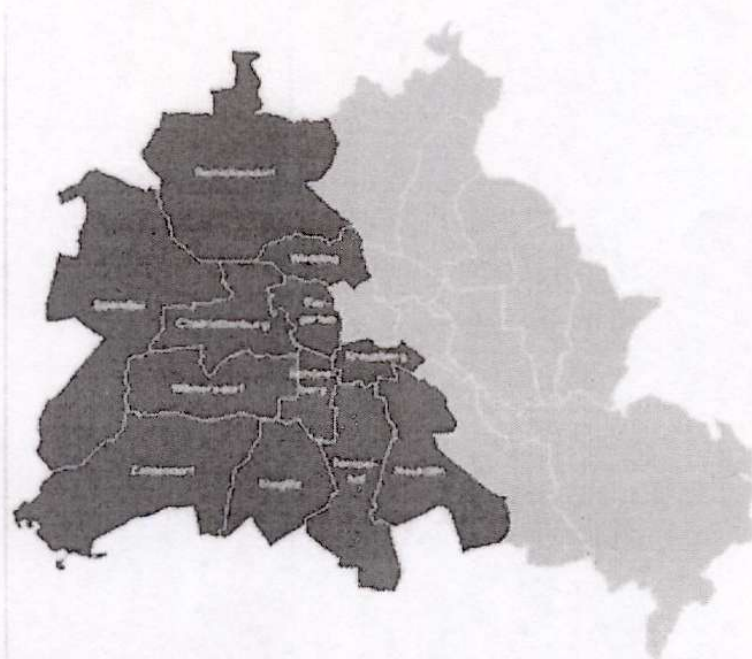
Teil II

II. Bestimmungen, die die Westsektoren Berlins betreffen

- A. Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklärt, daß der Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland auf Straßen, Schienen- und Wasserwegen durch das Territorium der Deutschen Demokratischen Republik ohne Behinderungen sein wird, daß dieser Verkehr erleichtert werden wird, damit er in der einfachsten und schnellsten Weise vor sich geht und daß er Begünstigung erfahren wird. Die diesen zivilen Verkehr betreffenden konkreten Regelungen, wie sie in Anlage I niedergelegt sind, werden von den zuständigen deutschen Behörden vereinbart.
- B. Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika erklären, daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, daß diese Sektoren so wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden. Konkrete Regelungen, die das Verhältnis zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland betreffen, sind in Anlage II niedergelegt.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

⁴ Die Bezirke der Westsektoren Berlins in grafischer Darstellung



Bezirke von West-Berlin

Franziska Archut Berlin
 Spitzer Str. 40
 10117 Berlin-Mitte

⁴ Quelle:

http://www.google.de/imgres?imgurl=http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/5/56/Occupied_Berlin.svg/2480px-Occupied_Berlin.svg.png&imgrefurl=http://de.wikipedia.org/wiki/West-Berlin&h=2008&w=2480&tbnid=_AEqpylC-1oFvM:&zoom=1&tbnh=94&tbnw=116&usg=__LWvk-mmblHcpqwrKRJNmIE9aggM=&docid=mKmJ8PhXJcXNyM&sa=X&ei=hlygU8SIEOaBywPC9ICwDA&ved=0CCIQ9QEwAA&dur=429

⁵ Die Bezirke des Ostsektors von Berlin in grafischer Darstellung.



Die Bezirke bestehen auch nach der verwaltungstechnischen Reorganisation von 2001 der Bezirke fort und sind als solche wie im Bild anhand ihrer jeweiligen Bezirksgrenzen erkennbar. Zuvor eigenständige Bezirke wurden lediglich zu einem neuen Bezirk zusammengeschlossen.

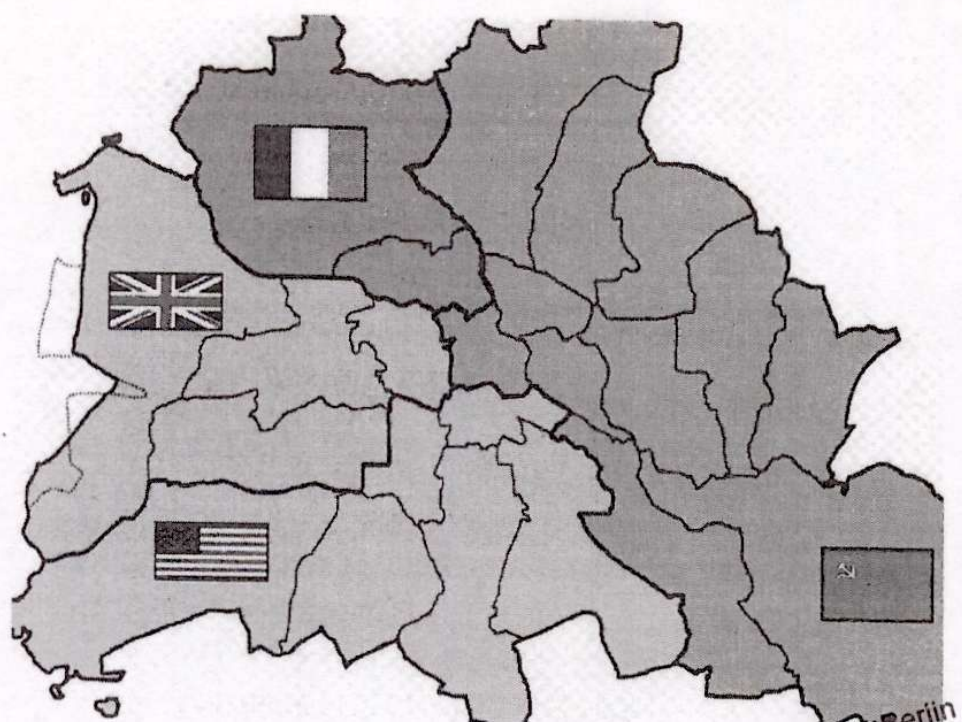
*Beispiel für den Westteil Berlins: Die Bezirke Charlottenburg, Wilmersdorf zu Charlottenburg-Wilmersdorf

*Beispiel für den Ostteil Berlins: Treptow, Köpenick zu Treptow-Köpenick

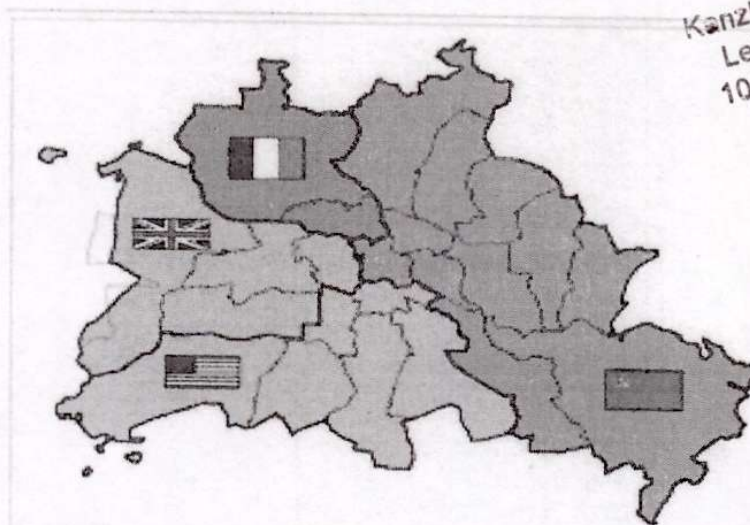
Die verwaltungstechnische Gebietsreform von 2001 legte lediglich verwaltungstechnisch bestimmte Berliner Bezirke zu Ortsteilen zusammen. Dies lässt die Sektorenzugehörigkeit in Berlin unberührt.

⁶ Die 3 Westsektoren Berlins und der rot markierte Ostsektor von Berlin

⁵ Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Berliner_Bezirke gesichtet 17.06.2014



Kanzlei Arthur Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte















Die vier Sektoren Berlins

Die Sektorengrenzen orientierten sich an bestehenden Bezirksgrenzen.

⁶ Quelle:

http://www.google.de/imgres?imgurl=http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/5/56/Occupied_Berlin.svg/2480px-Occupied_Berlin.svg.png&imgrefurl=http://de.wikipedia.org/wiki/West-Berlin&h=2008&w=2480&tbnid=_AEqpyIC-1oFvM:&zoom=1&tbnh=94&tbnw=116&usg=__LWvk-mmblHcpqwrKRJNmIE9aggM=&docid=mKmJ8PhXJcXNyM&sa=X&ei=hlygU8SIEOaBywPC9ICwDA&ved=0CCIQ9QEwAA&dur=429

Liste der Bezirke von West-Berlin

Name des Bezirks	Bezirks- wappen	Fläche (km ²) ^[18]	Einwohner ^[19]	Sektor	Zuständiges Land	Ortsteile ^[20]
Bezirk Charlottenburg		30,3	147.258		Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	
Bezirk Kreuzberg		10,4	128.790		Vereinigte Staaten von Amerika	
Bezirk Neukölln		44,9	273.174		Vereinigte Staaten von Amerika	<ul style="list-style-type: none"> • Neukölln • Britz • Buckow • Rudow
Bezirk Reinickendorf		89,3	229.193		Französische Republik	<ul style="list-style-type: none"> • Reinickendorf • Frohnau • Heiligensee • Hermsdorf • Konradshöhe • Lübars • Tegel • Waldmannslus • Wittenau
Bezirk Schöneberg		12,2	136.900		Vereinigte Staaten von Amerika	<ul style="list-style-type: none"> • Schöneberg • Friedenau
Bezirk Spandau		86,4	192.186		Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	<ul style="list-style-type: none"> • Spandau • Gatow • Haselhorst • Kladow • Siemensstadt • Staaken

⁷ Quelle:

http://www.google.de/imgres?imgurl=http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/5/56/Occupied_Berlin.svg/2480px-Occupied_Berlin.svg.png&imgrefurl=http://de.wikipedia.org/wiki/West-Berlin&h=2008&w=2480&tbnid=_AEqpylC-1oFvM:&zoom=1&tbnh=94&tbnw=116&usq=__LWvk-mmblHcpqWRKRJNmIE9aggM=&docid=mKmJ8PhXJcXNyM&sa=X&ei=hlygU8SIEOaBywPC9ICwDA&ved=0CCIQ9QEwAA&dur=429

Bezirk Steglitz		32,0	166.207		Vereinigte Staaten von Amerika	<ul style="list-style-type: none"> • Steglitz • Lankwitz • Lichterfelde
Bezirk Tempelhof		40,7	160.773		Vereinigte Staaten von Amerika	<ul style="list-style-type: none"> • Tempelhof • Lichtenrade • Mariendorf • Marienfelde
Bezirk Tiergarten		13,4	71.834		Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	
Bezirk Wedding		15,4	135.011		Französische Republik	
Bezirk Wilmersdorf		34,3	130.103		Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	<ul style="list-style-type: none"> • Wilmersdorf • Schmargendorf • Grunewald
Bezirk Zehlendorf		70,6	83.123		Vereinigte Staaten von Amerika	<ul style="list-style-type: none"> • Zehlendorf • Dahlem • Nikolassee • Wannsee

Kanzlei Archut Berlin
 Leipziger Str. 40
 10117 Berlin-Mitte

⁸Quelle:

http://www.google.de/imgres?imgurl=http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/5/56/Occupied_Berlin.svg/2480px-Occupied_Berlin.svg.png&imgrefurl=http://de.wikipedia.org/wiki/West-Berlin&h=2008&w=2480&tbnid=_AEqpylC-1oFvM:&zoom=1&tbnh=94&tbnw=116&usq=__LWvk-mmbIHcpqwrKRJNmIE9aggM=&docid=mKmJ8PhXJcXNyM&sa=X&ei=hlygU8SIEOaBywPC9ICwDA&ved=0CCIQ9QEwAA&dur=429

Nr. 354B
Anlage 2
Protokoll des französischen Vorsitzenden

Zusammenkunft der Außenminister
Frankreichs,
Polens,
Der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,
Der Vereinigten Staaten von Amerika,
Großbritanniens,
Der Bundesrepublik Deutschland
und der Deutschen Demokratischen Republik
in Paris am 17. Juli 1990

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Protokoll 1

1. Das Prinzip Nr. 1 hinsichtlich der Frage der deutschen Grenzen, auf das sich die sechs Mitgliedstaaten der in Ottawa eingesetzten Gruppe geeinigt haben, wird durch folgenden Satz ergänzt: »Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen wird einen wesentlichen Bestandteil der Friedensordnung in Europa darstellen.«

2. Der Wortlaut des 2. Prinzips hinsichtlich der Frage der deutschen Grenzen wird wie folgt geändert: Die Worte »die bestehende Westgrenze Polens« werden durch die Worte »die zwischen ihnen bestehende Grenze« ersetzt.

3. Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, erklärt, daß »der Vertrag über die deutsch-polnische Grenze innerhalb der kürzestmöglichen Frist nach der Vereinigung und der Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands unterzeichnet und dem gesamtdeutschen Parlament zwecks Ratifizierung unterbreitet werden wird.«

Der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Markus Meckel, hat darauf hingewiesen, daß sein Land dieser Erklärung zustimmt.

4. Die vier Siegermächte erklären, daß die Grenzen des vereinigten Deutschland einen endgültigen Charakter haben, der weder durch ein äußeres Ereignis noch durch äußere Umstände in Frage gestellt werden kann.

Der Außenminister Polens, Krzysztof Skubiszewski, weist darauf hin, daß nach Ansicht der polnischen Regierung diese Erklärung keine Grenzgarantie durch die vier Mächte darstellt.

Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, weist darauf hin, daß er zur Kenntnis genommen hat, daß diese Erklärung für die polnische Regierung keine Grenzgarantie darstellt. Die BRD stimmt der Erklärung der vier Mächte zu und ~~unterstreicht~~ erklärt, daß die in dieser Erklärung erwähnten Ereignisse oder Umstände nicht eintreten werden, d. h., ~~daß kein Friedensvertrag oder eine Friedensregelung nicht beabsichtigt sind~~. Die DDR stimmt der von der BRD abgegebenen Erklärung zu.

[Nr. 354: ~~Drittes Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier, 17. 7. 1990~~ Nr. 354B: Anlage 2
Protokoll des französischen Vorsitzenden, 17. 7. 1990. Deutsche Einheit, S. 4069 (vgl. Dt. Einh., S.
1369-1370) (c) Oldenbourg Verlag]

Quelle: Deutsche Einheit, S. 1369, (1370) Sonderedition aus den Akten des
Bundeskanzleramts 1989/1990, Oldenbourg Verlag

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Heike Hänsel, Harald Koch, Niema Movassat, Kathrin Senger-Schäfer, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Völkerrechtliche Konsequenzen aus der behaupteten Subjektidentität der Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich seit dem 8. Mai 1945

Im Gegensatz zur DDR, welche die polnische Westgrenze im Görlitzer Abkommen vom 6. Juli 1950 vorbehaltlos und völkerrechtlich verbindlich als unantastbar anerkannte, verstand die Bundesrepublik Deutschland den Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 allein als Verzicht auf eine gewaltsame Änderung der als „unverletzlich“ bezeichneten Westgrenze der Volksrepublik Polen, deren faktische Hinnahme sie zugleich unter den Vorbehalt einer möglichen Änderung im Rahmen einer Friedensregelung stellte.

Bis zum Anschluss der DDR an die Bundesrepublik Deutschland hat es keine Friedensregelung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen gegeben. In der „Abschließenden Regelung mit Bezug auf Deutschland“ (sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag, in Kraft getreten am 15. März 1991) ist als Bedingung für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten dem Sinne nach eine zu treffende abschließende Regelung bezüglich der Anerkennung der polnischen Westgrenze festgelegt. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich dieser Verpflichtung bis dato entzogen.

Der Grenzvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen von 1990 versteht sich nach dem Wortlaut des Vertrages lediglich als eine „Bestätigung“ der zwischen ihnen bestehenden Grenze und einem daran geknüpften Gewaltverzicht. Er hat mithin den gleichen Charakter wie der Warschauer Vertrag von 1970. Beide Verträge sollen nach Auffassung der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr als Gewaltverzichtsverpflichtungen darstellen. Seit der ersten polnischen Teilung im Jahre 1772 ist die polnische Westgrenze lediglich von der DDR anerkannt worden. Mit der Nichtanerkennung der Grenze eines ihres Nachbarstaates steht die Bundesrepublik Deutschland in Europa allein dar.

Die Bundesregierung vertritt eine den Gegebenheiten der deutschen Einigung angepasste „Deutschland-Doktrin“. Die ursprüngliche Lesart der Deutschland-Doktrin behauptete die völkerrechtliche Identität, wenngleich räumliche Teilidentität der Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich, das den 8. Mai 1945 zwar handlungsunfähig, doch völkerrechtlich rechtsfähig überdauert habe. Sie stellt alle von der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen Verträge als allein für die Bundesrepublik Deutschland unter den Vorbehalt ihrer Revision durch das zur Handlungsfähigkeit gelangende Deutsche Reich verbindlich, dessen Handeln keine Bundesregierung vorgreifen darf. Das Wiedererstehen des Deutschen Reiches aber implizierte die Eingliederung von Teilen der „ehemals deutschen Gebiete“, die heute auf polnischem Staatsgebiet liegen.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Diese juristische Auffassung bildete vor der Zusammenführung der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR die Grundlage für die Verweigerung der Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik Deutschland.

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten trat in der Bestimmung des Verhältnisses von Bundesrepublik Deutschland und Deutschem Reich an die Stelle einer Perspektive auf die Wiedergewinnung „ehemaliger deutscher Gebiete“ – also der räumlichen Teilidentität – die „Subjektidentität“ als Ausdruck der Identität in der Eigenschaft als Völkerrechtssubjekt, die das postulierte Fortleben des Reiches unangetastet lässt.

Dieser Umstand erhält durch die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Belastung der deutsch-polnischen Beziehungen durch Aktivitäten des Vereins Eigentümerbund Ost e. V. in Polen“ (Bundestagsdrucksache 17/12307) eine aktuelle Brisanz. Die Bundesregierung macht darin deutlich, dass es „stets die Auffassung der Bundesregierung [war], dass das Völkerrechtssubjekt ‚Deutsches Reich‘ nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist“ und verweist in der Antwort zu Frage 25 auf Bundestagsdrucksache 17/12307 zudem auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 (BVerfGE 36, S. 1, 16; vgl. auch BVerfGE 77, S. 137, 155). In den Leitsätzen des betreffenden Urteils heißt es: „Es wird daran festgehalten (vgl. z. B. BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 <126>), dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht ‚Rechtsnachfolger‘ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat ‚Deutsches Reich‘, – in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings ‚teilidentisch‘.“

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche völkerrechtlichen Konsequenzen ergeben sich für die Ausübung der Souveränitätsrechte der Republik Polen gegenüber Gebieten ihres Staatsterritoriums, die vor dem 8. Mai 1945 zum Deutschen Reich gehörten, angesichts der Tatsache, dass die Bundesregierung gemäß ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage (Bundestagsdrucksache 17/12307) behauptet, dass „das Völkerrechtssubjekt ‚Deutsches Reich‘ nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist (BVerfGE 36, S. 1, 16; vgl. auch BVerfGE 77, S. 137, 155). Dies war zudem stets die Auffassung der Bundesregierung.“?
2. Welche völkerrechtlichen Wirkungen oder Ansprüche sollen nach dem Willen der Bundesregierung durch das Festhalten der Bundesregierung an dieser Rechtsauffassung gegenüber der Republik Polen in Zukunft gesichert werden, vor dem Hintergrund, dass gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 36, S. 1), auf welches sich die Bundesregierung bezieht, „das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist“ und „nach wie vor Rechtsfähigkeit“ besitzt, „allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig“ sei (vgl. Bundestagsdrucksache 17/12307, Antwort zu Frage 25), und die Bundesrepublik Deutschland mit diesem Deutschen Reich lediglich „subjektidentisch“ sein soll?

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Für eine neue soziale Idee.

→ PRESSEMITTEILUNGEN → ABO DER PRESSEMITTEILUNGEN → IM WORTLAUT → INTERVIEW DER WOCHE → PRESSEKONTAKT → PRESSEDOWNLOADS

PRESSEMITTEILUNG

ABGEORDNETEN - PRESSEMITTEILUNG VON SEVIM DAGDELEN

19.02.2013 - 17. LEGISLATUR

Bundesregierung gefährdet mit „Deutschland-Doktrin“ das deutsch-polnische Verhältnis

„Die Bundesregierung übt sich in Bezug auf die Anerkennung der Westgrenze der Republik Polen erneut in verrenkter Vertragsakrobatik, wodurch geleistete Bemühungen für eine deutsch-polnische Verständigung in Frage gestellt werden. Es ist ein Skandal, dass die polnische West-Grenze seit den polnischen Teilungen bis heute von keiner bundesdeutschen Regierung anerkannt wurde. Die Bundesregierung beharrt nach wie vor auf dem Wahnwitz der sog. ‚Deutschland-Doktrin‘, nach welcher keine Bundesregierung dem Handeln des Deutschen Reiches mit dem die BRD räumlich teildentisch sein soll, für den Fall dass das Deutsche Reich eines Tages wieder zum Handeln erwacht, vorgreifen darf. Für ein solches restauratives und reaktionäres Denken

SUCHE

→ ERWEITERTE SUCHE

Suchen...



DRUCKEN

EMPFEHLEN & SICHERN

Angelika Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Antwort

der Bundesregierung

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/14695 –

Völkerrechtliche Konsequenzen aus der behaupteten Subjektidentität der Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich seit dem 8. Mai 1945

Vorbemerkung der Fragesteller

Im Gegensatz zur DDR, welche die polnische Westgrenze im Görlitzer Abkommen vom 6. Juli 1950 vorbehaltlos und völkerrechtlich verbindlich als unantastbar anerkannte, verstand die Bundesrepublik Deutschland den Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 allein als Verzicht auf eine gewaltsame Änderung der als „unverletzlich“ bezeichneten Westgrenze der Volksrepublik Polen, deren faktische Hinnahme sie zugleich unter den Vorbehalt einer möglichen Änderung im Rahmen einer Friedensregelung stellte.

Bis zum Anschluss der DDR an die Bundesrepublik Deutschland hat es keine Friedensregelung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen gegeben. In der „Abschließenden Regelung mit Bezug auf Deutschland“ (sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag, in Kraft getreten am 15. März 1991) ist als Bedingung für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten dem Sinne nach eine zu treffende abschließende Regelung bezüglich der Anerkennung der polnischen Westgrenze festgelegt. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich dieser Verpflichtung bis dato entzogen.

Der Grenzvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen von 1990 versteht sich nach dem Wortlaut des Vertrages lediglich als eine „Bestätigung“ der zwischen ihnen bestehenden Grenze und einem daran geknüpften Gewaltverzicht. Er hat mithin den gleichen Charakter wie der Warschauer Vertrag von 1970. Beide Verträge sollen nach Auffassung der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr als Gewaltverzichtsverpflichtungen darstellen. Seit der ersten polnischen Teilung im Jahre 1772 ist die polnische Westgrenze lediglich von der DDR anerkannt worden. Mit der Nichtanerkennung der Grenze eines ihres Nachbarstaates steht die Bundesrepublik Deutschland in Europa allein dar.

Die Bundesregierung vertritt eine den Gegebenheiten der deutschen Einigung angepasste ‚Deutschland-Doktrin‘. Die ursprüngliche Lesart der Deutschland-Doktrin behauptete die völkerrechtliche Identität, wenngleich räumliche Teilidentität der Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich, das den

8. Mai 1945 zwar handlungsunfähig, doch völkerrechtlich rechtsfähig überdauert habe. Sie stellt alle von der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen Verträge als allein für die Bundesrepublik Deutschland unter den Vorbehalt ihrer Revision durch das zur Handlungsfähigkeit gelangende Deutsche Reich verbindlich, dessen Handeln keine Bundesregierung vorgehen darf. Das Wiedererstehen des Deutschen Reiches aber implizierte die Eingliederung von Teilen der „ehemals deutschen Gebiete“, die heute auf polnischem Staatsgebiet liegen. Diese juristische Auffassung bildete vor der Zusammenführung der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR die Grundlage für die Verweigerung der Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik Deutschland.

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten trat in der Bestimmung des Verhältnisses von Bundesrepublik Deutschland und Deutschem Reich an die Stelle einer Perspektive auf die Wiedergewinnung „ehemaliger deutscher Gebiete“ – also der räumlichen Teilidentität – die „Subjektidentität“ als Ausdruck der Identität in der Eigenschaft als Völkerrechtssubjekt, die das postulierte Fortleben des Reiches unangetastet lässt.

Dieser Umstand erhält durch die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Belastung der deutsch-polnischen Beziehungen durch Aktivitäten des Vereins Eigentümerbund Ost e. V. in Polen“ (Bundestagsdrucksache 17/12307) eine aktuelle Brisanz. Die Bundesregierung macht darin deutlich, dass es „stets die Auffassung der Bundesregierung [war], dass das Völkerrechtssubjekt ‚Deutsches Reich‘ nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist“ und verweist in der Antwort zu Frage 25 auf Bundestagsdrucksache 17/12307 zudem auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 (BVerfGE 36, S. 1, 16; vgl. auch BVerfGE 77, S. 137, 155). In den Leitsätzen des betreffenden Urteils heißt es: „Es wird daran festgehalten (vgl. z. B. BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 <126>), dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht ‚Rechtsnachfolger‘ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat ‚Deutsches Reich‘, – in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings ‚teilidentisch‘.“

1. Welche völkerrechtlichen Konsequenzen ergeben sich für die Ausübung der Souveränitätsrechte der Republik Polen gegenüber Gebieten ihres Staatsterritoriums, die vor dem 8. Mai 1945 zum Deutschen Reich gehörten, angesichts der Tatsache, dass die Bundesregierung gemäß ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage (Bundestagsdrucksache 17/12307) behauptet, dass „das Völkerrechtssubjekt ‚Deutsches Reich‘ nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist (BVerfGE 36, S. 1, 16; vgl. auch BVerfGE 77, S. 137, 155). Dies war zudem stets die Auffassung der Bundesregierung“?

Die Bundesregierung verweist auf die Denkschrift zu Artikel 4 Nummer 2 des Einigungsvertrages: „Mit der Einbeziehung des anderen deutschen Staates in den Geltungsbereich des Grundgesetzes erlangt die mit dem Völkerrechtssubjekt ‚Deutsches Reich‘ subjektidentische Bundesrepublik Deutschland ihre gebietsmäßige Vollständigkeit.“

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte



**Vertrag vom 12. September 1990 über die
abschließende Regelung in bezug auf Deutschland
„2+4-Vertrag“**

**mit Erklärung vom 01. Oktober 1990 zur Aussetzung der
Wirksamkeit der Vier-Mächte-Rechte und
-Verantwortlichkeiten**

- Urschrift des Vertrags
- Deutsche Ratifikationsurkunde
- Amerikanische Ratifikationsurkunde
- Britische Ratifikationsurkunde
- Französische Ratifikationsurkunde
- Sowjetische Ratifikationsurkunde
- Urschrift der Erklärung

Amtliches Werk im Sinne des § 5 Absatz 2 des Gesetzes über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (UrhG). Nutzung nur unter der Angabe der unten stehenden Quelle. Jede Änderung des Werkes oder seiner Teile ist untersagt.

Quelle:
Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, MULT - 781

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

ARTIKEL 1

- (1) Das vereinte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen. Seine Außengrenzen werden die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sein und werden am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrags endgültig sein. Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen des vereinten Deutschland ist ein wesentlicher Bestandteil der Friedensordnung in Europa.
- (2) Das vereinte Deutschland und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag.
- (3) Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch nicht in Zukunft erheben.
- (4) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik werden sicherstellen, daß die Verfassung des vereinten Deutschland keinerlei Bestimmungen enthalten wird, die mit diesen Prinzipien unvereinbar sind. Dies gilt dementsprechend für die Bestimmungen, die in der Präambel und in den Artikeln 23 Satz 2 und 146 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland niedergelegt sind.
- (5) Die Regierungen der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen die entsprechenden Verpflichtungen und Erklärungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik förmlich entgegen und erklären, daß mit deren Verwirklichung der endgültige Charakter der Grenzen des vereinten Deutschland bestätigt wird.

ARTIKEL 2

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenom-

69

men werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.

ARTIKEL 3

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

(1) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihren Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Sie erklären, daß auch das vereinte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten wird. Insbesondere gelten die Rechte und Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968 für das vereinte Deutschland fort.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat in vollem Einvernehmen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik am 30. August 1990 in Wien bei den Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa folgende Erklärung abgegeben:

"Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, die Streitkräfte des vereinten Deutschland innerhalb von drei bis vier Jahren auf eine Personalstärke von 370.000 Mann (Land-, Luft- und See-streitkräfte) zu reduzieren. Diese Reduzierung soll mit dem Inkrafttreten des ersten KSE-Vertrags beginnen. Im Rahmen dieser Gesamt-obergrenze werden nicht mehr als 345.000 Mann den Land- und Luftstreitkräften angehören, die gemäß vereinbartem Mandat allein Gegenstand der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa sind. Die Bundesregierung sieht in ihrer Verpflichtung zur Reduzierung von Land- und Luftstreitkräften einen bedeutsamen deutschen Beitrag zur Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa. Sie geht davon aus, daß in Folgeverhandlungen auch die anderen Verhandlungsteilnehmer ihren Beitrag zur Festigung von Sicherheit und Stabilität in Europa, einschließlich Maßnahmen zur Begrenzung der Personalstärken, leisten werden."

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich dieser Erklärung ausdrücklich angeschlossen.

(2) Für die Dauer des Aufenthalts sowjetischer Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins werden auf deutschen Wunsch Streitkräfte der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika auf der Grundlage entsprechender vertraglicher Vereinbarung zwischen der Regierung des vereinten Deutschland und den Regierungen der betreffenden Staaten in Berlin stationiert bleiben. Die Zahl aller nichtdeutschen in Berlin stationierten Streitkräfte und deren Ausrüstungsumfang werden nicht stärker sein als zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Vertrags. Neue Waffenkategorien werden von nichtdeutschen Streitkräften dort nicht eingeführt. Die Regierung des vereinten Deutschland wird mit den Regierungen der Staaten, die Streitkräfte in Berlin stationiert haben, Verträge zu gerechten Bedingungen unter Berücksichtigung der zu den betreffenden Staaten bestehenden Beziehungen abschließen.

(3) Nach dem Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins können in diesem Teil Deutschlands auch deutsche Streitkräfteverbände stationiert werden, die in gleicher Weise militärischen Bündnisstrukturen zugeordnet sind wie diejenigen auf dem übrigen deutschen Hoheitsgebiet, allerdings ohne Kernwaffenträger. Darunter fallen nicht konventionelle Waffensysteme, die neben konventioneller anderer Einsatzfähigkeiten haben können, die jedoch in diesem Teil Deutschlands für eine konventionelle Rolle ausgerüstet und nur dafür vorgesehen sind. Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt.

ARTIKEL 6

Das Recht des vereinten Deutschland, Bündnissen mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten anzugehören, wird von diesem Vertrag nicht berührt.

ARTIKEL 7

(1) Die Französische Republik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Als Ergebnis werden die entspre-

71
chenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst.

(2) Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

ARTIKEL 8

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation oder Annahme, die so bald wie möglich herbeigeführt werden soll. Die Ratifikation erfolgt auf deutscher Seite durch das vereinte Deutschland. Dieser Vertrag gilt daher für das vereinte Deutschland.

(2) Die Ratifikations- oder Annahmeerkunden werden bei der Regierung des vereinten Deutschland hinterlegt. Diese unterrichtet die Regierungen der anderen Vertragschließenden Seiten von der Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Annahmeerkunde.

ARTIKEL 9

Dieser Vertrag tritt für das vereinte Deutschland, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Französische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika am Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Annahmeerkunde durch diese Staaten in Kraft.

ARTIKEL 10

Die Urschrift dieses Vertrags, dessen deutscher, englischer, französischer und russischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt, die den Regierungen der anderen Vertragschließenden Seiten beglaubigte Ausfertigungen übermittelt.

Gründe:

Die Verfassungsbeschwerde betrifft den Klagausschluss nach Teil VI Art. 3 Abs. 1 und 3 des Überleitungsvertrages (Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besetzung entstandener Fragen in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung; BGBl 1955 II, S. 405). Nach dieser Vorschrift können Klagen wegen bestimmter, im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland gerichteter Maßnahmen in Deutschland nicht erhoben werden.

I.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erteilte die Tschechoslowakei auf ihrem Staatsgebiet beilegendes Vermögen des Vaters des Beschwerdeführers, des damaligen Staatsoberhauptes von Liechtenstein. Die Maßnahme wurde damit begründet, daß der Vater des Beschwerdeführers unabhängig von seiner Staatsangehörigkeit die deutsche Nationalität besitze. Die Enteignung betraf u.a. ein Bild im Wert von DM 500.000. Nachdem dieses als Leihgabe vorübergehend nach Deutschland gelangt war, klagte der Beschwerdeführer vor deutschen Gerichten auf Herausgabe. Die Zivilgerichte wiesen die Klage nach Teil VI Art. 3 Abs. 3 Überleitungsvertrag als unzulässig ab. Die Bestimmung sei nach Ziff. 3 der Vereinbarung vom 27./28. September 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten (in der geänderten Fassung) sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besetzung entstandener Fragen (in der geänderten Fassung) (BGBl 1990 II, S. 1386; im folgenden: Notenwechsel) weiterhin in Kraft. Zwar betreffe Teil VI Art. 3 Abs. 1 und 3 Überleitungsvertrag nur Maßnahmen gegen das deutsche Auslandsvermögen. Dazu genüge es aber, daß das Vermögen als deutsches Vermögen beschlagnahmt worden sei. Über die Rechtmäßigkeit der Einordnung als deutsches Vermögen hätten die deutschen Gerichte gerade nicht zu entscheiden.

II.

Gründe für die Annahme der Verfassungsbeschwerde nach § 93a Abs. 2 BVerfGG liegen nicht vor. Die Verfassungsbeschwerde hat keine Aussicht auf Erfolg.

1. Nach Ansicht des Beschwerdeführers verstießen die Entscheidungen gegen drei allgemeine Regeln des Völkerrechts i.S. von Art. 25 GG, nach denen erstens das Vermögen von Angehörigen neutraler Staaten von den Siegern eines Krieges nicht konfisziert werden dürfe, zweitens völkerrechtliche Verträge zu Lasten dritter Staaten verboten seien, und drittens die Frage, welche Staatsangehörigkeit einer natürlichen Person habe, sich ausschließlich nach dem Recht des die Staatsangehörigkeit vermittelnden Staates beantworte. Die Zivilgerichte hätten die nach Art. 100 Abs. 2 GG erforderliche Vorlage an das Bundesverfassungsgericht unterlassen und den Beschwerdeführer so in seinem Recht aus Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG verletzt.

Für die zivilgerichtlichen Entscheidungen kam es jedoch auf das Bestehen oder Nichtbestehen solcher völkergewohnheitsrechtlichen Regeln nicht an. Die behaupteten Regeln zur Konfiszierung neutralen Vermögens und zur Bestimmung der Staatsangehörigkeit betreffen die Frage nach der materiellen Rechtmäßigkeit der Enteignung durch die Tschechoslowakei, zu der die Zivilgerichte gerade nicht Stellung genommen haben. Hierzu waren nach Völkerrecht die Gerichte auch nicht verpflichtet (vgl. dazu Verdross/Simma, Universelles Völkerrecht, 3. Aufl., 1984, S. 778; Seidl-Hohenveldern, Völkerrecht, 9. Aufl., 1997, S. 274; vgl. dazu auch BVerfGE 84, 90 <123 f.>).

Soweit nach Auffassung der Zivilgerichte die Enteignung eine Maßnahme gegen das deutsche Auslandsvermögen i.S. von Teil VI Art. 3 Abs. 1 Überleitungsvertrag darstellt, liegt darin ausdrückliche keine eigenständige Bewertung der Staatsangehörigkeit des Vaters des Beschwerdeführers. Vielmehr werden aufgrund einer zweckorientierten Auslegung unter "Maßnahmen gegen das deutsche Auslandsvermögen" alle Maßnahmen verstanden, die nach der Intention des handelnden Staates gegen deutsches Vermögen gerichtet waren (vgl. BGHZ 32, 170 <172 f.>). Diese Auslegung der Zivilgerichte ist von Verfassungs wegen nicht zu beanstanden. Die Klagsperre stellt auch keinen Vertrag zu Lasten Liechtensteins dar, da sie nur für die Bundesrepublik Deutschland und ihre Gerichte, nicht aber für Liechtenstein eine vertragliche Pflicht begründet.

2. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits entschieden, daß der Klagverzicht im Überleitungsvertrag nicht gegen Art. 14 GG verstößt. Eine Bindung der Bundesrepublik Deutschland an Art. 14 GG entfällt jedenfalls, weil die vertraglichen Klauseln und der Vertragsabschluß im ganzen der Abwicklung von Vorgängen aus der Zeit vor der Entstehung des Grundgesetzes dienen (BVerfGE 41, 126 <168>; vgl. dazu auch BVerfGE 84, 90 <122>).

3. Daß die Entscheidungen der Zivilgerichte schlechterdings unvertretbar wären und deshalb gegen Art. 3 Abs. 1 GG verstießen (vgl. BVerfGE 4, 1 <7>), ist nicht ersichtlich.

4. Ein Verstoß gegen Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG kommt schon deshalb nicht in Betracht, weil Teil VI Art. 3 Abs. 1 und 3 Überleitungsvertrag innerstaatlich gültig ist. Ziff. 3 des Notenwechsels bedurfte entgegen der Ansicht des Beschwerdeführers keines Zustimmungsgesetzes gemäß Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG. Der Notenwechsel bekräftigt in Ziff. 3 lediglich Klarstellend, daß eine bereits geltende, völkerrechtliche Regelung fortbesteht.

5. Teil VI Art. 3 Abs. 1 und 3 Überleitungsvertrag wurde nicht bereits durch Art. 7 Zwei-plus-Vier-Vertrag aufgehoben. Art. 7 Abs. 1 Zwei-plus-Vier-Vertrag betrifft nur Vereinbarungen der vier Mächte, nicht solche der drei Westmächte, wie den Überleitungsvertrag. Art. 7 Abs. 2 Zwei-plus-Vier-Vertrag zielt nur die sich "demgemäß" ergebende Konsequenz. Deutschland hat durch den Wegfall der Verantwortung der vier Mächte in Bezug auf den Vertrag zwischen Deutschland als ganzes sowie der damit zusammenhängenden Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten wiedererlangt. Seine Bindung an völkerrechtliche Verträge mit den drei Westmächten ist dadurch nicht betroffen.

6. Es entspricht auch der Rechtsauffassung der Bundesrepublik Deutschland und der drei Westmächte selbst, die anderenfalls den Wegfall von Teilen des Überleitungsvertrages nicht eigenständig im Notenwechsel hätten

73



Harvard University Library
Page Delivery Service

View in Beta

**Germany (Territory under Allied occupation, 1945-1955 : U.S. ;
Restitution Appeals reports. [Nuremberg, Germany] : United States
Commission for Germany, 1951.**

Search

View Text

Print

Related Links

Help

Copyright

Page:

None



Sequence:

1

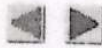
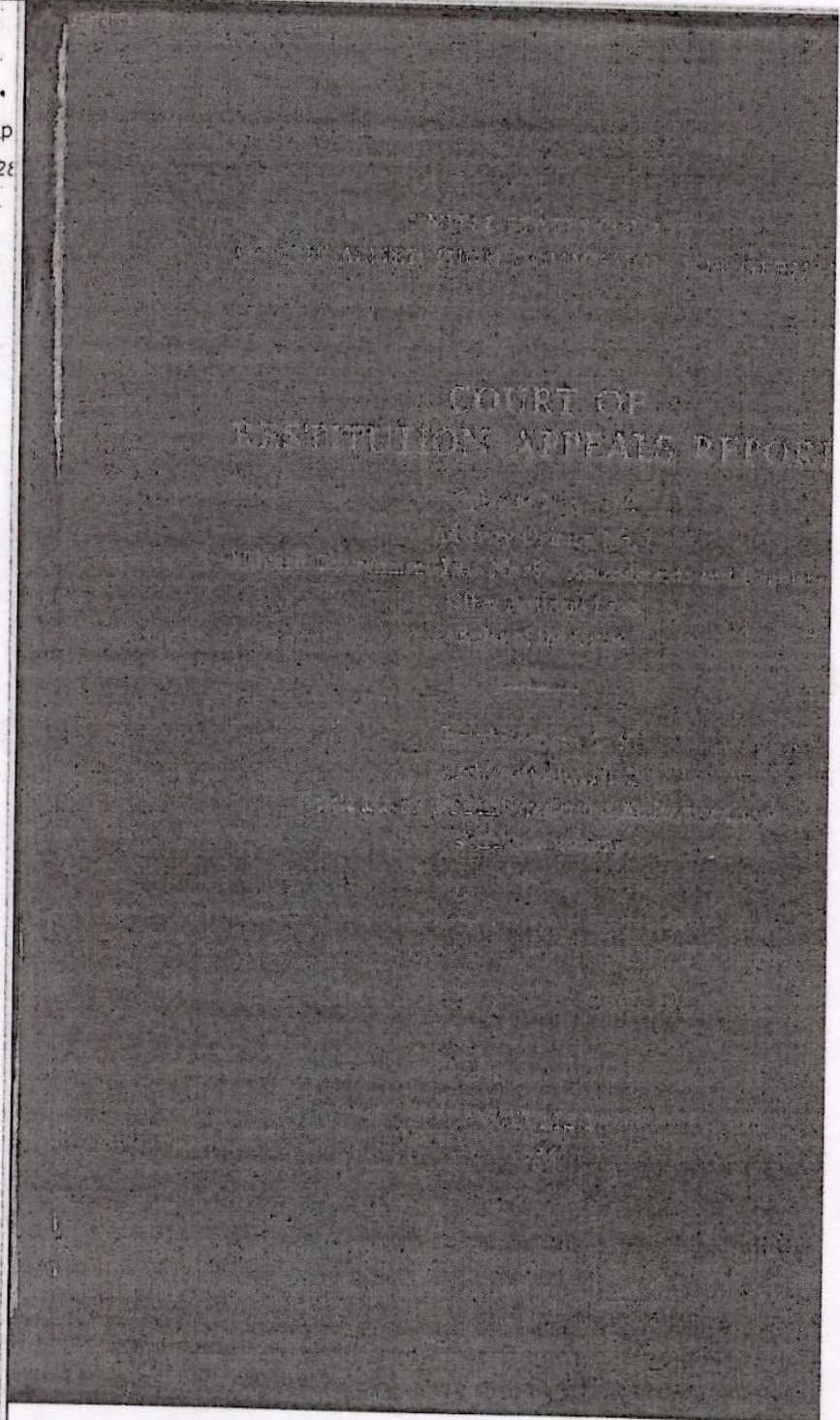


Image Size: ☐ ☐ ☐ ☐

Expand All Collapse All

Show Thumbnails

- ☐ Germany (Territory under Allied occup
- ☒ **VOLUME I (1951)** (seq. 1-728)



Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte



Harvard University Library
Page Delivery Service

View in Beta

**Germany (Territory under Allied occupation, 1945-1955 : U.S. :
Restitution Appeals reports. [Nuremberg, Germany] : United States
Commission for Germany, 1951.**

Search

View Text

Print

Related Links

Help

Copyright

Page:

None



Sequence:

3



Expand All Collapse All

Show Thumbnails



Germany (Territory under Allied occup



VOLUME I (1951) (seq. 1-728

UNITED STATES COURTS
OF THE ALLIED HIGH COMMISSION FOR GERMANY

COURT OF RESTITUTION APPEALS REPORTS

Opinions Nos. 1-60

Advisory Opinion No. 1

Military Government Law No. 59, Amendments and Regulations.

Other Pertinent Laws

Rules of the Court

Entscheidungen 1-60

Rechtsgutachten Nr. 1

Gesetz Nr. 59 der Militärregierung, Änderungen, usw.

Verfahrensordnung



VOLUME I

1951



Harvard University Library
Page Delivery Service

View in Beta

**Germany (Territory under Allied occupation, 1945-1955 : U.S. :
Restitution Appeals reports. [Nuremberg, Germany] : United States
Commission for Germany, 1951.**

Search

View Text

Print

Related Links

Help

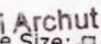
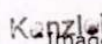
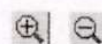
Copyright

Page:

XI

Sequence:

15



Kanzlei Archut Berlin
Image Size: 40
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Expand All Collapse All

Show Thumbnails

☐ Germany (Territory under Allied occupation)

☒ **VOLUME I (1951)** (seq. 1-728)

CASES REPORTED

(Alphabetically arranged)

(References are to pages)

VERZEICHNIS DER ENTSCHEIDENEN FÄLLE

(In alphabetischer Reihenfolge)

(Zahlenangaben beziehen sich auf Seiten)

Noten vs. — gegen, Opinion — Entscheidung

	Opinion No.	Page	305
Bayerischer Automobilclub vs. Land Bayern	59	451	42
Baker et als vs. Waelder et al	29	186	17
Basi et al vs. Waldmann et al	48	296	26
Dahmeyer et al vs. Nahlholz	52	292	28
Dreyfus et als vs. Merck, Finck et als	24	149	11
Duennler vs. Dauth et al	43	325	30
Egelenmeyer vs. Hechinger	47	337	31
Einstein vs. Untrohm	48	267	24
Eitinger vs. Kayser	53	395	36
Frankfurter et al vs. Muna, Gehme et als	7	36	3
Fries et als vs. Fahrnkamp	46	343	32
Gantkow et al vs. Loewenstein	49	371	33
Geisberg vs. Strauss	8	44	4
Goldest vs. Rotschburger Metallwerke et als	19	125	10
Graunack vs. Dippold	30	282	25
Gaeggenheim vs. Pabst et al	10	36	5
Hammers vs. Jaeger	1		1
Hammers vs. Reiter et al	5	23	2
Holtmann et als vs. Htg. Geistspitzstiftung Muehlhof	25	143	12
Hensch et als vs. Schultheiss Erben	45	337	31
Hoffmann vs. Land Bayern et als	22	140	10
Holzmueter vs. Schuetz	1	1	1
Homburger et als vs. Badische Kommunale Landeshank	27	175	14
Hugendubel vs. Hugendubel et als	2	14	2
Huterer vs. Lufbrecht Erben	50	280	24
Kaunmeyer et al vs. Kurzmann et al	44	331	30
Kaufmann et als vs. Deutsches Reich et als	50	463	40
Reck vs. Meinfelder et al	56	403	36
Reiser vs. "Die Naturfreunde"	18	119	10
Kleinrichmidt et al vs. Lohmann et als	16	104	8
Kuelling vs. Stadtgemeinde Bad Wildungen	3	29	2

Germany (Territory under Allied occupation, 1945-1955 : U.S. Zone). Court of Restitution Appeals reports. [Nuremberg, Germany] : United States High Commission for Germany, 1951.

Kanzlei Archut Berlin
Kopier Str. 40

Search	View Text	Print	Related Links	Help	Copy	Cite This Res
472	Go	Sequence: 488	Go		Image Size: <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	Share

and All Collapse All
Show Thumbnails

Germany (Territory under Allied occup

+ VOLUME I (1951) (seq. 1-72)

quickly as proper governments, local, state and national could be formed. In 1945, in the US Zone, the Gemeinden and Kreise were permitted to elect their own officials. Later, the Germans by a free ballot elected their Laender Governments. In 1949 the Federal Republic was formed and free elections were held when a constitution was adopted. The three Western Allies have kept very few controls and those only within the scope of occupation necessity, looking ever towards the day when all of the governments, local, Laender and the federal could stand on their own feet with all of the power to exercise sovereignty for the German people returned to them.

That the new governments have been subjected to many restrictions, does not alter the overall picture. Such is usually true in an occupied country. For example, the Vichy government in France, and the occupation of northern France with all of the restrictions on decisions imposed by that conqueror did not mean that France lost her statehood character. In Germany, since the unconditional surrender, the prevailing allies had as their main war aim the removal of the immoral Nazi hierarchy together with the fiendish National Socialist laws and procedures. Those ends were attained. The original pronouncement of the Supreme Commander of the Allied Forces in his proclamation No. 1 announced that the armies did not come as oppressors. German laws including German citizenship legislation were left in force with the exception of those purely Nazi in character, such as the deprivation of citizenship of Jews as contained in the infamous Nuremberg laws and the Eleventh Implementing Regulation to the Reich Citizenship Law of 25 November 1941.

We see now by conference and stated policies of the Allies that Germany will be permitted to control its consuls and ministers to foreign countries. The United States High Commissioner for Germany expressed his plan to remove his headquarters from Frankfurt to Bonn with the intention to treat the Federal Republic in the nature of a sovereign power.

It is a mistaken idea to say that the German Nation disappeared. We should not confuse the designation of the type of government extant with the existence of the state itself. The Kaiserreich merely denoted the type of government which the German nation had during that regime, so the Weimar Republic and even so the Third Reich, The German Reich under the Nazis, was also called the Fuehrerstaat or the Third Reich, merely denoting terms for one of the several phases of government through which the German nation has gone. And now for the West Zones, and we hope for all of Germany, the Federal Republic is the latest in the successive types of governments which have exercised sovereignty in Germany. It is also interesting to note that the successive German governments did not repudiate the internal debts of its predecessors.

The three Western Powers still hold that a state of war exists between those countries and the German state. Recent declarations were that the various governments would by their elected assemblies declare the state of war at an end. The President of the United States has stated that he will ask the Congress of the United States to declare the state of war existing between the United States of America and Germany at an end.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117

Bonner Rundschau 20. Februar 1951

US-Gericht: Deutsches Reich besteht noch

„Es ist ein Irrtum zu sagen, daß das Deutsche Reich verschwunden sei“

Frankfurt, 19. Febr. (upf) Das oberste amerikanische Berufungsgericht für Restitutionsfälle unter Vorsitz von Richter Fred Cohn hat in einer bedeutenden Entscheidung erstmalig seit Kriegsende festgestellt, daß das Deutsche Reich trotz der bedingungslosen Kapitulation niemals aufgehört habe zu bestehen und in einer Restitutionsklage durchaus eine Entscheidung gegen das Reich gefällt werden könne.

Zinsen forderten. Als Vertreter des Deutschen Reiches nahm der hessische Finanzminister an dem Prozeß teil, doch entschied das Gericht, daß gegen das Land Hessen kein Urteil ergangen könne, denn es sei in Finanzsachen nur „ein Agent des Staates“ gewesen.

In der Entscheidung des Gerichtes heißt es: „Es ist ein Irrtum, zu sagen, daß das Deutsche Reich verschwunden sei. Wir dürfen die jeweilige Regierungsform nicht mit der Existenz des Staates an sich verwechseln. Das Kaiserreich bezeichnete nur die Regierungsform, die Deutschland während dieses Regimes hatte, so auch die Weimarer Republik und selbst das Dritte Reich. Die bedingungslose Uebergabe des Restes der Nazihierarchie übertrug die Staatsgewalt in Deutschland

III a

nicht endgültig den siegreichen Alliierten, vielmehr schalteten die Alliierten nur diejenigen aus, die man als Usurpatoren der Staatsgewalt von damals bezeichnen konnte.“

Diese Entscheidung erfolgte in einem Prozeß auf Rückerstattung einer Hypothek auf einem Frankfurter Grundstück. Die Klage wurde von Frau Martha Kaufman aus England und ihren beiden Kindern, Dr. Eric Kaufman und Frau Margot Goldsmith, eingebracht, die nicht nur die Rückgabe der während des Krieges von den Nazis beschlagnahmten Hypothek, sondern auch die Zuerkennung der seit der Beschlagnahme durch das Deutsche Reich aufgelaufenen

575-10

78

(BVerfGE 11, 150 [158] = NJW 60, 1611). Deshalb war z.B. der Interzonenhandel und ist der ihm entsprechende innerdeutsche Handel nicht Außenhandel (BVerfGE 18, 353 [354] = NJW 65, 741).

2. Zum Wiedervereinigungsgebot und Selbstbestimmungsrecht, das im GG ~~enthalten~~ ist, hat das BVerfG bisher erkannt und daran hält der Senat fest: Dem Vorspruch des GG kommt nicht nur politische Bedeutung zu, er hat auch rechtlichen Gehalt. Die Wiedervereinigung ist ein verfassungsrechtliches Gebot. Es muß jedoch den zu politischem Handeln berufenen Organen der BRD überlassen bleiben zu entscheiden, welche Wege sie zur Herbeiführung der Wiedervereinigung als politisch richtig und zweckmäßig ansehen. Die Verfassungsorgane, denen im GG auch der Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und ihrer Institutionen zur Pflicht gemacht ist, haben zu entscheiden, ob eine bestimmte, sonst verfassungsmäßige Maßnahme die Wiedervereinigung rechtlich hindern oder faktisch unmöglich machen würde und aus diesem Grunde unterbleiben müßte. Ein breiter Raum politischen Ermessens besteht hier besonders für die Gesetzgebungsorgane. Das BVerfG kann dem Gesetzgeber erst entgegenreten, wenn er die Grenzen dieses Ermessens eindeutig überschreitet, wenn seine Maßnahme also rechtlich oder tatsächlich einer Wiedervereinigung in Freiheit offensichtlich entgegensteht (BVerfGE 5, 85 [126 ff.] = NJW 56, 1393; BVerfGE 12, 45 [51 f.] = NJW 61, 355).

Das bedarf in folgender Richtung hier noch einer näheren Präzisierung: Aus dem Wiedervereinigungsgebot folgt

BVerfG: Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrages (NJW 1973, 1539)

Kanzlei Archibald
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte 1541 ▲

zunächst: Kein Verfassungsorgan der BRD darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken - das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach Außen beharrlich zu vertreten - und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde. Die Bundesregierung hat allerdings in eigener Verantwortung zu entscheiden, mit welchen politischen Mitteln und auf welchen politischen Wegen sie das nach dem GG rechtlich gebotene Ziel der Wiedervereinigung zu erreichen oder ihm wenigstens näherzukommen versucht. Die Abschätzung der Chancen ihrer Politik ist ihre und der sie tragenden parlamentarischen Mehrheit Sache. Hier hat das Gericht weder Kritik zu üben noch seine Auffassung über die Aussichten der Politik zu äußern. Die politische Verantwortung dafür liegt allein bei den politischen Instanzen. Eine Grenze, die allerdings das BVerfG deutlich zu machen, zu bestimmen und u.U. durchzusetzen hat, liegt im Rechts- und Verfassungsstaat der BRD darin, daß die Verfassung verbietet, daß die Bundesrepublik auf einen *Rechtstitel* (eine Rechtsposition) aus dem GG verzichtet, mittels dessen sie in Richtung auf Verwirklichung der Wiedervereinigung und der Selbstbestimmung wirken kann, oder einen mit dem GG unvereinbaren Rechtstitel schafft oder sich an der Begründung eines solchen Rechtstitels beteiligt, der ihr bei ihrem Streben nach diesem Ziel entgegengehalten werden kann. Es ist ein Unterschied, ob man - solange daraus nicht die Gefahr der Verwirkung des Rechtstitels erwächst - *politisch* von einem Rechtstitel keinen Gebrauch macht oder ihn derzeit oder für absehbare Zeit nicht als politisches Instrument für tauglich hält, sich also damit abfindet, daß mit ihm kein politischer Erfolg erzielt werden kann, oder ob man auf ihm im Rechtssinn verzichtet. Man kann sich in diesem Sinne also politisch mit Realitäten abfinden. Das GG verlangt aber, daß insoweit kein in ihm begründeter Rechtstitel preisgegeben wird, der jetzt oder später ein Argument zur Förderung des Bestrebens nach Wiedervereinigung bieten kann. Und Entsprechendes gilt für den umgekehrten Fall: *Politisches* Verhalten mag sich später als „falsch kalkuliert“ herausstellen und der Bundesregierung von anderen in ihrem Bemühen um Wiedervereinigung politisch entgegengehalten werden können; dieser - vom BVerfG mit keinem Wort zu kommentierende - Tatbestand unterscheidet sich wesentlich von dem anderen, daß die BRD mitwirkt bei einem *Rechtsinstrument*, das ihr von anderen in ihrem Bemühen um Wiedervereinigung entgegengehalten werden kann. Daraus ergibt sich beispielsweise: Die klare Rechtsposition jeder Regierung der BRD ist: Wir haben von der im GG vorausgesetzten, in ihm „verankerten“ Existenz Gesamtdeutschlands mit einem deutschen (Gesamt-)Staatsvolk und einer (gesamt-)deutschen Staatsgewalt auszugehen. Wenn heute von der „deutschen Nation“ gesprochen wird, die eine Klammer für Gesamtdeutschland sei, so ist dagegen nichts einzuwenden, wenn darunter auch ein Synonym für das „deutsche Staatsvolk“ verstanden wird, an jener Rechtsposition also festgehalten wird und nur aus politischen Rücksichten eine andere Formel verwandt wird. Versteckte sich dagegen hinter dieser neuen Formel „deutsche Nation“ nur noch der Begriff einer im Bewußtsein der Bevölkerung vorhandenen Sprach- und Kultureinheit, dann wäre das *rechtlich* die Aufgabe einer unverzichtbaren Rechtsposition. Letzteres stünde in Widerspruch zum Gebot der Wiedervereinigung als Ziel, das von der Bundesregierung mit allen erlaubten Mitteln anzustreben ist. Ebenso verhielte es sich, wenn die Verweisung auf die Viermächte-Verantwortung für Gesamtdeutschland bedeuten würde, künftig sei sie *allein* noch eine (letzte) rechtliche Klammer für die Fortexistenz Gesamtdeutschlands; verfassungsgemäß ist nur - wie es auch die Bundesregierung selbst versteht -, daß sie eine weitere Rechtsgrundlage für das Bemühen der Bundesregierung um Wiedervereinigung bildet, nämlich eine „völkerrechtliche“ *neben* der staatsrechtlichen.

Zur *politischen* These vom „Alleinvertretungsanspruch“ hat sich das BVerfG niemals geäußert. Es hatte und hat auch jetzt keinen Anlaß zu prüfen und zu entscheiden, ob sich aus dem GG rechtlich ein *Alleinvertretungsanspruch* der BRD

ein verfassungsrechtliches "Wiedervereinigungsgebot" verankert gesehen (vgl. BVerfGE 5, 85 (127 f.) = NJW 1956, 1393; BVerfGE 36, 1 (17 f.) = NJW 1973, 1539). Den politischen Organen kommt ein weiter Gestaltungsspielraum zu, um das Ziel der Wiedervereinigung anzustreben; vor allem kann auf das Wiedervereinigungsgebot nicht das Verlangen gestützt werden, die Organe der Bundesrepublik müßten bestimmte Handlungen zu diesem Zwecke vornehmen (vgl. BVerfGE 5, 85 (127 f.) = NJW 1956, 1393). Sie müssen in eigener Verantwortung entscheiden, mit welchen politischen Mitteln und auf welchen politischen Wegen sie dieses Ziel zu erreichen oder ihm wenigstens näherzukommen suchen (vgl. BVerfGE 36, 1 (18 ff.) = NJW 1973, 1539). So könnte das BVerfG etwa dem Gesetzgeber erst entgegentreten, wenn seine Maßnahme rechtlich oder tatsächlich einer Wiedervereinigung in Freiheit offensichtlich entgegenstünde (BVerfGE 5, 85 (128) = NJW 1956, 1393; BVerfGE 12, 45 (51 f.) = NJW 1961, 355; BVerfGE 36, 1 (17 ff.) = NJW 1973, 1539).

b) Der Senat hat aus dem Wiedervereinigungsgebot neben der Pflicht der Verfassungsorgane, "in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken", auch ein Währungsgebot abgeleitet, nämlich "alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde" (BVerfGE 36, 1 (18) = NJW 1973, 1539). Dieses für den Bereich des in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Staatsangehörigkeitsrechts in Art. 116I, 16I GG von der Verfassung selbst konkretisierte Währungsgebot hat das BVerwG im vorliegenden Fall verkannt.

Der Parlamentarische Rat hat das Grundgesetz nicht als Akt der Neugründung eines Staates verstanden; er wollte "dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung" geben, bis die "Einheit und Freiheit Deutschlands" in freier Selbstbestimmung vollendet sei (Präambel des Grundgesetzes). Präambel und Art. 146 GG fassen das gesamte Grundgesetz auf dieses Ziel hin ein: der Verfassungsgeber hat dadurch den Willen zur staatlichen Einheit Deutschlands normiert, der wegen der zwischen den Besatzungsmächten ausgebrochenen weltpolitischen Spannungen ernsthafte Gefahr drohte. Er wollte damit einer staatlichen Spaltung Deutschlands entgegenwirken, soweit dies in seiner Macht lag. Es war die politische Grundentscheidung des Parlamentarischen Rates, nicht einen neuen ("westdeutschen") Staat zu errichten, sondern das Grundgesetz als Reorganisation eines Teilbereichs des deutschen Staates - seiner Staatsgewalt, seines Staatsgebiets, seines Staatsvolkes - zu begreifen. Dieses Verständnis der politischen und geschichtlichen Identität der Bundesrepublik Deutschland liegt dem Grundgesetz zugrunde. Das Festhalten an der deutschen Staatsangehörigkeit in Art. 116I, 16I GG und damit an der bisherigen Identität des Staatsvolkes des deutschen Staates ist normativer Ausdruck dieses Verständnisses und dieser Grundentscheidung.

c) Aus dem Währungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten. Diese Pflicht ist nicht statisch auf den Kreis derjenigen Personen begrenzt, die bei Inkrafttreten des Grundgesetzes deutsche Staatsangehörige waren, und auf jene, die später zufolge des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben und noch erwerben werden.

Schon Art. 116I Halbs. 2 GG zeigt, daß das Grundgesetz von einer Regelungskompetenz über Fragen der deutschen Staatsangehörigkeit von Personen ausgeht, für die eine Anknüpfung an den Gebietsstand des Deutschen Reiches am 31. 12. 1937 - und damit auch über den räumlichen Anwendungsbereich des Grundgesetzes hinaus - gegeben ist.

Die im Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes enthaltene Wahrungspflicht gebietet es auch, die Einheit des deutschen Volkes als des Trägers des völkerrechtlichen Selbstbestimmungsrechts nach Möglichkeit zukunftsgerichtet auf Dauer zu bewahren (vgl. E. Klein, NJW 1983, 2289 ff.; ders., JuS 1987, 279 ff.). Die statische Betrachtungsweise des BVerwG stellt diese Einheit des ganzen deutschen Volkes in seinem jeweiligen Bestand als des Trägers des Selbstbestimmungsrechts grundsätzlich in Frage; sie läuft dem Gebot des Grundgesetzes zuwider, die Einheit der deutschen Staatsangehörigkeit zu wahren.

d) Mithin bewirkt der Erwerb der Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik auch zufolge von Tatbeständen, die keine Entsprechung im Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 finden, grundsätzlich zugleich den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne des Grundgesetzes der

1. Nach allgemeinem Völkerrecht unterliegt die Bestimmung des Kreises seiner Staatsangehörigen durch einen Staat bestimmten Grenzen, die sich unter anderem aus der Existenz und der Personalhoheit anderer Staaten ergeben (vgl. Dahm, VölkerR I, (1958), § 79 III, 2, S. 448 f.). Der Staat darf die Staatsangehörigkeit insbesondere nicht an sachfremde, mit ihm nicht in hinreichender Weise verbundene Sachverhalte anknüpfen (vgl. BVerfGE 1, 322 (329) = NJW 1952, 777; BVerwGE 23, 274 (278); BGHSt 5, 231 (234) = NJW 1954, 510; BGHSt 9, 53 (59) = NJW 1956, 756 L). Es überschreitet diese Grenzen nicht, wenn die Bundesrepublik Deutschland die Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik als zum Kreis der deutschen Staatsangehörigen i. S. des Grundgesetzes gehörend betrachtet, den damit gegebenen Status aber immer erst dann aktualisiert, wenn diese in den Hoheitsbereich der Bundesrepublik Deutschland gelangen und die Aktualisierung hinnehmen oder begehren. Eine solche Anknüpfung, die das aus der Staatsangehörigkeit folgende Rechte- und Pflichtenverhältnis gegenüber den in der Deutschen Demokratischen Republik als deren Bürger lebenden deutschen Staatsangehörigen in keiner Weise aktualisiert, ist der Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich jedenfalls nicht verwehrt. Sie findet ihren sachlichen Anknüpfungspunkt an der bestehenden Rechtslage Deutschlands, insbesondere daran, daß dem deutschen Volk seit der Niederlage des deutschen Staates im Zweiten Weltkrieg versagt geblieben ist, in freier Selbstbestimmung über seine politische Form zu entscheiden.

a) Der deutsche Staat ist weder mit der Kapitulation seiner Streitkräfte, der Auflösung der letzten Reichsregierung im Mai 1945 noch durch die Inanspruchnahme der "obersten Gewalt in Bezug auf Deutschland", einschließlich aller Befugnisse der deutschen Staatsgewalt, durch die vier Hauptsiegermächte am 5. 6. 1945 (vgl. ABl des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsbl Nr. 1, S. 7 ff.) völkerrechtlich erloschen; die Vier Mächte erklärten vielmehr ausdrücklich, daß die Inanspruchnahme dieser Gewalt nicht die Annektierung Deutschlands bewirke. Auf der Potsdamer Konferenz vom August 1945 beschlossen die Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika, einen Rat der Außenminister einzusetzen u. a. zum Zwecke der "preparation of a peace settlement for Germany to be accepted by the Government of Germany when a government adequate for the purpose is established" (vgl. Report on the Tripartite Conference of Berlin, II. 3. II, ABl des Kontrollrats in Deutschland, aaO, S. 13; Frankreich ist den Potsdamer Beschlüssen später beigetreten). So wurde auch die Regelung von Gebietsfragen, wie der "final delimitation of the western frontier of Poland" einer Friedensregelung vorbehalten (aaO, IX. b). Versuche der Sowjetunion, die Potsdamer Beschlüsse insoweit als endgültige Entscheidung zu werten, sind die Vereinigten Staaten entgegengetreten (vgl. z. B. die Ausführungen des amerikanischen Außenministers Marshall auf der Moskauer Außenministerkonferenz 1947, Documents on American Foreign Relations, vol. IX, January 1 - December 31, 1947 (1949), S. 49).

Soweit es sich um Deutschlands auswärtige Angelegenheiten handelte, übten die Regierungen der vier Hauptsiegermächte selbst die "oberste Gewalt in Bezug auf Deutschland" aus (vgl. F. A. Mann, JZ 1967, 585 ff.). So wurden mit einer Reihe im Krieg neutral gebliebener Staaten Abkommen über die Liquidierung deutschen Vermögens geschlossen. Dabei traten die drei westlichen Hauptsiegermächte auch im Namen des "Government of the German Reich" auf (vgl. Präambel und Art. XII, XV des Abkommens mit Spanien vom 10. 5. 1948, United Nations Treaty Series, vol. 140 (1952), S. 130 ff., in Kraft getreten am Tage der Unterzeichnung).

Auch im Rahmen von internationalen Organisationen, denen Deutschland vor dem Zweiten Weltkrieg beigetreten war, nahmen die Besatzungsmächte die Rechtsstellung Deutschlands wahr (vgl. die Verhandlungen auf der Konferenz des Weltpostvereins von 1947 in Paris, in: Union Postale Universelle, Documents du Congrès de Paris 1947, Tome II (Berne 1948), p. LX, 902 ff., 906).

In Ziffer 2 c des Besatzungsstatuts der drei westlichen Besatzungsmächte vom 12. 5. 1949 wurden "die auswärtigen Angelegenheiten einschließlich der von Deutschland oder in seinem Namen getroffenen internationalen Abkommen" den Besatzungsmächten vorbehalten (ABl der AHK, Anlage zu Nr. 1).

Diese rechtlichen Vorgänge belegen, daß die beteiligten Staaten vom Fortbestehen des deutschen Staates bis

zu diesem Zeitpunkt ausgingen.

b) Das Inkrafttreten des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. 5. 1949 und der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. 10. 1949 änderte am Fortbestand des deutschen Staates nichts; beide Vorgänge erfüllten nicht einen völkerrechtlichen Tatbestand des Staatsuntergangs.

aa) Weder das Grundgesetz selbst (s. o. C I 3 c) noch die auf seiner Grundlage gebildeten Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland haben diesen Vorgang als Untergang des deutschen Staates bewertet. Die Bundesrepublik Deutschland betrachtete sich vielmehr von Beginn an als identisch mit dem Völkerrechtssubjekt Deutsches Reich. An dieser Subjektsidentität hat nichts zu ändern vermocht, daß sich die gebietsbezogene Hoheitsgewalt der Bundesrepublik Deutschland auf den räumlichen Anwendungsbereich des Grundgesetzes beschränkt. Selbst eine endgültige Statusänderung von Teilen seines Staatsgebiets ändert nach Völkerrecht die Identität eines staatlichen Völkerrechtssubjekts nicht.

Die Identität der Bundesrepublik Deutschland - in diesen gebietsbezogenen Begrenzungen - mit dem deutschen Staat ist auf der völkerrechtlichen Ebene von zahlreichen Staaten anerkannt worden. So sind etwa die Parteien des Londoner Schuldenabkommens vom 27. 2. 1953 (BGBl II, 333 ff.) davon ausgegangen, daß die Bundesrepublik Deutschland die Verbindlichkeiten "Deutschlands" schuldet (vgl. zahlreiche Erwägungen der Präambel) - es wurde nicht eine Schuld- oder gar bloße Haftungsübernahme für die Verbindlichkeiten eines untergegangenen Schuldners vereinbart. Im gleichen Sinne ist die Wiederverwendung zahlreicher Vorkriegsverträge Deutschlands zu werten, die die Bundesrepublik Deutschland mit den Vertragspartnern dieser durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochenen Verträge praktiziert hat; sie bedeuteten nicht den Neuabschluß eines Vertrages mit einem Rechtsnachfolger auf deutscher Seite - wie es, abgesehen von gebietlich verankerten und gewissen Status-Verträgen, den Regeln der völkerrechtlichen Staatennachfolge entsprochen hätte -, sondern die Fortführung desselben, lediglich suspendierten Vertragsverhältnisses zwischen denselben ursprünglichen Parteien. Dementsprechend sind die Wiederverwendungserklärungen von den Staatsorganen der Bundesrepublik Deutschland nicht nach den verfassungsrechtlichen Regeln des Abschlusses von völkerrechtlichen Verträgen (vgl. Art. 59 GG) behandelt worden. Auch im übrigen sind die Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland kontinuierlich von der völkerrechtlichen Subjektsidentität der Bundesrepublik mit dem 1871 gegründeten deutschen Staat ausgegangen.

Siehe hierzu die Erklärungen des Bundeskanzlers bei den Beratungen des Deutschlandvertrages im Deutschen Bundestag (Sitzung vom 15. 12. 1954, StenBer., S. 3122 (B); vgl. auch die Regierungsbegründung zu dem Vertrag i. d. F. vom 26. 6. 1952, BT-Dr 3500, I. Wahlp., Anl. 4, S. 6), die Regierungserklärungen des Bundeskanzlers vom 22. und 23. 9. 1955 (Dt. BT, StenBer., S. 5643 ff. und 5659) und des Bundesministers des Auswärtigen vom 28. 6. 1956 (Dt. BT, StenBer., S. 8412 ff., 8421) sowie die Rechtsprechung des BVerfG (BVerfGE 2, 266 (277) = NJW 1953, 1057; BVerfGE 5, 85 (126) = NJW 1956, 1393; BVerfGE 6, 309 (336, 363 f.) = NJW 1957, 705).

bb) Auch die Sowjetunion und die Deutsche Demokratische Republik sind im Jahre 1949 vom Fortbestand des deutschen Staates ausgegangen. Dies bekundet deutlich die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. 10. 1949, die bis zur Verfassung vom 9. 4. 1968 in Kraft war.

Darin heißt es in Art. 1 I: "Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf";

in Abs. 4: "Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit"

und in Art. 118 I: "Deutschland bildet ein einheitliches Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von einer gemeinschaftlichen Zollgrenze."

Im Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom

anzlei Archut Berlin
alpziger Str. 40
1117 Berlin-Mitte

823

BVerfG: Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung in die DDR (NJW 1988, 1316 ▲ 1313)

Manzlei Archut Berlin
Lützow Str. 40
10117 Berlin-Mitte

25. 1. 1955 über die Beendigung des Kriegszustandes mit "Deutschland" heißt es u. a.: 117 in-Mitte

"1. Der Kriegszustand zwischen der Sowjetunion und Deutschland wird beendet, und zwischen ihnen werden friedliche Beziehungen hergestellt. ...

3. Die Verkündung der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland ändert nichts an seinen internationalen Verpflichtungen und berührt nicht die Rechte und Pflichten der Sowjetunion, die sich aus den bestehenden, Deutschland als Ganzes betreffenden internationalen Abkommen der vier Mächte ergeben" (deutsche Übersetzung in Mosler-Doehring, Die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, 1963, S. 397).

Die Sowjetunion hat sich auch nach 1949 gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik stets ihre vertraglichen Rechtspositionen aus dem Viermächtestatus in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin sowie in bezug auf eine Friedensregelung für Deutschland vorbehalten.

So in der Erklärung der Regierung der Sowjetunion über die Gewährung der Souveränität an die Deutsche Demokratische Republik vom 25. 3. 1954 (v. Münch, Dokumente des geteilten Deutschland I, 1968, S. 329); in der Präambel des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 20. 9. 1955 (GBI DDR I 1955, 918); in Art. 9 des Vertrages über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 12. 6. 1964 (GBI DDR I 1964, 132 ff.), in Art. 10 des Vertrages vom 7. 10. 1975 zwischen beiden Staaten (GBI DDR II 1975, 238). Auch in der Präambel des Viermächteabkommens über Berlin vom 3. 9. 1971 (v. Münch, aaO, Bd. 2, 1974, S. 102 ff.) und in der Erklärung der Vier Mächte vom 9. 11. 1972 zum Beitritt der beiden deutschen Staaten zur Organisation der Vereinten Nationen (vgl. International Legal Materials, vol. XII, 1973, S. 217) wird der Viermächtestatus Deutschlands vorbehalten.

cc) Auch die drei westlichen Hauptsiegermächte gingen weiterhin vom Fortbestehen des deutschen Staates aus. In ihrer New Yorker Erklärung vom 18. 9. 1950 (vgl. hierzu Frowein, in: Benda-Maihofer-Vogel, Hdb. d. VerfR, 1983, S. 29 ff., 35) heißt es, daß sie

"die Regierung der Bundesrepublik Deutschland als die einzige deutsche Regierung ansehen, die frei und legitim gebildet und daher berechtigt ist, als Repräsentantin des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten für Deutschland zu sprechen". In einer zugleich übermittelten, unveröffentlichten "interpretative minute" (vgl. hierzu Mann, aaO, S. 622 und Bathurst-Simpson, Germany and the North Atlantic Community (1956), S. 188) wird ausgeführt, daß die Erklärung "was based on the premise that the German state continues to exist; that the formula recognised the provisional character of the Federal Republic by stating that the status which is recognised is 'pending the peaceful reunification of Germany'; and that it did not therefore constitute recognition of the Government of the Federal Republic as the de jure government of all Germany".

Auch die Westmächte beendeten im Laufe des Jahres 1951 den Kriegszustand mit Deutschland (vgl. Mosler-Doehring, aaO, S. 33 ff., 40 ff., 54 ff.). Ihre Rechtsauffassung, daß Deutschland als Völkerrechtssubjekt fortbestehe, bekundete sich in zahlreichen weiteren Vorgängen.

So in der Erklärung des amerikanischen Außenministers Herter auf der Genfer Außenministerkonferenz von 1959 (Department of State Bulletin 1959, vol. 40, S. 819 ff.). In ihrer Erklärung vom 26. 6. 1964 zu dem Vertrag zwischen der DDR und der UdSSR vom 12. 6. 1964 über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit (GBI DDR I 1964, 132 ff.) stellten die Drei Mächte u. a. fest:

84

Gesetzgeber die Entscheidung darüber vorbehalten hat, wann in Berlin das Rückfallvermögen zugeordnet werden kann, und unterbindet zugleich etwaige Ansätze, aus dem Fehlen einer Regelung zu Art. 134 Abs. 3 GG nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen Ansprüche des Landes Berlin zu entwickeln.

60

bb) Es bestehen hingegen keine Anhaltspunkte für die Annahme, dass der Gesetzgeber für das Rückfallverfahren in Berlin (West) an eine inhaltlich von § 5 RVerfMG abweichende Regelung gedacht haben könnte. § 19 Abs. 1 Satz 2 RVerfMG nimmt bereits durch die Formulierung „insoweit“ auf die Geltungssperre in Satz 1 Bezug und verknüpft die beiden Sätze des § 19 Abs. 1 RVerfMG zu einer Sinneinheit. Die gegenteilige Auffassung findet auch in der Begründung des Gesetzentwurfs keine Stütze. Aus der Formulierung, der Bundesbedarf sei „zur Zeit noch nicht“ zu übersehen, wird deutlich, dass es dem Gesetzgeber allein um eine zeitlich begrenzte Suspendierung von § 5 RVerfMG ging. Hätte sich der Gesetzgeber in § 19 Abs. 1 Satz 2 RVerfMG für Berlin eine inhaltlich von § 5 RVerfMG abweichende Regelung vorbehalten wollen, hätte es nahe gelegen, darauf in der Gesetzesbegründung einzugehen und nicht nur den Wortlaut der Norm wiederzugeben.

61

cc) Der Aufschub der Zuordnung des Rückfallvermögens in Berlin (West) findet darüber hinaus (und von der vorgenannten Erwägung des Gesetzgebers wohl nicht zu trennen) seinen Grund in den besonderen rechtlichen Verhältnissen, die in den Westsektoren Berlins herrschten.

62

(1) Auch wenn Berlin (West) ein Land der Bundesrepublik Deutschland gewesen ist (vgl. Art. 23 Satz 1 GG in der bis zum 28. September 1990 gültigen Fassung, BGBl 1949, S. 1), haben besondere Vorbehaltsrechte bestanden, die auf ursprünglich besatzungsrechtlicher Grundlage beruhten.

63

Die drei westlichen Besatzungsmächte haben mit dem Genehmigungsschreiben der Militärgouverneure zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 (Amtsblatt der Militärregierung - Deutschland <britische Zone> vom 10. September 1949, Teil 2 B) ihre Vorbehaltsrechte festgelegt. Zu den erklärten Vorbehalten gehörte nach Nr. 4 des Genehmigungsschreibens, dass Berlin nicht vom Bund regiert wird („...nor be governed by the Federation“, vgl. BVerfGE 7, 1 <8>). Eine unmittelbare organisatorische Einbeziehung Berlins in die Bundesrepublik Deutschland sollte mit Rücksicht auf die fortdauernde internationale Spannung vorerst aufgeschoben werden (vgl. BVerfGE 1, 70 <72>), um die Entscheidungsfreiheit der Alliierten Kommandantur Berlin bei der Ausübung ihrer besatzungsrechtlichen Befugnisse in Berlin zu sichern (vgl. BVerfGE 19, 377 <385>). Der Vorbehalt enthält also ein kurz formuliertes prinzipielles Verbot politisch bedeutsamer Einwirkung der Bundesrepublik auf die Berliner Landesgewalt (vgl. BVerfGE 10, 229 <232>).

64

Mit Rücksicht auf die Sonderstellung Berlins wurde dieser Vorbehalt auch nach der Beendigung des Besatzungsregimes durch den Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten vom 26. Mai 1952 / 23. Oktober 1954 (BGBl II 1955, S. 305) - Deutschlandvertrag - aufrechterhalten (vgl. auch BVerfGE 7, 1 <8>). Art. 2 des Deutschlandvertrages bestimmt, dass die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung behalten.

65

(2) Vor diesem Hintergrund musste der Bundesgesetzgeber in den Jahren 1960/61 die Zuordnung von Reichsvermögen in Berlin (West) differenziert betrachten.

66

Soweit es um Reichsvermögen nach Art. 134 Abs. 1 und Abs. 2 GG ging, beabsichtigte der Gesetzgeber dessen endgültige Zuordnung in Berlin (West). Aus diesem Grund wollte er das Reichsvermögen-Gesetz nach Berlin (West) überleiten (vgl. § 21 RVerfMG). Dies entsprach der seinerzeit als maßgeblich anerkannten Auffassung, dass zumindest Art. 134 Abs. 1 GG im vormaligen Westteil des Landes Berlin in Geltung getreten war, auch wenn bei der Ausübung der Eigentümerrechte auf den alliierten Regierungsvorbehalt Rücksicht genommen werden musste (vgl. Bartlsperger, a.a.O., S. 156; Siebenhaar, JR 1959, S. 207 ff.; Zieger, in: von Münch <Hrsg.>, a.a.O., Art. 134 Rn. 9 b; Pfennig, in: Pfennig/Neumann <Hrsg.>, Verfassung von Berlin, 2. Aufl. 1987, Art. 48 Rn. 8 - insbesondere zur Grundbuchpraxis in Berlin <West>; von Lampe/Pfennig, ebenda, Art. 1 Rn. 73; a.A. wohl nur Gutzschebauch, NJW 1958, S. 321 <Fn. 11>; auf die vom Kammergericht im nicht veröffentlichten Urteil vom 20. Juni 1975 - 1 W 1069/74 - vertretene, ebenfalls abweichende Auffassung kommt es für die Ermittlung des gesetzgeberischen Willens im Jahr 1961 nicht an). Es bestehen auch keine Hinweise darauf, dass dem Bundesgesetzgeber bei der Verabschiedung des Reichsvermögen-Gesetzes anders lautende Äußerungen der westlichen Besatzungsmächte vorgelegen haben könnten (zu möglichen Motiven der nicht näher begründeten

Fototeilstrecke 1

Relevant zum nachfolgend abgebildeten Gesetz ist hier Punkt (e)

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

**MILITARREGIERUNG — DEUTSCHLAND
AMERIKANISCHE ZONE**

Gesetz Nr. 52

Abgeändert

Sperre und Kontrolle von Vermögen

ARTIKEL VII

Begriffsbestimmungen

9. Für die Zwecke dieses Gesetzes gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

- (a) „Personen“ bedeutet jede natürliche Person, Gesamthandelsgemeinschaft und juristische Person des öffentlichen oder privaten Rechts, ferner eine Regierung einschließlich staatlicher und kommunaler Verwaltungen, Körperschaften des öffentlichen Rechts, deren Dienststellen und Organe;
- (b) „Geschäftliches Unternehmen“ bedeutet jede Person der unter (a) beschriebenen Art, die sich auf dem Gebiet des Handels und der Industrie oder der öffentlichen Wohlfahrt betätigt;
- (c) „Vermögen“ bedeutet jedes bewegliche und unbewegliche Vermögen sowie alle Rechte und Interessen oder Ansprüche auf solches Vermögen, gleichgültig ob diese fällig sind oder nicht. Es schließt ein, ist aber nicht beschränkt auf: Grundstücke und Gebäude, Geld, Beteiligungen, Aktien, Patente, Gebrauchsmuster oder Lizenzen für deren Ausübung und andere Urkunden zum Nachweis von Eigentum, Schuldverschreibungen, Bankguthaben, Ansprüche, Verbindlichkeiten, andere Urkunden zum Nachweis von Verbindlichkeiten, sowie Kunstbesitz und andere Kulturgegenstände;
- (d) ein „Staatsangehöriger“ eines Staates oder einer Regierung bedeutet ein Untertan oder Staatsbürger oder eine Personenvereinigung, Körperschaft oder sonstige juristische Person, die auf Grund der Gesetze eines derartigen Staates oder dieser Regierung besteht oder in dem Gebiet eines derartigen Staates oder einer derartigen Regierung eine Niederlassung hat.
- (e) „Deutschland“ bedeutet das Gebiet des Deutschen Reiches, wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.

Ansprüche?

Die Eigentumsfrage in den deutsch-polnischen Beziehungen

WeltTrends-Papiere | 3

Ansprüche?

Die Eigentumsfrage in den deutsch-polnischen Beziehungen

Potsdamer Textbücher

Bisher erschienen:

PTB 1: Regionen in der Europäischen Union

PTB 2: Polen – Staat und Gesellschaft

PTB 3: Naher Osten – Politik und Gesellschaft

PTB 4: Totalitäre und autoritäre Regime

PTB 5: Kommunale Selbstverwaltung

PTB 6: Die verschwundene Diplomatie

PTB 7: Recht in der Transformation

PTB 8: Das moderne Polen

PTB 9: Making Civil Societies Work

Potsdamer Textbücher **PTB**

Juan J. Linz

Totalitäre und autoritäre
Regime

Bestellungen unter
www.welttrends.de
und beim Universitäts-
verlag Potsdam:
ubpub@uni-potsdam.de

www.welttrends.de

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

WeltTrends-Papiere
ISSN 1864-0656

Die Reihe wird herausgegeben von Azadeh Zamsirad, M.A.,
Universität Potsdam, im Auftrag von WeltTrends e.V.

Band 1 (2007)

Ansprüche? Die Eigentumsfrage in den deutsch-polnischen Beziehungen
ISBN 978-3-93469-611-1

Druck: Audiovisuelles Zentrum der Universität Potsdam
Vertrieb: Universitätsverlag Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
Telefon +49 (0) 331 977 4517 / Fax 4625, e-mail: ubpub@uni-potsdam.de,
<http://refubium.uni-potsdam.de/verlag.htm>

© 2007 WeltTrends e.V.

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Es darf ohne vorherige
Genehmigung der Herausgeber nicht vervielfältigt werden.

Preis: 5 €

Bestellung: bestellung@welttrends.de oder ubpub@uni-potsdam.de

Archut Berlin
Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Dr. Tobias H. Irmscher, LL.M. (LSE),

geb. 1975, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationales Recht, Europarecht und Europäisches Privatrecht der Bayerischen Julius-Maximilians-Universität Würzburg.
E-Mail: irmscher@jura.uni-wuerzburg.de

Prof. Dr. Jan Sandorski,

geb. 1940, ist Inhaber des Lehrstuhls für Völkerrecht an der Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań und Mitglied des Rechtlichen Beraterausschusses beim Auswärtigen Amt in Polen.
Publikationen (u.a.): „Internationaler Schutz der Menschenrechte vs. HIV/AIDS“ (2002). „Diplomatischer Schutz und internationaler Schutz der Menschenrechte“ (2005).

Belasten ungelöste Vermögensfragen die deutsch-polnischen Beziehungen? Auf der einen Seite stehen Deutsche, die im Zuge des Potsdamer Abkommens entschädigungslos enteignet wurden und nun Rückforderungsansprüche stellen. Auf der anderen Seite gibt es den Beschluss des polnischen Parlaments aus dem Jahre 2004, der im Potsdamer Abkommen fixierte Kriegsschädigungen von Deutschland fordert – ungeachtet des polnischen Verzichts auf Reparationszahlungen von 1953.

Die Beiträge von Tobias H. Irmscher und Jan Sandorski setzen sich mit der Rechtmäßigkeit dieser Ansprüche auseinander und suchen nach Lösungsansätzen. Dabei bieten sie unterschiedliche Sichtweisen auf die historischen Ereignisse und analysieren, ob die Vermögensfragen tatsächlich ungelöst sind.

Deutsch-polnische Vermögensfragen

Eine deutsche Sicht

Tobias H. Irmscher

Die Vermögensfragen in den deutsch-polnischen Beziehungen sind wieder Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen geworden. Eine einvernehmliche Beilegung dieses Streits setzt eine nüchterne rechtliche Analyse voraus. Diese wiederum muß von den historischen Fakten ausgehen, die deshalb einleitend in Erinnerung gerufen werden sollen. Danach wird auf die beiderseits erhobenen Vermögensansprüche eingegangen, ehe abschließend Optionen für eine Beilegung des Konflikts benannt werden.

Der tatsächliche Hintergrund

Am 1. September 1939 überfiel das nationalsozialistische Deutschland Polen und begann damit eine kriegerische Auseinandersetzung, die zum Zweiten Weltkrieg werden sollte und ihren Abschluß in der deutschen Kapitulation am 8./9. Mai 1945 fand. Der deutsche Vormarsch führte bald zur Besetzung Polens, zur Verschleppung und Ermordung jüdischer Einwohner und zur systematischen Verfolgung und Vernichtung der polnischen Eliten. Ver-

treibungen aus einzelnen Siedlungsgebieten kamen hinzu.

Im Zusammenhang mit dem Vorrücken der Roten Armee kam es seit 1944 zur Flucht der deutschen Zivilbevölkerung. Später setzten die sogenannten „wilden“ Vertreibungen v.a. durch polnische Militäreinheiten ein. Mit dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 begann die dritte Phase sogenannter regulierter Vertreibungen. Begleitet war die – nach polnischer Lesart – „Aussiedlung“ von ca. 3,6 Millionen Deutschen bis 1949 nicht nur von Gewalttaten und etwa 400.000 Todesopfern, sondern auch von einer systematischen Enteignungspolitik. Bereits am 6. September 1944 hatte das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung eine Bodenreform unter Einbeziehung deutschen Privatvermögens dekretiert. Das sogenannte „aufgegebene“ Vermögen wurde per Gesetz vom 6. Mai 1945 unter Staatsverwaltung gestellt. Die Enteignung der wichtigsten Industrie- und Wirtschaftsunternehmen erfolgte durch Gesetz vom 3. Januar 1946, von sonstigem Vermögen durch Dekret vom 8. März 1946.¹

Für die rechtliche Beurteilung der offenen Vermögensfragen sind die folgenden Rechtsakte von besonderer Bedeutung:

1. 1945 das *Potsdamer Abkommen*, in dem die Hauptsiegermächte festlegten, daß polnische Reparationsansprüche aus dem Anteil der Sowjetunion zu heftigsten wären (Abschn. IV Ziff. 2), daß die östlich von

¹ Erweiterte Fassung eines am 7. Oktober 2005 in Polen gehaltenen Vortrags.

¹ Allgemein zu Flucht und Vertreibung: Dokumentarion der Vertreibung (1954), Bd. I/1, S. 1 ff. E. H. Thier (1998).

- Oder und Neiße gelegenen deutschen Gebiete vorerst unter polnische Verwaltung gestellt würden (Abschn. IX lit. b), und daß ein Bevölkerungstransfer der deutschen Bevölkerung aus diesen Gebieten „in ordnungsgemäßer und humaner Weise“ erfolgen müsse, vorerst aber auszusetzen sei (Abschn. XIII).
2. 1952/1954 der Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (*Überleitungsvertrag*) der Bundesrepublik mit den Westalliierten, in dem die Parteien u.a. einen Einwendungsverzicht und Klagestopp im Hinblick auf zu Reparationszwecken enteignetes deutsches Auslandsvermögen vereinbarten.
 3. 1953 das sog. *Londoner Schuldenabkommen* zwischen der Bundesrepublik und den westlichen Reparationsgläubigern mit einem Moratorium für Reparationszahlungen sowie, als politische Reaktion hierauf, der *Reparationsverzicht* der Sowjetunion und Polens am 22. bzw. 23. August 1953.²
 4. Der *Warschauer Vertrag* vom 7. Dezember 1970 und die darin enthaltene Anerkennung der polnischen Westgrenze.
 5. 1990 der Zwei-plus-Vier-Prozess, der im *Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland* vom 12. September 1990 sowie dem deutsch-polnischen *Grenzbestätigungsvertrag* vom 14. November 1990 seinen Abschluß fand.

² Beide Erklärungen in deutscher Übersetzung bei Blumewitz (1992): S. 126, 140.

hatten.³ Ungelöst sind zudem zahlreiche Fragen kriegsbedingt verlorener Kulturgüter.

Die im Vertreibungskontext vorgenommenen entschädigungslosen Enteignungen von Privatvermögen der Zivilbevölkerung in den vormals deutschen Gebieten waren in mehrfacher Hinsicht völkerrechtswidrig.

(1) Die Konfiskationen verstießen bereits gegen Kriegsvölkerrecht. Polen war im Potsdamer Abkommen als Verwaltungsmacht für die genannten Gebiete eingesetzt worden. Diese Übertragung der Verwaltungshoheit erfolgte jedoch explizit unter dem Vorbehalt der endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens.⁴ Polen hatte damit nicht die territoriale Souveränität über die Gebiete erlangt,⁵ sondern unterlag weiterhin – da die Potsdamer Vereinbarung für Deutschland nur *res inter alios gesta* war⁶ – den Grenzen insbesondere der seinerzeit schon gewohnheitsrechtlich geltenden Haager Landkriegsordnung (HLKO).⁷ Gemäß deren Art. 46 ist die Entzie-

³ Hierzu Kranz-Bachmann (2004): S. 9 f.

⁴ Abschn. IX lit. b), „... Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll.“

Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens, die früher deutschen Gebiete östlich der Linie ... unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.⁸

⁵ BVerfGE 40, 141, 157 f., a.A. Skalski-Szewski (1995): S. 10 ff.

⁶ Blumewitz (1992): S. 46.

⁷ Anlage zum IV. Haager Abkommen vom 18.10.1907, RGBl. 1910, S. 107. Für Deutschland trat das Abkommen 1909, für Polen 1925 in Kraft. Im Zweiten Weltkrieg galt es als Gewohnheitsrecht – vgl. Inter-

6. Der deutsch-polnische *Nachbarschaftsvertrag* vom 17. Juni 1991, der sich explizit nicht mit Vermögensfragen befaßt.¹

7. 2004 die *Warschauer Erklärung des deutschen Bundeskanzlers* vom 1. August, daß es für Vermögensansprüche aus Deutschland keinen Raum mehr geben dürfe, die Vermögensfrage also kein Thema mehr sei, und individuelle Forderungen nicht mehr unterstützt würden.⁴

Am 10. September 2004 beschloß die erste Kammer des polnischen Parlaments, der Sejm, daß Polen „weder einen angemessenen finanziellen Ausgleich noch angemessene Kriegsreparationen ... erhalten hat“.

Die offenen Vermögensfragen

Deutsche Entschädigungsansprüche

Aus deutscher Perspektive sind vor allem solche Vermögensfragen offen, die die Wiedergutmachung der entschädigungslosen Enteignungen im Vertreibungszusammenhang betreffen. Hinzu treten Entschädigungsansprüche für Schäden an Leib und Leben durch die Gewalttaten bei der Vertreibung sowie die – nicht grundsätzlich bestrittenen – Restitutions- und Herausgabeansprüche sogenannter Spätaussiedler, die nach der Annäherung in den 1970er und 80er Jahren auswandern durften und die deutsche Staatsangehörigkeit nie verloren

¹ Briefwechsel vom 17. Juni 1991, ZfR 5.

⁴ Bulletin der Bundesregierung Nr. 731 vom 1.8.2004, S. 2.

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

lung von Privateigentum grundsätzlich unzulässig, allenfalls Transport- und Kommunikationsmittel dürfen ausnahmsweise beschlagnahmt werden (Art. 53 Abs. 2).

Polen verstieß gleichermaßen gegen den fremdenrechtlichen Mindeststandard. Nach diesen friedensvölkerrechtlichen Grundsätzen ist eine Enteignung von Ausländern nur bei Bestehen eines öffentlichen Interesses, ohne Diskriminierung und unter gleichzeitiger Zahlung einer angemessenen Entschädigung in einem geordneten Verfahren zulässig.¹⁰ Die Schaffung eines ethnisch homogenen Staates unter Vertreibung anderer Volksgruppen stellt schon wegen der offenkundigen Völkerrechtswidrigkeit – dazu sogleich – kein anerkanntes öffentliches Interesse dar.¹¹ Ebenso wenig Rache oder Vergeltung. Überdies waren die Enteignungsmaßnahmen diskriminierend, indem sie sich ausschließlich gegen Deutsche richteten bzw. für diese Sondervorschriften im Vergleich zu polnischen Betroffenen enthielten.¹² Vor allem war keinerlei Entschädigung vorgesehen. Eine Enteignung ohne jegliche Entschädigung verstößt unbestritten gleichermaßen gegen den fremdenrechtlichen Mindeststandard.¹³

¹⁰ nationaler Militärgerichtshof, Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, Urteil, S. 260 ff., 267 ff.

¹¹ Vgl. zur Klein (1992), S. 47 ff. m.w.N.; Resolution 1803 (XVI) der UN-Generalversammlung.

¹² Klein (1992), S. 48.

¹³ Ausführlich: Klein (1992), S. 49.

¹⁴ Klein (1992), S. 49 f.



SPiegel ONLINE

21. Mai 2010, 15:12 Uhr

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Wiedervereinigung

Moskau bot Verhandlungen über Ostpreußen an

Brisantes Dokument zur Zeitgeschichte: Moskau brachte nach SPIEGEL-Informationen während der Verhandlungen zur deutschen Einheit Gespräche über den sowjetischen Teil Ostpreußens ins Spiel. Doch die deutsche Seite wehrte ab.

Hamburg - Für die Sowjetunion stand bei der Frage der deutschen Wiedervereinigung nach SPIEGEL-Informationen auch die frühere preußische Provinz Ostpreußen zur Debatte. Der sowjetische Generalmajor Geli Batenin signalisierte im Sommer 1990 gegenüber einem Bonner Diplomaten Interesse an Verhandlungen über den sowjetischen Teil Ostpreußens. Das geht aus einem geheimen Fernschreiben der Botschaft in Moskau vom 2. Juli 1990 hervor.

Zu diesem Zeitpunkt liefen die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs über die deutsche Einheit auf Hochtouren.

Batenin traf sich mit Joachim von Arnim, dem Leiter des politischen Referats der Botschaft. Dem Fernschreiben zufolge erklärte Batenin, es gebe eine "Frage des nördlichen Ostpreußens" und fügte hinzu: "Dieses Problem werde sich für die Sowjetunion und Deutschland über kurz oder lang stellen."

Batenin zählte damals zum Reformflügel unter den sowjetischen Militärs; Arnim hielt ihn für einen Geheimdienstler. Der deutsche Diplomat gab sich gegenüber den Avancen aus Moskau verschlossen. Arnim antwortete mit dem Hinweis, die Bonner Haltung sei bekannt: "Bei der Vereinigung gehe es um die Bundesrepublik Deutschland, die DDR und das ganze Berlin." Wenn die Sowjetunion "Probleme mit der Entwicklung des nördlichen Ostpreußens habe, so sei das ihre Sache".

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

**Bekanntmachung
der Vereinbarung vom 27./28. September 1990
zu dem Vertrag über die Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten
(in der geänderten Fassung)
sowie zu dem Vertrag zur Regelung
aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen
(in der geänderten Fassung)**

Vom 8. Oktober 1990

Zu dem Vertrag vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten in der gemäß Liste I zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung sowie zu dem Vertrag vom 26. Mai 1952 zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung (BGBl. 1955 II S. 301, 305, 405, 944) ist in Bonn durch Notenwechsel vom 27./28. September 1990 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Regierungen der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland geschlossen worden. Die Vereinbarung ist

am 28. September 1990

in Kraft getreten, nachdem die das Einverständnis der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland ausdrückende Antwortnote am 27. September 1990 und die das Einverständnis der Regierungen der Französischen Republik sowie der Vereinigten Staaten von Amerika ausdrückenden Antwortnoten am 28. September 1990 eingegangen sind. Die einleitende deutsche Note vom 27. September 1990 wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 8. Oktober 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts
503-553.20

Bonn, 27. September 1990

Exzellenzen,

Ich beehre mich, auf die Gespräche zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland Bezug zu nehmen und im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgendes vorzuschlagen:

1. Der Vertrag vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (in der gemäß Liste I zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung) („Deutschlandvertrag“) wird mit der Suspendierung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes suspendiert und tritt mit dem Inkrafttreten des Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, unterzeichnet in Moskau am 12. September 1990, außer Kraft.
2. Vorbehaltlich der Ziffer 3 wird der Vertrag vom 26. Mai 1952 zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung) („Überleitungsvertrag“) gleichzeitig mit dem Deutschlandvertrag suspendiert und tritt gleichzeitig mit diesem außer Kraft; das gilt auch für die Briefe und die Briefwechsel zum Deutschlandvertrag und zum Überleitungsvertrag.
3. Folgende Bestimmungen des Überleitungsvertrags bleiben jedoch in Kraft:

Erster Teil:

Artikel 1 Absatz 1 Satz 1 bis „... Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern“ sowie Absätze 3, 4 und 5

Artikel 2 Absatz 1

Artikel 3 Absätze 2 und 3

Artikel 5 Absätze 1 und 3

Artikel 7 Absatz 1

Artikel 8

Dritter Teil:

Artikel 3 Absatz 5 Buchstabe a des Anhangs

Artikel 6 Absatz 3 des Anhangs

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts
503-553.20

Bonn, 27 September 1990

Excellencies,

I have the honour to refer to the discussions which have taken place between representatives of the Governments of the Federal Republic of Germany, the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America, and on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany to propose the following:

1. The Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany of 26 May 1952 (as amended by Schedule I to the Protocol on the Termination of the Occupation Régime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954) („the Relations Convention“) shall be suspended upon the suspension of the operation of quadripartite rights and responsibilities with respect to Berlin and to Germany as a whole, and shall terminate upon the entry into force of the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany, signed at Moscow on 12 September 1990.
2. Subject to paragraph 3 below, the Convention on the Settlement of Matters Arising out of the War and the Occupation of 26 May 1952 (as amended by Schedule IV to the Protocol on the Termination of the Occupation Régime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954) („the Settlement Convention“) shall be suspended and shall terminate at the same time as the Relations Convention; this also applies to the letters and exchanges of letters relating to the Relations Convention and the Settlement Convention.
3. The following provisions of the Settlement Convention shall, however, remain in force:

Chapter One:

Article 1, paragraph 1, first sentence up to and including „... legislation enacted by the Occupation Authorities“, and paragraphs 3, 4 and 5

Article 2, paragraph 1

Article 3, paragraphs 2 and 3

Article 5, paragraphs 1 and 3

Article 7, paragraph 1

Article 8

Chapter Three:

Article 3, paragraph 5 (a) of the Annex

Article 6, paragraph 3 of the Annex

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts
503-553.20

Bonn, le 27 septembre 1990

Excellences,

Me référant aux entretiens qui ont eu lieu entre des représentants des Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, j'ai l'honneur de vous proposer ce qui suit au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne:

- 1) La Convention sur les relations entre les trois Puissances et la République fédérale d'Allemagne en date du 26 mai 1952 (telle qu'amendée conformément à l'Annexe I du Protocole sur la cessation du régime d'occupation dans la République fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 octobre 1954) (ci-après dénommée «la Convention sur les relations») sera suspendue au moment de la suspension de l'exercice des droits et responsabilités des Quatre Puissances en ce qui concerne Berlin et l'Allemagne dans son ensemble; elle cessera d'être en vigueur à la date d'entrée en vigueur du Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne, signé à Moscou, le 12 septembre 1990.
- 2) Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 ci-dessous, la Convention sur le règlement de questions issues de la guerre et de l'occupation en date du 26 mai 1952 (telle qu'amendée conformément à l'Annexe IV du Protocole sur la cessation du régime d'occupation dans la République fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 octobre 1954) (ci-après dénommée «la Convention sur le règlement») sera suspendue en même temps que la Convention sur les relations; elle cessera d'être en vigueur en même temps que celle-ci; il en sera de même pour les lettres et les échanges de lettres relatifs à la Convention sur les relations et à la Convention sur le règlement.
- 3) Les dispositions suivantes de la Convention sur le règlement demeureront cependant en vigueur:

Chapitre Premier:

Article 1, paragraphe 1, première phrase jusques et y compris: „... la législation édictée par les Autorités d'Occupation“; paragraphes 3, 4 et 5;

Article 2, paragraphe 1;

Article 3, paragraphes 2 et 3;

Article 5, paragraphes 1 et 3;

Article 7, paragraphe 1;

Article 8;

Chapitre Troisième:

Article 3, paragraphe 5 (a) de l'Annexe;

Article 6, paragraphe 3 de l'Annexe;

Sechster Teil:
 Artikel 3 Absätze 1 und 3

Siebenter Teil:
 Artikel 1
 Artikel 2

Neunter Teil:
 Artikel 1

Zehnter Teil:
 Artikel 4

Chapter Six:
 Article 3, paragraphs 1 and 3

Chapter Seven:
 Article 1
 Article 2

Chapter Nine:
 Article 1

Chapter Ten:
 Article 4

Chapitre Sixième:
 Article 3, paragraphes 1 et 3;

Chapitre Septième:
 Article 1;
 Article 2;

Chapitre Neuvième:
 Article 1;

Chapitre Dixième:
 Article 4.

Außerdem bleiben Absatz 7 der Schreiben des Bundeskanzlers an jeden der drei Hohen Kommissare vom 23. Oktober 1954 betreffend Erleichterungen für Botschaften und Konsulate sowie die Bestätigungsschreiben der Hohen Kommissare vom 23. Oktober 1954 in Kraft.

In addition, paragraph 7 of the letters of 23 October 1954 from the Federal Chancellor to each of the three High Commissioners relating to facilities for Embassies and Consulates, as well as the letters of 23 October 1954 in confirmation from the High Commissioners, shall remain in force.

En outre, le paragraphe 7 des lettres en date du 23 octobre 1954 adressées par le Chancelier fédéral à chacun des trois Hauts Commissaires au sujet des facilités pour les Ambassades et les Consultats, de même que les lettres du même jour des Hauts Commissaires accusant réception de ces lettres, demeureront en vigueur.

4. a) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß sie sämtliche angemessenen Maßnahmen ergreifen wird, um sicherzustellen, daß die weiterhin gültigen Bestimmungen des Überleitungsvertrags auf dem Gebiet der gegenwärtigen Deutschen Demokratischen Republik und in Berlin nicht umgangen werden.

- b) Zu Artikel 11 des Ersten Teils des Überleitungsvertrags:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist sich des Fortbestehens der I.G. Farbenindustrie A.G. i.L. unter dem ursprünglichen Namen bewußt; sie bemüht sich nach besten Kräften, eine zufriedenstellende Lösung entsprechend den in Artikel 11 des Ersten Teils zum Ausdruck gebrachten Zielen zu erreichen.

- c) Zu dem Dritten, Vierten und Fünften Teil des Überleitungsvertrags:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bestätigt, daß die Streichung des Dritten, Vierten und Fünften Teils die Fortgeltung der darin festgelegten Grundsätze in bezug auf die innere Rückerstattung, die Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung und die äußeren Restitutionen sowie die Fortgeltung der entsprechenden Bestimmungen des Bundesrückerstattungsgesetzes und des Bundesentschädigungsgesetzes nicht beeinträchtigt. Die den Opfern der NS-Verfolgung und ihren Hinterbliebenen zuerkannten Entschädigungsrenten werden weiterhin nach den geltenden Bestimmungen gewährt.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird dafür Sorge tragen, daß die Zuständigkeit des

4. (a) The Government of the Federal Republic of Germany declares that it shall take all adequate measures to ensure that the provisions of the Settlement Convention which remain in force shall not be circumvented in the territory of the present German Democratic Republic and in Berlin.

- (b) With regard to Article 11 of Chapter One of the Settlement Convention:

The Government of the Federal Republic of Germany is aware of the continued existence of I.G. Farbenindustrie A.G. i.L. under the original name and shall use its best endeavours to achieve a satisfactory solution consistent with the objectives which were expressed in Article 11 of Chapter One.

- (c) With regard to Chapters Three, Four and Five of the Settlement Convention:

The Government of the Federal Republic of Germany confirms that the deletion of Chapters Three, Four and Five shall not affect the continued application of the principles set forth therein in respect of internal restitution, compensation for victims of Nazi persecution and external restitution, as well as the continued application of the corresponding provisions of the Federal Restitution Law and the Federal Compensation Law. The compensation pensions awarded to the victims of Nazi persecution and to their descendants shall continue to be granted in accordance with the applicable provisions.

The Government of the Federal Republic of Germany shall ensure that upon suspension of the Settlement

- 4) a) Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne déclare qu'il prendra toutes les mesures appropriées en vue d'assurer que les dispositions de la Convention sur le règlement qui demeureront en vigueur ne soient pas contournées sur le territoire de ce qui constitue à ce jour la République démocratique allemande, ni à Berlin.

- b) En ce qui concerne l'article 11 du Chapitre Premier de la Convention sur le règlement:

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne est conscient du fait que l'I.G. Farbenindustrie A.G. i.L. continue d'exister sous son nom d'origine; il fera tout ce qui est en son pouvoir pour parvenir à une solution satisfaisante conforme aux objectifs énoncés à l'article 11 du Chapitre Premier.

- c) En ce qui concerne les Chapitres Troisième, Quatrième et Cinquième de la Convention sur le règlement:

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne confirme que la suppression des Chapitres Troisième, Quatrième et Cinquième n'affectera ni la poursuite de l'application des principes qui y sont établis en ce qui concerne les restitutions internes, l'indemnisation des victimes de la persécution nazie et les restitutions externes, ni la poursuite de l'application des dispositions correspondantes de la Loi fédérale sur les indemnités et de la Loi fédérale sur les restitutions. Les pensions d'indemnisation attribuées aux victimes de la persécution nazie ainsi qu'à leurs ayants-droits continueront d'être accordées conformément aux dispositions applicables.

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne assure que les compétences de la Cour suprême

93

Obersten Rückerstattungsgerichts bei der Suspendierung des Überleitungsvertrags auf die deutschen Gerichte übergeht.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß das Bundesrückerstattungsgesetz und das Bundesentschädigungsgesetz auf das Gebiet der gegenwärtigen Deutschen Demokratischen Republik erstreckt werden. Hierfür sind weitere Bestimmungen erforderlich, die den dortigen Gegebenheiten Rechnung tragen.

d) Zu dem Neunten Teil des Überleitungsvertrags:

Die Artikel 2 und 3 des Neunten Teils sind nicht beibehalten worden, da davon ausgegangen wird, daß alle darin behandelten Fragen geregelt sind, soweit die Vertragsparteien des Überleitungsvertrags betroffen sind.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat die Verantwortlichkeit für die Bestimmung und Befriedigung von in Artikel 3 bezeichneten Ansprüchen seitens der ihrer Herrschaftsgewalt unterliegenden Personen übernommen, die nach deutschem Recht noch geltend gemacht werden können.

Falls sich die Regierungen der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland mit dem Inhalt dieser Note einverstanden erklären, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierungen zum Ausdruck bringenden Antwortnoten eine Vereinbarung zwischen unseren vier Regierungen bilden, die an dem Tag in Kraft tritt, an dem die letzte das Einverständnis ausdrückende Antwortnote eingeht; die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird die anderen Regierungen über den Empfang dieser letzten Antwortnote unterrichten.

Der englische und der französische Wortlaut dieser Note sind beigelegt; alle drei Wortlaute sind gleichermaßen verbindlich.

Genehmigen Sie, Exzellenzen, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Lautenschlager

S.E.
dem Botschafter der Französischen Republik
S.E.
dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika
S.E.
dem Botschafter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland

Bonn

Convention the jurisdiction of the Supreme Restitution Court is transferred to German courts.

The Government of the Federal Republic of Germany states that the Federal Restitution Law and the Federal Compensation Law will be extended to the territory of the present German Democratic Republic. In this respect further provisions that take account of the conditions prevailing there are required.

(d) With regard to Chapter Nine of the Settlement Convention:

Articles 2 and 3 of Chapter Nine have not been retained on the assumption that all questions dealt with therein have been settled as far as the Parties to the Settlement Convention are concerned.

The Government of the Federal Republic of Germany has assumed the responsibility for the determination and satisfaction of any claims by persons subject to its jurisdiction which are referred to in Article 3 and which may still be asserted under German law.

If the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America agree to the content of this Note, this Note and the Notes in reply thereto expressing your Governments' agreement shall constitute an Agreement between our four Governments, which shall enter into force upon receipt of the last reply expressing agreement. The Government of the Federal Republic of Germany shall inform the other Governments of the receipt of that last reply.

The English and French texts of this Note are attached hereto, all three texts being equally authentic.

Please accept, Excellencies, the assurance of my highest consideration.

H.E.
the Ambassador of the French Republic
H.E.
the Ambassador of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
H.E.
the Ambassador of the United States of America

Bonn

des Restitutions seront transférées aux tribunaux allemands au moment de la suspension de la Convention sur le règlement.

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne déclare que l'application de la Loi fédérale sur les restitutions et de la Loi fédérale sur les indemnisations sera étendue au territoire de ce qui constitue à ce jour la République démocratique allemande. A cet égard, il sera nécessaire de prévoir d'autres dispositions prenant en compte les conditions qui existent dans ce territoire.

d) En ce qui concerne le Chapitre Neuvième de la Convention sur le Règlement:

Les articles 2 et 3 du Chapitre Neuvième n'ont pas été maintenus en partant du principe que toutes les questions traitées dans ces articles ont été réglées dans la mesure où elles concernent les parties à la Convention.

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne a assumé la responsabilité en ce qui concerne la détermination et le règlement des demandes d'indemnisation visées à l'article 3 et pouvant encore être présentées conformément au droit allemand par des personnes soumises à sa juridiction.

Si les Gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sont d'accord avec le contenu de la présente lettre, celle-ci et les lettres en réponse exprimant l'accord de vos Gouvernements constitueront un accord entre nos quatre Gouvernements qui entrera en vigueur à la réception de la dernière réponse exprimant accord; le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne informera les autres Gouvernements de la réception de cette dernière réponse.

Les textes anglais et français de la présente lettre sont joints, les trois textes faisant également foi.

Veuillez agréer, Excellences, l'assurance de ma très haute considération.

S.E.
l'Ambassadeur des Etats-Unis d'Amérique
S.E.
l'Ambassadeur de la République française
S.E.
l'Ambassadeur du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

Bonn

**Zweites Gesetz
über die Bereinigung von Bundesrecht
im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

Vom 23. November 2007

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

**Aufhebung des Gesetzes
über die Eingliederung des Saarlandes
(101-2)**

Das Gesetz über die Eingliederung des Saarlandes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 101-2, veröffentlichten bereinigten Fassung wird aufgehoben.

Artikel 2

**Aufhebung des
Gesetzes zur Einführung
von Bundesrecht im Saarland
(101-3)**

Das Gesetz zur Einführung von Bundesrecht im Saarland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 101-3, veröffentlichten bereinigten Fassung wird aufgehoben.

Artikel 3

**Aufhebung des
Gesetzes über Ermächtigungen
zum Erlass von Rechtsverordnungen
(103-1)**

Das Gesetz über Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 103-1, veröffentlichten bereinigten Fassung wird aufgehoben.

Artikel 4

**Gesetz zur
Bereinigung des Besatzungsrechts**

§ 1

**Aufhebung
von Besatzungsrecht**

(1) Die von Besatzungsbehörden erlassenen Rechtsvorschriften (Besatzungsrecht), insbesondere solche nach Artikel 1 Abs. 3 des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. März 1955 (BGBl. 1955 II S. 301, 405) (Überleitungsvertrag), werden aufgehoben, soweit sie nicht in Bundes- oder Landesrecht überführt worden sind und zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens Regelungsgebiete betrafen, die den

Artikeln 73, 74 und 75 des Grundgesetzes zuzuordnen waren.

(2) Von der Aufhebung ausgenommen ist das Kontrollratsgesetz Nr. 35 über Ausgleichs- und Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten vom 20. August 1946 (Amtsblatt des Kontrollrats S. 174), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 9. Februar 1950 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland S. 103).

§ 2

**Aufhebung
bundesrechtlicher Vorschriften über
die Bereinigung von Besatzungsrecht**

Es werden aufgehoben:

1. das Erste Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 437; BGBl. III 104-1),
2. das Zweite Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 446; BGBl. III 104-2),
3. das Dritte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 23. Juli 1958 (BGBl. I S. 540; BGBl. III 104-3) und
4. das Vierte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 19. Dezember 1960 (BGBl. I S. 1015; BGBl. III 104-4).

§ 3

Folgen der Aufhebung

Rechte und Pflichten, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, bleiben von der Aufhebung unberührt und bestehen nach Artikel 2 Abs. 1 Satz 1 des Ersten Teils des Überleitungsvertrages fort. Durch die Aufhebung werden weder frühere Rechtszustände wiederhergestellt noch Wiederaufnahme-, Rücknahme- oder Widerrufstatbestände begründet. Tatbestandliche Voraussetzungen von Besatzungsrecht, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht erfüllt worden sind, können nicht mehr erfüllt werden. Aufgehobene Rechtsvorschriften bleiben auch für die Zukunft auf Tatbestände und Rechtsverhältnisse anwendbar, die während der Geltung der Rechtsvorschriften erfüllt waren oder entstanden sind. Die Aufhebung von Besatzungsrecht lässt Verweisungen hierauf unberührt.

systematischer Erschließung

Internet-Ausgabe: Makrolog GmbH (Wiesbaden)

Wissenschaftliche Begleitung: Prof. Dr. Maximilian Herberger, Institut für Rechtsinformatik, Universität des Saarlandes

Bundesgesetzblatt 1990 Teil II Seite 1387

Vorherige Seite | Aktuelle Seite als Faksimile | Nächste Seite

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts 503-553.20

Bonn, 27. September 1990 Exzellenzen,

Ich beehre mich, auf die Gespräche zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland Bezug zu nehmen und im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgendes vorzuschlagen:

1. Der Vertrag vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (in der gemäß Liste I zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung) (»Deutschlandvertrag«) wird mit der Suspendierung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes suspendiert und tritt mit dem Inkrafttreten des Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland, unterzeichnet in Moskau am 12. September 1990, außer Kraft.

2. Vorbehaltlich der Ziffer 3 wird der Vertrag vom 26. Mai 1952 zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung) (»Überleitungsvertrag«) gleichzeitig mit dem Deutschlandvertrag suspendiert und tritt gleichzeitig mit diesem außer Kraft; das gilt auch für die Briefe und die Briefwechsel zum Deutschlandvertrag und zum Überleitungsvertrag.

3. Folgende Bestimmungen des Überleitungsvertrags bleiben jedoch in Kraft:

Erster Teil:

Artikel 1 Absatz 1 Satz 1 bis »... Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern« sowie Absätze 3, 4 und 5

Artikel 2 Absatz 1 Artikel 3 Absätze 2 und 3 Artikel 5 Absätze 1 und 3 Artikel 7 Absatz 1 Artikel 8

Dritter Teil:

Artikel 3 Absatz 5 Buchstabe a des Anhangs Artikel 6 Absatz 3 des Anhangs

Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen ("Überleitungsvertrag")

96
Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

(in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung) Amtlicher Text, BGBl. 1955 11 S. 405.

(Die ursprüngliche Fassung des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vom 26.5.1952 (BGBl. 1954 II S.157) ist nicht in Kraft getreten.)

Die Bundesrepublik Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik sind wie folgt übereingekommen:

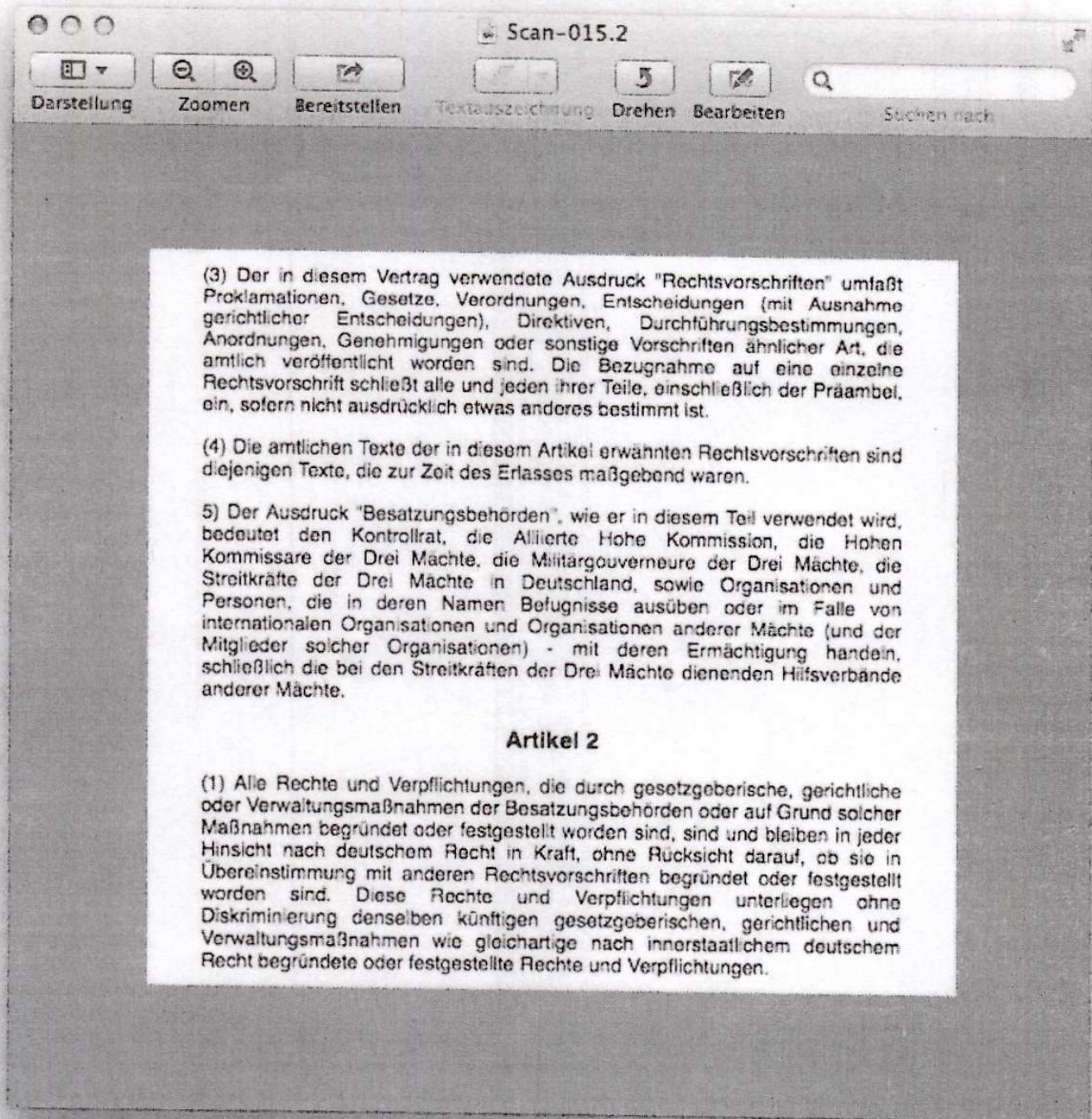
Erster Teil ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

(1) Die Organe der Bundesrepublik und der Länder sind gemäß ihrer im Grundgesetz festgelegten Zuständigkeit befugt, von den Besatzungsbehörden erlassene Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern, sofern im Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder in den in dessen Artikel 8 aufgeführten Zusatzverträgen nichts anderes bestimmt ist. Bis zu einer solchen Aufhebung oder Änderung bleiben von den Besatzungsbehörden erlassene Rechtsvorschriften in Kraft. Vom Kontrollrat erlassene Rechtsvorschriften dürfen weder aufgehoben noch geändert werden. Rechtsvorschriften, durch welche die vorläufigen Grenzen der Bundesrepublik festgelegt worden sind, oder die nach anderen Bestimmungen des Vertrags über die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder der Zusatzverträge in Kraft bleiben, dürfen nur mit Zustimmung der Drei Mächte geändert oder aufgehoben werden.

(2) Die Drei Mächte übertragen hiermit auf die Bundesrepublik das Recht, nach jeweiliger Konsultation mit den Drei Mächten die Rechtsvorschriften des Kontrollrats innerhalb des Bundesgebietes außer Wirksamkeit zu setzen, die nicht nach anderen Bestimmungen des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder der Zusatzverträge oder auf Verlangen der Drei Mächte in Ausübung ihrer Rechte hinsichtlich Berlins und Deutschlands als Ganzem, einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer Friedensregelung, auf die im Verträge über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten Bezug genommen ist, in Kraft bleiben, und die in einer Mitteilung im Namen der Regierungen der Drei Mächte an den Bundeskanzler vom Tage der Unterzeichnung dieses Vertrags aufgeführt sind.

97
Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte



vielmehr umgekehrt: Ein Vertrag, der mit dem geltenden Verfassungsrecht in Widerspruch steht, kann verfassungsrechtlich nur durch eine entsprechende Verfassungsänderung mit dem GG in Einklang gebracht werden.

Dies vorausgesetzt, gilt auch für die verfassungsrechtliche Prüfung eines Vertrags der Grundsatz, den das BVerfG in Rücksicht auf die Verantwortung der anderen Verfassungsorgane im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat des GG allgemein entwickelt hat: Daß unter mehreren möglichen Auslegungen die Auslegung zu wählen ist, nach der der Vertrag vor dem GG Bestand hat (vgl. BVerfGE 4, 157 [168] = NJW 55, 865). Zu den gerade in der Verb. mit der verfassungsrechtlichen Prüfung von Verträgen bedeutsamen Auslegungsgrundsätzen gehört außerdem, daß bei der Auslegung von Verfassungsbestimmungen, die sich auf Beziehungen der BRD mit anderen Staaten beziehen, deren schrankenetzender, also Spielraum für die politische Gestaltung lassender Charakter nicht außer Betracht bleiben darf. In dieser Begrenzung setzt das GG jeder politischen Macht, auch im Bereich der auswärtigen Politik, rechtliche Schranken; das ist das Wesen einer rechtsstaatlichen Ordnung, wie sie das GG konstituiert hat. Die Durchsetzung dieser Verfassungsordnung obliegt letztverbindlich dem BVerfG.

Kanzlei Archut Berlin

Leipziger Str. 40

10117 Berlin-Mitte

Der Grundsatz des judicial self-restraint, den sich das BVerfG auferlegt, bedeutet nicht eine Verkürzung oder Abschwächung seiner eben dargelegten Kompetenz, sondern den Verzicht „Politik zu treiben“, d.h. in den von der Verfassung geschaffenen und begrenzten Raum freier politischer Gestaltung einzugreifen. Er zielt also darauf ab, den von der Verfassung für die anderen Verfassungsorgane garantierten Raum freier politischer Gestaltung offen zu halten.

Aus diesen Überlegungen folgt, von welcher entscheidender Bedeutung es ist, daß eine Entscheidung im Normenkontrollverfahren, die einen Vertrag betrifft, vor dessen Inkrafttreten ergeht. Dem müssen - entsprechend dem zwischen ihnen bestehenden verfassungsrechtlichen Grundverhältnis - alle Verfassungsorgane Rechnung tragen. Dies bedeutet einerseits, daß das BVerfG die verfassungsrechtliche Prüfung so rasch wie möglich zu Ende führt. Es bedeutet andererseits, daß die übrigen Verfassungsorgane die Prüfungszuständigkeit des BVerfG in ihre Überlegungen zum zeitlichen Ablauf des Verfahrens, das zur Vertragsratifikation führt, einbeziehen und alles unterlassen, was dem BVerfG eine rechtzeitige und wirksame Ausübung seiner Kompetenz erschweren oder unmöglich machen könnte. Mit der Entscheidung des GG für eine umfassende Verfassungsgerichtsbarkeit ist es unvereinbar, daß die Exekutive ein beim BVerfG anhängiges Verfahren überspielt. Ergibt sich ausnahmsweise einmal, wie in diesem Fall, eine Lage, in der das Inkrafttreten eines Vertrags vor Abschluß des verfassungsgerichtlichen Verfahrens nach Auffassung der Exekutive unabwendbar geboten erscheint, so haben die dafür verantwortlichen Verfassungsorgane für die sich daraus möglicherweise ergebenden Folgen einzustehen (vgl. Urteil v. 6. 6. 1973, S. 6 f. - 2 BvQ 1/73 - in NJW 73, 1268).

III. Der Vertrag regelt die Grundlagen der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR. Seine Beurteilung macht erforderlich, sich mit den Aussagen des GG über den Rechtsstatus Deutschlands auseinanderzusetzen:

1. Das GG - nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! - geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des BVerfG, an der der Senat festhält. Das Deutsche Reich existiert fort (BVerfGE 2, 266 [277] = NJW 53, 1057; BVerfGE 3, 288 [319 f.] = NJW 54, 465; BVerfGE 5, 85 [126] = NJW 56, 1393; BVerfGE 6, 309 [336, 363] = NJW 57, 705), besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. Im Grundgesetz ist auch die Auffassung vom gesamtdeutschen Staatsvolk und von der gesamtdeutschen Staatsgewalt „verankert“ (BVerfGE 2, 266 [277] = NJW 53, 1057). Verantwortung für „Deutschland als Ganzes“ tragen - auch - die vier Mächte (BVerfGE 1, 351 [362 f., 367] - NJW 52, 969).

Mit der Errichtung der BRD wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert (vgl. Carlo Schmid in der 6. Sitzung des Parlamentarischen Rates - StenBer. S. 70). Die BRD ist also nicht „Rechtsnachfolger“ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat „Deutsches Reich“, - in bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings „teilidentisch“, so daß insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht. Die BRD umfaßt also, was ihr Staatsvolk und ihr Staatsgebiet anlangt, nicht das ganze Deutschland, unbeschadet dessen, daß sie ein einheitliches Staatsvolk des Völkerrechtssubjekts „Deutschland“ (Deutsches Reich), zu dem die eigene Bevölkerung als untrennbarer Teil gehört, und ein einheitliches Staatsgebiet „Deutschland“ (Deutsches Reich), zu dem ihr eigenes Staatsgebiet als ebenfalls nicht abtrennbarer Teil gehört, anerkennt. Sie beschränkt staatsrechtlich ihre Hoheitsgewalt auf den „Geltungsbereich des GG“ (vgl. BVerfGE 3, 288 [319 f.] = NJW 54, 465; BVerfGE 6, 309 [338, 363] = NJW 57, 705), fühlt sich aber auch verantwortlich für das ganze Deutschland (vgl. Präambel des GG). Derzeit besteht die BRD aus den in Art. 23 GG genannten Ländern, einschließlich Berlin; der Status des Landes Berlin der BRD ist nur gemindert und belastet durch den sog. Vorbehalt der Gouverneure der Westmächte (BVerfGE 7, 1 [7 ff.] = NJW 57, 1273; BVerfGE 19, 377 [388] = NJW 66, 723; BVerfGE 20, 257 [266] = NJW 67, 339). Die DDR gehört zu Deutschland und kann im Verhältnis zur BRD nicht als Ausland angesehen werden.

"2. West-Berlin is not an 'independent political unit' ...

3. The Three Governments consider that the Government of the Federal Republic of Germany is the only German government freely and legitimately constituted and therefore entitled to speak for the German people in international affairs. The Three Governments do not recognize the East German regime nor the existence of a state in eastern Germany. As for the provisions related to the 'frontiers' of this so-called state, the Three Governments reiterate that within Germany and Berlin there are no frontiers but rather a 'demarcation line' and the 'sector borders' and that, according to the very agreements to which the agreement of June 12 refers, the final determination of the frontiers of Germany must await a peace settlement for the whole of Germany" (Dept. of State Bull., vol. 51, 1964, No. 1307, p. 44 f.).

Der britische Außenminister gab 1985 in dem Gerichtsverfahren *The Queen v. Secretary of State for Foreign Affairs - Ex parte Günther Trawnik and Louise Reimelt* (QBDCF 59/85) folgende förmliche Erklärung ab:

"I, Sir Richard Edward Geoffrey Howe, Knight, Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs hereby certify pursuant to section 21 of the State Immunity Act 1978, that Germany is a state for the purposes of Part I of the State Immunity Act 1978, and that the persons to be regarded for the purposes of Part I of the said Act as the Government of Germany include the members of the Allied Kommandantura of Berlin, including the British Military Commandant ..." (zit. nach W. Heilmeyer, ZaöRV 46 (1986), 530).

dd) Die drei Westmächte haben, zumal in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion wie gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, bis in die Gegenwart an ihren Rechtspositionen in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin festgehalten.

So z. B. gegenüber der Bundesrepublik Deutschland in den Art. 2 und 4 des Deutschlandvertrages mit der gleichzeitigen Verpflichtung aus Art. 7; gegenüber der Sowjetunion z. B. in der Entschließung der Vier Mächte und der NATO-Staaten vom 14. und 16. 12. 1958 sowie der Note der USA an die Sowjetunion vom 31. 12. 1958 aus Anlaß der damaligen Berlinkrise (vgl. Documents on Germany, 1944-1959, (Washington, GPO, 1959), S. 333, 347 ff.; vgl. ferner Statement by the Department of State, on Legal Aspects of the Berlin Situation, December 20, 1958, aaO, S. 336; in der Erklärung der Außenminister der drei Westmächte vom 28. 9. aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der DDR und der Sowjetunion vom 20. 9. 1955 (aaO S. 158) und ihrer Erklärung vom 26. 6. 1964 (aaO). Vgl. ferner die Notenwechsel mit der Bundesrepublik Deutschland aus Anlaß der Verhandlungen über die Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit der Sowjetunion vom 12. 8. 1970 (BGBl II 1972, 354 (356 f.)) und mit Polen vom 7. 12. 1970 (BGBl II 1972, 362 (364 ff.)) und die Erklärung der Vier Mächte vom 9. 11. 1972 zum UNO-Beitritt der beiden deutschen Staaten (aaO).

ee) Angesichts dieser Vorgänge und Rechtsauffassungen ist kein völkerrechtlicher Tatbestand des Staatsuntergangs ersichtlich, aus dem geschlossen werden könnte, daß der deutsche Staat im Jahre 1949 bei Bildung der Bundesrepublik Deutschland oder bei Erlass der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik untergegangen wäre.

c) Wie immer man den Rechtsstatus der Deutschen Demokratischen Republik in den folgenden Jahren bis hin zum Abschluß des Grundlagenvertrages mit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen bewerten mag, dieser Status und seine Entwicklung vermochten völkerrechtlich nichts an der Subjektsidentität der Bundesrepublik Deutschland mit dem deutschen Staat zu ändern. Selbst wenn es sich bei dieser Entwicklung um eine vollendete völkerrechtliche Sezession aus dem deutschen Staatsvertrag gehandelt hätte - was allein schon wegen des fortbestehenden Viermächte-Status Deutschlands als Ganzes ausgeschlossen ist -, hätte dies den Fortbestand des deutschen Staates nicht beenden können; die Sezession eines Teilgebiets beendet nicht die Subjektsidentität des verbleibenden Teils, sofern dessen Staatlichkeit - was bei der Bundesrepublik Deutschland unstreitig ist - erhalten bleibt.

d) Ausschlaggebend dafür, daß es nicht dem allgemeinen Völkerrecht widerspricht, wenn für die Rechtsordnung



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

juris

Bekanntmachung des Schreibens der Drei Mächte vom 8. Juni 1990 zur Aufhebung ihrer Vorbehalte insbesondere in dem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 in bezug auf die Direktwahl der Berliner Vertreter zum Bundestag und ihr volles Stimmrecht im Bundestag und im Bundesrat

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

AVorbASchrBek

Ausfertigungsdatum: 12.06.1990

Vollzitat:

"Bekanntmachung des Schreibens der Drei Mächte vom 8. Juni 1990 zur Aufhebung ihrer Vorbehalte insbesondere in dem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 in bezug auf die Direktwahl der Berliner Vertreter zum Bundestag und ihr volles Stimmrecht im Bundestag und im Bundesrat vom 12. Juni 1990 (BGBl. I S. 1068)"

Fußnote

(+++ Textnachweis ab: 20. 6. 1990 +++)

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

Die Botschafter der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika haben mit Schreiben vom 8. Juni 1990, das der Botschafter Frankreichs mit gleichem Datum dem Bundeskanzler übersandt hat, ihre Vorbehalte insbesondere in dem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 in bezug auf die Direktwahl der Berliner Vertreter zum Bundestag und ihr volles Stimmrecht im Bundestag und im Bundesrat aufgehoben.
Das Schreiben wird nachstehend veröffentlicht.

Der Bundesminister des Innern

(Übersetzung)

Bonn, den 8. Juni 1990

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wir möchten Ihnen mitteilen, daß die Drei Westmächte im Lichte der jüngsten Entwicklungen in Deutschland und in der internationalen Lage bestimmte Aspekte ihrer Vorbehalte zum Grundgesetz einer erneuten Prüfung unterzogen haben.

Die Vorbehalte der Drei Westmächte in bezug auf die Direktwahl der Berliner Vertreter zum Bundestag und das volle Stimmrecht der Vertreter Berlins im Bundestag und im Bundesrat, die insbesondere im Genehmigungsschreiben vom 12. Mai 1949 zum Grundgesetz angesprochen sind, werden hiermit aufgehoben.

Die Haltung der Alliierten, "daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, daß diese Sektoren wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden", bleibt unverändert.

Wir bitten Sie, Herr Bundeskanzler, die Versicherung unserer ausgezeichnetsten Hochachtung zu genehmigen.

Für die Regierung der Französischen Republik

Serge Boidevaix

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs

von Großbritannien und Nordirland

Sir Christopher Mallaby

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

Vernon A. Walters

Seiner Exzellenz

Dr. Helmut Kohl

Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Bonn, le 8 juin 1990

Monsieur le Chancelier,

Nous souhaitons vous faire savoir que les trois Puissances occidentales ont reexaminé certains aspects de leurs réserves à l'égard de la loi fondamentale, à la lumière des récentes évolutions intervenues en Allemagne et dans la situation internationale.

Les réserves des trois Puissances occidentales, concernant les élections directes au Bundestag et le plein droit de vote des représentants de

Bekanntmachung
des Schreibens der Drei Mächte vom 8. Juni 1990 zur Aufhebung ihrer Vorbehalte
insbesondere in dem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949
in Bezug auf die Direktwahl der Berliner Vertreter zum Bundestag
und ihr volles Stimmrecht im Bundestag und im Bundesrat

Vom 12. Juni 1990

Die Botschafter der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika haben mit Schreiben vom 8. Juni 1990, das der Botschafter Frankreichs mit gleichem Datum dem Bundeskanzler übersandt hat, ihre Vorbehalte insbesondere in dem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 in Bezug auf die Direktwahl der Berliner Vertreter zum Bundestag und ihr volles Stimmrecht im Bundestag und im Bundesrat aufgehoben.

Das Schreiben wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 12. Juni 1990

Der Bundesminister des Innern
in Vertretung
Neusel

(Übersetzung)

Bonn, den 8. Juni 1990

Bonn, le 8 juin 1990

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wir möchten Ihnen mitteilen, daß die Drei Westmächte im Lichte der jüngsten Entwicklungen in Deutschland und in der internationalen Lage bestimmte Aspekte ihrer Vorbehalte zum Grundgesetz einer erneuten Prüfung unterzogen haben.

Die Vorbehalte der Drei Westmächte in Bezug auf die Direktwahl der Berliner Vertreter zum Bundestag und das volle Stimmrecht der Vertreter Berlins im Bundestag und im Bundesrat, die insbesondere im Genehmigungsschreiben vom 12. Mai 1949 zum Grundgesetz angesprochen sind, werden hiermit aufgehoben.

Die Haltung der Alliierten, „daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, daß diese Sektoren wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden“, bleibt unverändert.

Wir bitten Sie, Herr Bundeskanzler, die Versicherung unserer ausgezeichnetsten Hochachtung zu genehmigen.

Für die Regierung der Französischen Republik
Serge Boidevaix

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs
von Großbritannien und Nordirland
Sir Christopher Mallaby

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
Vernon A. Walters

Seiner Exzellenz
Dr. Helmut Kohl
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Monsieur le Chancelier,

Nous souhaitons vous faire savoir que les trois Puissances occidentales ont réexaminé certains aspects de leurs réserves à l'égard de la loi fondamentale, à la lumière des récentes évolutions intervenues en Allemagne et dans la situation internationale.

Les réserves des trois Puissances occidentales, concernant les élections directes au Bundestag et le plein droit de vote des représentants de Berlin au Bundestag et au Bundesrat, visées en particulier dans la lettre du 12 mai 1949 approuvant la loi fondamentale, sont désormais levées.

La position des Alliés, selon laquelle «les liens entre les secteurs occidentaux de Berlin et la République fédérale d'Allemagne seront maintenus et développés, compte tenu de ce que ces secteurs continuent de ne pas être un élément constitutif de la République fédérale d'Allemagne et de n'être pas gouvernés par elle», demeure inchangée.

Nous vous prions d'agréer, Monsieur le Chancelier, les assurances de notre très haute considération.

Pour le gouvernement de la République Française:
Serge Boidevaix

Pour le gouvernement du Royaume Uni
de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord:
Sir Christopher Mallaby

Pour le gouvernement des Etats-Unis d'Amérique:
Vernon A. Walters

Son Excellence
Dr. Helmut Kohl
Chancelier de la République fédérale d'Allemagne

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte

Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin

Agreement on the Settlement of Certain Matters relating to Berlin

Accord sur le règlement de certaines questions relatives à Berlin

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierungen der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland („die drei Staaten“) –

The Government of the Federal Republic of Germany and the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America („the three States“),

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et les Gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République française ainsi que du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (ci-après dénommés «les trois Etats»),

handelnd auf der Grundlage ihrer langjährigen freundschaftlichen Verbundenheit,

Acting on the basis of their long-standing friendly relations;

Agissant sur la base de leurs relations amicales de longue date,

in Würdigung ihres gemeinsamen Eintretens für die Freiheit und Einheit Berlins,

Appreciating their shared commitment to the freedom and unity of Berlin;

Considérant leur engagement commun en faveur de la liberté et de l'unité de Berlin,

in Anbetracht des Umstands, daß mit Vervollendung der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit auch die Teilung Berlins endgültig beendet wird,

Noting that the achievement of the unity of Germany in peace and freedom also means the definitive termination of the division of Berlin;

Notant que le parachèvement de l'unité de l'Allemagne dans la paix et la liberté signifie également qu'il est définitivement mis fin à la division de Berlin,

in Anerkennung der Tatsache, daß mit Abschluß des Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland und mit Herstellung der deutschen Einheit die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin ihre Bedeutung verlieren und daß das vereinte Deutschland volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten haben wird,

Recognizing that with the conclusion of the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany and the establishment of German unity quadripartite rights and responsibilities relating to Berlin lose their function and that the united Germany will have full sovereignty over its internal and external affairs;

Reconnaissant qu'avec la conclusion du Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne et avec l'établissement de l'unité allemande, les droits et responsabilités quadripartites concernant Berlin perdent leur fonction et que l'Allemagne unie jouira de la pleine souveraineté sur ses affaires intérieures et extérieures,

in der Erwägung, daß es notwendig ist, hierfür in bestimmten Bereichen einschlägige Regelungen zu vereinbaren, welche die deutsche Souveränität in bezug auf Berlin nicht berühren,

Considering it necessary to agree in certain areas on relevant provisions, which do not affect German sovereignty in respect of Berlin;

Prenant en considération la nécessité de convenir dans certains domaines de dispositions appropriées qui n'affectent pas la souveraineté allemande en ce qui concerne Berlin et,

im Hinblick auf die zwischen den vier Regierungen geschlossene Vereinbarung über den befristeten Verbleib von Streitkräften der drei Staaten in Berlin –

Having regard to the Agreement concluded between the four Governments concerning the presence, for a limited period, of the forces of the three States in Berlin;

Tenant compte de l'Accord conclu entre les quatre Gouvernements, relatif à la présence, pour une période limitée, de forces armées des trois Etats à Berlin,

sind wie folgt übereingekommen:

Have agreed as follows:

Sont convenus de ce qui suit:

Artikel 1

Article 1

Article 1

(1) Der Ausdruck „alliierte Behörden“, wie er in diesem Übereinkommen verwendet wird, umfaßt

(1) The term „Allied Authorities“ as used in this Agreement means:

(1) L'expression «Autorités Alliées», utilisée dans le présent Accord, désigne:

a) den Kontrollrat, die Alliierte Hohe Kommission, die Hohen Kommissare der drei Staaten, die Militärgouverneure der drei Staaten, die Streitkräfte der drei Staaten in Deutschland sowie Organisationen und Personen, die in deren Namen Befugnisse ausgeübt oder – im Fall internationaler Organisationen und

(a) the Control Council, the Allied High Commission, the High Commissioners of the three States, the Military Governors of the three States, the Armed Forces of the three States in Germany, and organizations and persons who have exercised authority on their behalf or, in the case of international or-

a) le Conseil de Contrôle, la Haute Commission Alliée, les Hauts Commissaires des trois Etats, les Gouverneurs Militaires des trois Etats, les Forces Armées des trois Etats en Allemagne, ainsi que les organisations et personnes qui ont exercé une autorité en leur nom ou, dans le cas d'organisations internatio-

andere Staaten vertretender Organisationen (und der Mitglieder solcher Organisationen) – mit deren Ermächtigung gehandelt haben, sowie die Hilfsverbände anderer Staaten, die bei den Streitkräften der drei Staaten gedient haben;

organizations and organizations representing other States (and the members of such organizations), who have acted with their authorization, and auxiliary contingents of other States who have served with the Armed Forces of the three States; and

des autres Etats (et de membres de ces organisations), qui ont agi avec leur autorisation, ainsi que les contingents auxiliaires d'autres Etats qui ont servi auprès des Forces Armées des trois Etats; et

b) die Alliierte Kommandantur Berlin, die Kommandanten des amerikanischen, britischen und französischen Sektors von Berlin sowie Einrichtungen und Personen, die in deren Namen Befugnisse ausgeübt haben.

(b) the Allied Kommandatura Berlin, the commandants of the American, British and French Sectors of Berlin, as well as institutions and persons who have exercised authority on their behalf.

b) la Kommandatura Interalliée de Berlin, les Commandants des Secteurs américain, britannique et français de Berlin ainsi que les institutions et personnes ayant exercé une autorité en leur nom.

(2) Der Ausdruck „alliierte Streitkräfte“, wie er in diesem Übereinkommen verwendet wird, umfaßt

(2) The term „Allied Forces“ as used in this Agreement means:

(2) L'expression «Forces Alliées», utilisée dans le présent Accord, désigne:

a) die in Absatz 1 bezeichneten alliierten Behörden, soweit sie in oder in bezug auf Berlin tätig waren;

(a) the Allied Authorities referred to in paragraph (1) in so far as they acted in or in respect of Berlin;

a) les Autorités Alliées visées au paragraphe 1 du présent article, dans la mesure où elles ont exercé leurs activités à Berlin ou en ce qui concerne Berlin;

b) Angehörige der amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte in Berlin;

(b) members of the American, British and French Armed Forces in Berlin;

b) les membres des Forces Armées américaines, britanniques et françaises à Berlin;

c) nicht-deutsche Staatsangehörige, die in militärischer oder ziviler Eigenschaft bei den alliierten Behörden Dienst getan haben;

(c) non-German nationals who served with the Allied Authorities in a military or civil capacity; and

c) les ressortissants non allemands qui ont été en service auprès des Autorités Alliées en tant que personnel militaire ou civil;

d) Familienangehörige der unter den Buchstaben b und c aufgeführten Personen und nicht-deutsche Staatsangehörige, die im Dienst dieser Personen standen.

(d) members of the families of, and non-German nationals who were in the service of, the persons referred to in subparagraphs (b) and (c).

d) les membres des familles des personnes mentionnées aux alinéas b) et c) du présent paragraphe et les ressortissants non allemands qui ont été au service desdites personnes.

(3) Die amtlichen Texte der in diesem Übereinkommen erwähnten Rechtsvorschriften sind diejenigen Texte, die zur Zeit des Erlasses maßgebend waren.

(3) The official text or texts of legislation referred to in this Agreement shall be the text or texts which was or were official at the time of enactment.

(3) Le ou les textes officiels de la législation visée dans le présent Accord sont celui ou ceux qui étaient officiels au moment où cette législation a été édictée.

(4) Soweit in diesem Übereinkommen auf das Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte Bezug genommen wird, ist dies als Bezugnahme auf die Suspendierung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte oder, wenn keine Suspendierung erfolgt, das Inkrafttreten des Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland zu verstehen.

(4) Where in this Agreement there is a reference to quadripartite rights and responsibilities ceasing to have effect, this shall be construed as a reference to the suspension of the operation of quadripartite rights and responsibilities or, if there is no such suspension, the entry into force of the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany.

(4) Chaque fois que dans le présent Accord il est fait référence à la cessation d'effet des droits et responsabilités quadripartites, cette référence doit être entendue comme une référence à la suspension de l'exercice des droits et responsabilités quadripartites ou, si cette suspension n'a pas lieu, comme une référence à l'entrée en vigueur du Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne.

Artikel 2

Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der alliierten Behörden in oder in bezug auf Berlin oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.

Article 2

All rights and obligations created or established by or under legislative, judicial or administrative action of the Allied Authorities in or in respect of Berlin are and shall remain valid for all purposes under German law whether or not their creation or establishment was in conformity with other legislation. Such rights and obligations shall be subject without discrimination to the same future legislative, judicial and administrative measures as similar rights and obligations created or established by or under German law.

Article 2

Tous les droits et obligations créés ou institués par des mesures législatives, judiciaires ou administratives prises par les Autorités Alliées à Berlin ou en ce qui concerne Berlin, ou en vertu de telles mesures, sont et demeureront valables à tous égards en droit allemand, qu'ils aient été ou non créés ou institués conformément à d'autres textes législatifs. Ces droits et obligations seront soumis, sans discriminations, aux mêmes mesures d'ordre législatif, judiciaire et administratif qui seront prises à l'avenir, que les droits et obligations similaires créés ou institués par le droit allemand ou en vertu de ce droit.

104

Kanzlei Archut Berlin
Leipziger Str. 40
10117 Berlin-Mitte
371

Nr. 57 - Tag der Ausgabe: Bonn, den 19. November 1994

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Übereinkommens
zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin**

Vom 21. Oktober 1994

Nach Artikel 8 Abs. 3 des Gesetzes vom 3. Januar 1994 zu dem Übereinkommen vom 25. September 1990 zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin (BGBl. 1994 II S. 26, 40) wird bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 11 Abs. 2 für

Deutschland

am 13. September 1994

in Kraft getreten ist; die Ratifikationsurkunde ist am 13. September 1994 beim Auswärtigen Amt hinterlegt worden.

Das Übereinkommen ist ferner für folgende weitere Staaten am 13. September 1994 in Kraft getreten:

Frankreich

Vereinigte Staaten

Vereinigtes Königreich

Bonn, den 21. Oktober 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

